



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Washington in Marokko -

Der globalökonomische Turn und seine Implikationen
für Entwicklungsländer am Beispiel der
Strukturanpassungsprogramme im Königreich Marokko“

verfasst von

Agnes Moser

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Walter Schicho

Ich danke...

- Dr. Walter Schicho für die engagierte Betreuung und die vielen interessanten Lehrveranstaltungen
- meinen Eltern Birgit und Karl Müller für ihre finanzielle und emotionale Unterstützung und die vielen, vielen Stunden des Korrekturlesens
- Benjamin Feichtinger für die zahlreichen Diskussionen, langjährige Geduld und Hilfsbereitschaft
- Susanna Gartler, die mir jederzeit mit Tips und Tricks weitergeholfen hat
- den vielen Freunden und Verwandten, die mir im Laufe meines Studiums stets mit einem offenen Ohr zur Seite gestanden sind

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	7
1.1. Das Thema	7
1.2. Relevanz des Themas	7
1.3. Forschungsinteresse.....	8
1.4. Methodik	9
1.5. Probleme.....	9
1.6. Aktualität, Stand der Forschung und persönlicher Zugang	10
1.7. Problemstellung	14
1.8. Hypothesen.....	14
1.9. Ergänzendes.....	15
2. DER WELTWIRTSCHAFTLICHE TURN	16
2.1. Die Situation ab den 1980er Jahren.....	16
2.1.1. Vorgeschichte.....	16
2.1.1.1. Die Ursprünge des Neoliberalismus - Adam Smith.....	16
2.1.1.2. Die Weltwirtschaftskrise 1929 – Aufschwung des Keynesianismus	19
2.1.1.3. Der Beginn des Neoliberalismus – die Mont Pelerin Gesellschaft.....	21
2.2. Die Bretton-Woods Organisationen – Die Entstehung von Weltbank und Internationalem Währungsfond	22
2.2.1. Die Bretton Woods Organisationen im Wandel der Zeit	25
2.3. Der Washington Consensus	27
2.3.1. Die Ursprünge - John Williamson und die 10 Punkte des Washington Consensus ..	27
2.3.2. Der ökonomische Paradigmenshift und die neue Rolle des Staates.....	32
2.3.3. Die Dominanz des Internationalen Währungsfonds in der globalen Schuldenfrage ..	36
2.4. Kritik und Implikationen für Entwicklungsländer	38
2.5. Der Post-Washington Consensus	43

3. DIE STRUKTURANPASSUNGSPROGRAMME IN MAROKKO	45
3.1. Hintergrund: Der afrikanische Kontinent im 20. Jahrhundert - politische Freiheit gegen ökonomische Abhängigkeit.....	45
3.2. Die Theorie in der Praxis – die Zeit der SAPs.....	46
3.2.1. Entstehung.....	46
3.2.2. Strategien.....	48
3.3. Überblick zu Marokko	49
3.3.1. Der Einfluss europäischer Mächte auf die Geschichte Marokkos ab 1900.....	53
3.3.2. Marokkos ökonomische Situation 1960-1980.....	57
3.3.3. Die Interventionen der Weltbank und des IWF in Marokko.....	63
3.4. Die marokkanischen SAPs.....	63
3.4.1. SAP I 1983-1987/88.....	65
3.4.2. SAP II: 1988-1990/91.....	68
3.4.3. SAP III: 1992-1994/95.....	70
3.4.4. Der landwirtschaftliche Sektor in Marokko – Geschichte, Maßnahmen, Auswirkungen und Folgen.....	74
3.4.4.1. Landwirtschaftliche Maßnahmen im Protektorat Marokko.....	74
3.4.4.2. Maßnahmen in der Landwirtschaft von der Unabhängigkeit bis zum Beginn der SAPs 1983.....	76
3.4.4.3. Landwirtschaftliche Reformmaßnahmen im Kontext der SAPs.....	80
3.4.4.3.1. Das Medium Term Structural Agricultural Adjustment Programme – MTASAP	81
3.4.5. Der soziale Sektor in Marokko – Folgen und Auswirkungen der Maßnahmen im Kontext der SAPs.....	85
3.4.5.1. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung unter den SAPs.....	90
3.5. Anpassung und Armut	94
3.6. Zentrale Ergebnisse/Fazit, Ausblick.....	97
4. LITERATURVERZEICHNIS.....	102
5. ANHANG	110
4.1. Zusammenfassung	110
5.2. Abstract.....	111
5.3. Lebenslauf.....	113

Abkürzungen

ASAL/PASA	Agricultural Sector Adjustment Loan/ Prêts à l'Ajustement du Secteur Agricole
BIP/GDP	Bruttoinlandsprodukt/ Gross Domestic Product
ECA	Economic Commission for Africa
EFF	Extended Fund Facility
ESAF	Enhanced Structural Adjustment Facility
FPA	Fisheries Partnership Agreement
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IDA	International Development Association
IFC	International Finance Corporation
IFI	International Financing Institution
ITPAL	Industrial and Trade Policy Adjustment Loan
IWF/IMF	Internationaler Währungsfond/ International Monetary Fund
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PISA	Prêt aux Investissements dans le Secteur Agricole
SAF	Structural Adjustment Facility
SAP	Strukturanpassungsprogramm/ Structural Adjustment Programme
UMT	Union Marocaine du Travail
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
WB	Weltbank/ World Bank
WTO	World Trade Organization

„Le privilège des grands, c’est de voir les catastrophes d’une terrasse“

- Jean Giraudoux, La Guerre de Troie n’aura pas lieu

1. Einleitung

1.1. Das Thema

In der vorliegenden Diplomarbeit werde ich den globalökonomischen Turn der 1980er und 1990er Jahre anhand der von Weltbank (WB) und Internationalem Währungsfond (IWF) durchgeführten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) in Marokko beschreiben und untersuchen.

Die Arbeit gliedert sich dabei in zwei große Teile:

- (1) Die Beschreibung und Analyse des globalökonomischen Turns, eingeleitet 1989 mit dem Washington Consensus.
- (2) Die Beschäftigung mit den praktischen Implikationen für Entwicklungsländer, analysiert anhand der von Weltbank und Internationalem Währungsfond durchgeführten Strukturanpassungsprogramme in Marokko.

1.2. Relevanz des Themas

Die Relevanz des Themas ergibt sich aus mehreren Punkten:

Die Beschäftigung mit den Interventionen internationaler Organisationen ist im Bereich der Internationalen Entwicklung von großer Relevanz, da diese federführend in den Feldern der Entwicklungsfinanzierung und -zusammenarbeit sind.

Um daher in weiterer Folge die Strukturanpassungsprogramme in Marokko einer Analyse unterziehen zu können, werde ich im ersten Teil die Zeit des globalökonomischen Turns, also jene Phase untersuchen, als sich ein ökonomischer Paradigmenwechsel auf globaler Ebene vollzog, der den theoretischen Weg für die praktische Durchführung der SAPs ebnete.

Selbst wenn dieses Ereignis mittlerweile über zwei Jahrzehnte zurückliegt, bestimmen die daraus entstandenen Praktiken bis heute die Weltwirtschaft und greifen nach wie vor stark in die Ökonomien der Entwicklungsländer ein.

Ich beschäftige mich deshalb in meiner Diplomarbeit mit den ausführenden Organisationen Weltbank und Internationaler Währungsfond, da diese die treibenden Kräfte hinter Theorie und Praxis darstellen.

Der Teilbereich der Strukturanpassungsprogramme ist deswegen besonders interessant, da die SAPs seit 1999 in Form von sogenannten *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) bis heute in Entwicklungsländern im Einsatz sind und daher nicht an Aktualität verloren haben. Aus diesem Grund werde ich mich hier mit den Ursprüngen der Programme beschäftigen, um im Anschluss im zweiten Teil der Arbeit die Maßnahmen und Folgen der Strukturanpassungsprogramme in Marokko ab 1983 zu analysieren.

Neben makroökonomischen Daten beschreibe und untersuche ich auch die sozialen Folgen und Auswirkungen, die die SAPs mit sich brachten, und lege einen genaueren Fokus auf die Landwirtschaft, dem Rückgrat der marokkanischen Ökonomie.

Abschließend soll meine Arbeit auch Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der Programme aufzeigen, da ich im Zuge meiner Untersuchung hoffe, für relevante Organisationen und Entscheidungsträger Empfehlungen und sinnvolle Kritik formulieren zu können.

1.3. Forschungsinteresse

Das Forschungsinteresse ergibt sich aus mehreren Faktoren:

In den letzten Jahren hat sich bei mir ein starkes Interesse für internationale Organisationen entwickelt, vor allem im Bereich der Entwicklungsfinanzierung und Programmgestaltung. Dies ergab sich unter anderem daraus, dass ich bereits in einigen internationalen Organisationen beschäftigt war und deren Aufbau, Ideen und Arbeit einerseits sehr wichtig und inspirierend finde, andererseits diese aber auch oft als konfliktbehaftet und problematisch empfinde.

Das Interesse für die Beschäftigung mit den SAPs selbst ergibt sich, wie bereits erwähnt, aus der Tatsache, dass diese bis heute in der neuen Form der PRSPs Interventionen in Entwicklungsländern dominieren. Daher beschäftige ich mich hier mit den Ursprüngen der Strukturanpassung.

Die Wahl des zu analysierenden Landes fiel auf Marokko, da ich einerseits eine große Faszination für diesen nordafrikanischen Staat empfinde, und andererseits

Marokko einen Sonderfall in der Geschichte der SAPs darstellt. Besonders aufgrund der teilweise überraschenden Ergebnisse der SAPs in Marokko bietet sich das Land als ein äußerst interessantes Beispiel für eine Analyse an.

1.4. Methodik

In dieser Diplomarbeit wende ich die Methode der empirischen Literaturrecherche an. Im Vorfeld zu dieser Arbeit habe ich mich mit Literatur über die globale Ökonomie in Bezug auf Afrika beschäftigt, woraus sich in weiterer Folge das Thema des ökonomischen Turns und der Strukturanpassungsprogramme in Marokko herauskristallisiert hat.

Die Literaturrecherche schloss dabei internationale Bibliotheken verschiedenster Universitäten, Forschungseinrichtungen und Institute (Universität Wien, Österreichische Forschungsförderungsinstitut für Entwicklung, Wirtschaftsuniversität Wien, Arbeiterkammer), Internetrecherche auf Google, google books, google scholar, Amazon und verschiedene Journaldatenbanken mit ein.

1.5. Probleme

Datenlage

Da die Analyse in meiner Arbeit eine Vielzahl an ökonomischen Daten und deren Interpretation miteinschließt, stieß ich im Arbeitsprozess in diesem Kontext auf folgende Schwierigkeiten:

- Da ich versuchte, aus so vielen verschiedenen Quellen wie möglich Daten zu dem gleichen Thema zu finden, sah ich mich schnell mit dem immer wiederkehrenden Problem konfrontiert, dass sich diese Daten teilweise in einem hohen Grad voneinander unterscheiden. Auch auf der Suche nach den Gründen dafür ließen sich selten genaue Ursachen finden.
- Besonders bei Daten aus den 1980er und frühen 1990er Jahren waren generell große Lücken auszumachen. Daher war der Versuch, eine umfassende Tabelle aufzustellen, um einen fundierten Überblick über ein Spektrum an Indikatoren geben zu können, leider nicht erfolgreich.
- Besonders schwierig war es Daten aus dem ländlichen Raum zu finden, darunter besonders Indikatoren zur sozialen Lage und zur

Subsistenzwirtschaft. Im Gegensatz dazu waren ökonomische Indikatoren und Daten zur Situation der Bevölkerung im urbanen Raum seit den 1980er Jahren um ein Vielfaches umfassender dokumentiert.

- Besonders auffällig war die Inkohärenz vieler Indikatoren im Kontext der Weltentwicklungsberichte des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen, da sich fast bei jedem Bericht eine Vielzahl an verschiedenen Messwerten fanden, vor allem im Bereich der sozialen Indikatoren. Dies erschwerte es zusätzlich eine umfassende Tabelle mit den gleichen Indikatoren über mehrere Jahrzehnte hinweg aufzustellen.

Ideologischer Hintergrund der Autoren

Da sowohl die Bretton Woods Organisationen, als auch die Strukturanpassungsprogramme an sich seit geraumer Zeit unter heftiger Kritik stehen, stieß ich oft auf das Problem, dass in einer Vielzahl an Publikationen ein deutlicher *bias* zu erkennen war. Insofern spiegelt sich oft der ideologische Hintergrund vieler Autoren dahingehend wieder, als dass der Text entweder eindeutig im Kontext der Bretton Woods Organisationen beziehungsweise einer ihrer ideologischen „Verbündeten“ verfasst wurde, oder bei der Lektüre dieser Texte hauptsächlich die immer wiederkehrenden Kritikpunkte aufschienen, wie der Marktfundamentalismus, das Ignorieren der sozialen Auswirkungen oder dem Folgen der Regeln der Industrienationen. Daher habe ich in diesem Kontext versucht, die verschiedenen Blickrichtungen zu analysieren und zu ordnen um ein möglichst objektives Bild der Situation darstellen zu können.

1.6. Aktualität, Stand der Forschung und persönlicher Zugang

Zum Thema des wirtschaftlichen Turns in den 1980er und 1990er Jahren gibt es eine Vielzahl an Publikationen und Analysen, die sich mit der Entstehung, dem Verlauf und den bisherigen Folgen dieses Paradigmashifts beschäftigen und diesen analysieren.

Zum Thema der Bretton Woods Organisationen, also Weltbank, IWF und WTO, gibt es ebenso eine große Zahl an Forschungspublikationen, besonders kritische Literatur ist in diesem Zusammenhang häufig zu finden.

Zur Thematik des Neoliberalismus und der Rolle der Weltbank darin, ist besonders Joseph Stiglitz, von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank, ein sowohl interessanter, als auch ein sehr ambivalenter Autor. Einerseits ist Stiglitz wohl einer der größten Kritiker der Bretton Woods Organisationen und erkennt viele fundamentale Fehler in deren Arbeit; nichtsdestotrotz vertritt er eine zwiespältige Position, da er sich nie von der Ideologie des permanenten ökonomischen Wachstums distanzieren konnte. Dies ist wenig überraschend, da ihm die Vertretung eines von Antiwachstum geleiteten Ansatzes wohl nie den Posten eingebracht hätte, den er drei Jahre lang inne hatte.

Am radikalsten hat es wohl Richard Peet mit dem Titel seines 2003 erschienen Buches formuliert, nämlich *„Unholy Trinity. The IMF, World Bank and WTO“*. Er fasst darin eine Vielzahl der Kritikpunkte zusammen, die über die Jahrzehnte an der Arbeit dieser Organisationen getätigt worden sind.

Was den Stand der Forschung über das Königreich Marokko in Bezug auf seine wirtschaftliche Geschichte im Allgemeinen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts betrifft, gibt es auch hier genügend Unterlagen, um den Bereich sinnvoll bearbeiten zu können. Zu den SAPs im Speziellen gibt es ebenso eine Reihe an Publikationen, wenn auch im Vergleich zu anderen Ländern relativ wenige.

Daher habe ich mir vorgenommen, dieses Land einer genaueren Analyse in Bezug auf die SAPs zu unterziehen, um vielleicht einige kleine Lücken im bisherigen Stand der Forschung schließen zu können.

In diesem Kontext lässt sich Christian Morrisson nennen, unter anderem Dezernent in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der sich in seinen Publikationen zu einem großen Teil den wirtschaftlichen Programmen in Marokko widmet.

Das Problem der „Unterentwicklung“ und der damit verbundenen Armut auf unserem Planeten hat über die Jahrhunderte hinweg leider nichts an seiner Aktualität verloren und steht deshalb grundsätzlich im Zentrum dieser Arbeit; daher möchte ich hier kurz auf den Terminus der sogenannten Entwicklung eingehen.

Wie im Lexikon Dritte Welt zu lesen ist, ist Entwicklung ein Begriff, *„[...] dessen Definition einen guten Teil der Entwicklungsproblematik selbst ausmacht. Er ist weder vorgegeben noch allgemein gültig definierbar noch wertneutral, sondern*

abhängig von Raum und Zeit sowie insbesondere von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen. Entwicklung ist folglich ein normativer Begriff [...]“ (Nohlen 2002: 227).

Eine Definition im Kontext der tatsächlichen Prozesse, die ein Land durchmacht, wenn es sich „entwickelt“, stellt Gilbert Rist auf, indem er sagt, dass *„[...] the essence of 'development' is the general transformation and destruction of the natural environment and of social relations in order to increase the production of commodities (goods and services) geared, by means of market exchange, to effective demand“* (Rist 2007: 488).

Seit etwa Mitte des 17. Jahrhunderts besteht der Begriff der Entwicklung in der deutschen Philosophie, machte in den folgenden Jahrhunderten einen permanenten historischen Wandel durch und veränderte sich laufend in seiner Bedeutung.

Der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibnitz (1646-1716) etwa verstand unter Entwicklung *„nicht das Entstehen von grundsätzlich Neuem, sondern nur die Entfaltung des Vorhandenen“* (Kolland 2005: 10). In den Jahrhunderten danach wurde der Begriff hauptsächlich in Bezug auf den Kapitalismus und die neue Marktgesellschaft verwendet und sollte den Fortschritts- und Modernisierungsprozess in den Industrieländern beschreiben.

Im Kontext des Kolonialismus wurde Entwicklung vorwiegend als Aufgabe gesehen, den unterdrückten Völkern die „Zivilisierung“ näher zu bringen; die Absurdität dieser Vorstellung drückt sich unter anderem in einem Gedicht von Rudyard Kipling aus dem späten 19. Jahrhundert mit dem Titel *„The White Man's Burden“* aus, in dem er von der Pflicht beziehungsweise Bürde des weißen Mannes spricht, die kolonialisierten Völker nach europäischer Vorstellung zu „zivilisieren“ (vgl. Kipling 1899).

Mit der Zeit setzte sich aber dann doch die Vorstellung durch, dass Entwicklung einen Prozess darstellen sollte, der eine Verbesserung der Lebensumstände für die kolonialisierte Bevölkerung als Ziel hat. Als erstes sprach der US amerikanische Präsident Harry S. Truman 1949 in seiner Antrittsrede von Entwicklung und Unterentwicklung in diesem Sinne, da er sagte, dass *„ [...] each period of our national history has its special challenges. [...] It may be our lot to experience, and in a large measure bring about, a major turning point in the long history of the human race. [...] The supreme need of our time is for men to learn to live together in peace*

and harmony. [...] we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas. More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate and stagnant. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. For the first time in history, humanity possesses the knowledge and the skill to relieve the suffering of these people" (Truman 1949: online).

In der Zeit des Kalten Krieges versuchten die rivalisierenden Großmächte USA und UdSSR über Interventionen im Namen der „Entwicklung“ Länder auf ihre Seite zu ziehen. In den folgenden zwei Jahrzehnten wurde jedoch klar, dass *„[...] projects came under criticism and, after two 'development decades' – promulgated under the auspices of the United Nations – had failed to deliver goods, a generalised 'development fatigue' overcame both developed and developing countries"* (Rist 2007: 486).

Weiterführend lassen sich die verschiedenen Auffassungen von Entwicklung in drei große Bereiche einteilen: Modernisierungstheorien im weitesten Sinne, Dependenztheorien und Globalisierungsansätze; ich persönlich verankere meine Vorstellung von „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ dabei im Kontext der Dependenztheorien, da diese davon ausgehen, dass *„Nicht innere Entwicklungsmängel [...] die Ursache für Unterentwicklung [sind], sondern äußere, nämlich die Wirkung von Kolonialismus und Integration in den Weltmarkt“* (Kolland 2004: 83, 95). Besonders in der Zeit nach der Unabhängigkeit vieler Staaten erkannte man, dass die politische Freiheit nicht automatisch mit einer ökonomischen einherging, und dass Abhängigkeitsverhältnisse über wirtschaftliche Strukturen weitergeführt wurden. Dies wird sich auch in der Analyse der Strukturanpassungsprogramme in Marokko zeigen, da dem Land mithilfe der Programme Konditionen auferlegt wurden, die zu einem großen Teil den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer dienen sollten.

Was die Wirtschaftsrichtungen des Kapitalismus beziehungsweise des Neoliberalismus betrifft, zweifle ich sehr an ihrer Nützlichkeit und verstehe mich als Kritikerin und Skeptikerin dieser ökonomischen Strömungen. Diese Meinung

entstand, da mir bei der intensiven Beschäftigung mit diesem Thema über einen längeren Zeitraum hinweg klar wurde, dass diese Wirtschaftsrichtungen das Ungleichgewicht auf unserem Planeten permanent vergrößern und das menschliche Wohl zugunsten der Freiheit des Marktes vollkommen opfern.

1.7. Problemstellung

Den Ausgangspunkt bildet eine Veränderung in der globalökonomischen Theorie und Praxis ab den 1980er Jahren, ein Paradigmenwechsel, der bis heute die Interventionen der Internationalen Finanzierungsorganisationen (IFIs), wie Weltbank und Internationalem Währungsfond, dominiert. Diese seit Anfang der 1980er Jahre angewandte Mainstreamökonomie, der Neoliberalismus, stand zwar seit Anbeginn unter Kritik, die Maßnahmen blieben jedoch bis dato stark an seinen Ursprüngen orientiert. Seit der Formulierung des Washington Consensus 1989, also jenes 10-Punkte Programmes, das in weiterer Folge als Basis für die Arbeit mit verschuldeten Entwicklungsländern galt, haben sich die Probleme im Großen und Ganzen weiter vergrößert; die Armut in den meisten Staaten ließ sich durch die Arbeit der IFIs nicht reduzieren, sondern breitete sich sogar noch weiter aus.

Der zweite Teil der vorliegenden Diplomarbeit betrifft die Programme im Königreich Marokko, die im Zeichen des oben beschriebenen ökonomischen Paradigmenwechsels standen. In den 1980er und 1990er Jahren versuchten die Weltbank und der Internationale Währungsfond mit Hilfe von Strukturanpassungsprogrammen die Ökonomie Marokkos nach den Vorgaben des globalen Marktes zu „entwickeln“. Dabei entstanden für die Bevölkerung oft negative soziale Auswirkungen, die die IFIs in ihrer Arbeit lange Zeit nicht adressierten.

1.8. Hypothesen

Der zweite Teil meiner Diplomarbeit, also die Analyse der Interventionen der Weltbank in Marokko in Form von Strukturanpassungsprogrammen, wird anhand folgender Hypothesen durchgeführt:

- (1) Die Maßnahmen im Kontext der SAPs folgten hauptsächlich den Vorgaben des Washington Consensus und in weiterer Folge den ökonomischen Forderungen der westlichen Industrienationen.
- (2) Die Interventionen in Form von SAPs ließen negative soziale Implikationen nahezu völlig außer Acht.
- (3) Ein maßgeblicher Einfluss auf die Verringerung der Armut im Land ist nach 30 Jahren der Interventionen der Bretton Woods Organisationen nicht klar erkennbar.

1.9. Ergänzendes

- Bezüglich gendergerechter Sprache: Da ich mich in meiner Arbeit hauptsächlich auf gesamte Bevölkerungen beziehungsweise Bevölkerungsgruppen beziehe und keinen thematischen Schwerpunkt auf genderspezifische Gruppen bearbeite, werde ich auf Formulierungen im Kontext des Binnen-Is und anderer Varianten wie zum Beispiel Marokkaner/innen verzichten.

Ich wähle diese Form aus Gründen der Unkompliziertheit und da ich der Meinung bin, dass sich dadurch ein angenehmerer Lesefluss ergibt.

Wenn ich mich in meiner Arbeit speziell auf Frauen beziehe, wird dies aus der gewählten Formulierung klar ersichtlich sein.

- Bezüglich Fußnoten: Ich habe mich entschlossen in meiner Arbeit keine Fußnoten zu verwenden, da ich glaube, dass etwas entweder wichtig genug ist, um im Text zu stehen, oder eben auch nicht; Fußnoten sind für mich daher eine Art Grauzone, in der sich der Autor nicht entscheiden muss, ob er ein Thema in seine Analyse einbeziehen möchte oder nicht.

2. Der weltwirtschaftliche Turn

Im folgenden Kapitel werde ich den globalhistorischen Rahmen in Bezug auf den Paradigmenwechsel in der Mainstreamökonomie ab den späten 1980er Jahren darstellen. Dabei werde ich den Wechsel vom Keynesianismus der 1970er Jahre hin zum Neoliberalismus mit dem Washington Consensus 1989 beschreiben, auf dem das Hauptaugenmerk liegen soll. Dabei wird auch die Entstehung der Bretton Woods Organisationen und die Theorie des Neoliberalismus, Implikationen des Washington Consensus für Entwicklungsländer, Kritik und der sogenannten Post-Washington Consensus beschrieben werden.

2.1. Die Situation ab den 1980er Jahren

2.1.1. Vorgeschichte

Seit den 1980er Jahren leitet der Neoliberalismus die globale Wirtschaft, nicht zuletzt da er schließlich mit dem Fall der Mauer 1989 auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und in Russland zum Einsatz kommen konnte, und „[...] *the countries in Central and Eastern Europe which were just emerging from communism also saw in the Washington Consensus a hopeful recipe to inject the best of Western economic thought into their national policies*“ (Naim 2000: 512-513).

2.1.1.1. Die Ursprünge des Neoliberalismus - Adam Smith

Die Ursprünge des Neoliberalismus gehen auf die Prinzipien des klassischen Liberalismus zurück, dessen prominentester Vertreter wohl Adam Smith war. Das bekannteste Werk des schottischen Moralphilosophen „*An inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations*“, meistens abgekürzt mit „*The Wealth of Nations*“ wurde 1776 veröffentlicht und beschreibt eine liberale Theorie individueller ökonomischer Anstrengungen in einer Gesellschaft, die von Wettbewerb, Spezialisierung und Handel gekennzeichnet ist. So entwickelte er „*das Modell einer reformierten ,commercial society*“ (Bachinger/ Matis 2009: 217, vgl. Smith 1984).

Neben den liberalen Schlagwörtern wie Arbeit, Arbeitsteilung und Produktivität wurden besonders zwei Aspekte der Ideen Smiths in weiterer Folge sowohl heftig diskutiert, aber als auch zu einem großen Teil weiter in den liberalen Theorien verwendet, nämlich der sogenannte homo oeconomicus und die unsichtbare Hand des Marktes.

Adam Smith beschrieb den homo oeconomicus als einen rein wirtschaftlich denkenden Menschen, der in seinem Handeln dem Prinzip der Rationalität folgt; dabei wurden ihm Eigenschaften zugeschrieben, die in der Realität nicht existent sind. Darunter fallen zum Beispiel der Besitz aller Informationen und Alternativen zu seinem Handeln, mit deren Hilfe er sich für die Variante entscheiden kann, die ihm den größten Nutzen bringt (vgl. Kirstein/ Schmidtchen 1999: 2, Wirtschaftslexikon: online). Damit stellte Smith alle Menschen auf eine gleiche Stufe in Bezug auf die Verfügbarkeit von Wissen und Information.

Oft wecken die Interventionen, die den liberalen Prinzipien folgen noch immer den Eindruck, dass diese sich am Bild des wirtschaftlichen Menschen im Smith'schen Sinne orientieren würden. Es wird dabei unter anderem nicht die Tatsache in Betracht gezogen, dass Menschen aufgrund ihrer verschiedenen Voraussetzungen nicht über den gleichen Grad an Wissen und über die gleichen Möglichkeiten verfügen. Es ist wohl in diesem Zusammenhang selbst erklärend, dass zum Beispiel eine Familie im ländlichen Afrika nicht über den gleichen Zugang an Informationen verfügt wie Investoren aus Industrieländern.

Auch definierte Smith die Rolle, die der sogenannte enthaltsame Staat übernehmen sollte; den Prinzipien eines solchen Staates wird in Empfehlungen an Entwicklungsländer heute noch oft gefolgt, nämlich die Konzentration auf die drei Bereiche Staatsverteidigung, Rechtssystem und Infrastruktur (vgl. Bachinger/ Matis 2009: 232). Diese sehr beschränkte Rolle des Staates ist stark mit einem weiteren Prinzip von Smith verbunden, nämlich mit der sogenannten unsichtbaren Hand, die den Markt steuert. Diese würde laut Smith für einen Interessensausgleich sorgen, der nur dann funktionieren kann, wenn die freien Mächte des Marktes nicht durch staatliche Interventionen beeinflusst werden; staatliche Eingriffe würden darüber

hinaus einen Interessenausgleich negativ beeinflussen und Wohlstand verringern (vgl. Drexl 1998: 92).

Smiths ökonomische Prinzipien wurden erstmals unter dem Gesichtspunkt einer politischen-ökonomischen Theorie in den 1820er und 1830er Jahren untersucht. Unter anderem griff David Ricardo Smiths Ideen auf und verschaffte sich mit seiner Theorie der komparativen Kostenvorteile Gehör. Ricardo, ein britischer Ökonom und Vertreter der Klassik, ging in seinem Modell davon aus, dass Länder sich auf die Erzeugung und den Handel jener Produkte konzentrieren sollten, in denen sie von komparativen Kostenvorteilen aufgrund ihrer spezifischen Situation, ihres Klimas und sonstiger natürlicher oder künstlicher Vorteile profitieren würden; denn laut Ricardo würden *„Under a system of perfectly free commerce, each country naturally devotes its capital and labour to such employments as are most beneficial to reach“* (Ricardo/ Say/ Schmidt 1821: 139).

Lange Zeit wurde dieses Modell für Entwicklungsländer als sinnvoll erachtet, jedoch blieb es schlussendlich ohne praktische Erfolge. Dies liegt unter anderem an der Tatsache, dass den Prinzipien Ricardos zufolge sich Entwicklungsländer auf den Export von Rohstoffen konzentrieren sollten, da sie darin komparative Kostenvorteile besitzen. Nachdem Entwicklungsländer aber ohnehin schon mehr oder weniger einzig über den Abbau und den Export ihrer natürlicher Ressourcen am Weltmarkt teilnehmen, würde Ricardos Modell nur weiterhin die Rolle dieser Länder als reine Rohstofflieferanten für den Rest der Welt stärken.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden Smiths Ideen weiterführend von neoklassischen Ökonomen in mathematische Regeln der Marktökonomie mit dem Ergebnis formuliert, dass der Kapitalismus die beste aller möglichen ökonomischen Optionen darstellen würde, denn wie Önis und Senses es beschreiben: *„The spread of neoliberal ideas to developing countries and to the post-communist transition economies has had a self-perpetuating effect, reinforcing the view that there was no alternative“* (Önis/ Senses 2005: 287). Dabei wurde große Hoffnung in klassische liberale Ideen gelegt, etwa dass selbstregulative Märkte ein sozial akzeptiertes Gleichgewicht entstehen lassen würden, das ohne Interventionen des Staates auskommt (vgl. Peet 2010: 6, 38).

Diese ökonomischen Ideen blieben bis in die späten 1920er Jahre federführend, bis schließlich die Weltwirtschaftskrise 1929 eine neue Art des Wirtschaftens unumgänglich machte. Daher begann der US-amerikanische Staat unter Präsident Roosevelt regulativ in die Ökonomie einzugreifen; diese neue Art des Wirtschaftens wurde daher in weiterer Folge als der „New Deal“ bezeichnet.

Der Zweite Weltkrieg beendete schließlich die wirtschaftliche Krise in den USA, da vor allem durch das Wirtschaftswunder im Wiederaufbau der amerikanische Staat ökonomisch aufblühte.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg trat eine neue ökonomische Strömung in Erscheinung, die sich rasch global ausbreitete und in den folgenden Jahrzehnten die internationale Wirtschaft dominieren sollte, nämlich der sogenannte Keynesianismus.

2.1.1.2. Die Weltwirtschaftskrise 1929 – Aufschwung des Keynesianismus

Das Jahr 1929 markiert bisher das Jahr der größten Weltwirtschaftskrise in der Geschichte, die sich im Zuge des Zusammenbruchs der New Yorker Börse global ausweitete. Folgen und Auswirkungen sind weithin bekannt: Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüche von Unternehmen, die Schließung von Banken. Das Sozialprodukt der USA beispielsweise sank zwischen 1929 und 1933 um 58%, in Deutschland um 40%, in Großbritannien um 15% (vgl. Deutschmann o.J.: 1). Die Arbeitslosigkeit in den USA erreichte zwischen 1932 und 1933 27%, in Deutschland 44% (vgl. Peet 2010: 39).

Die wirtschaftliche Leistung der Industrieländer war so schlecht wie nie zuvor, und zusätzlich stellte die aufstrebende Wirtschaftsleistung der UdSSR eine Gefahr dar, der man im Westen begegnen wollte. Genau diese Tatsachen verschafften John Maynard Keynes Ideen Gehör, die er 1936 in seinem Werk *„The General Theory of Employment, Interest and Money“* veröffentlichte. John Maynard Keynes, britischer Ökonom und Mathematiker, sollte mit seiner Wirtschaftsrichtung des Keynesianismus die folgenden Jahrzehnte in der Mainstreamökonomie dominieren.

In seiner Theorie stand besonders der Punkt der antizyklischen Nachfragesteigerung im Gegensatz zu den Lehren der Neoklassik, die bis dahin den ökonomischen Mainstream leiteten. Antizyklisch bedeutet in diesem Zusammenhang *„Eine dem*

Konjunkturverlauf/Krisenzyklus entgegen gerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Mit einer antizyklischen Konjunkturpolitik wird versucht, Phasen wirtschaftlichen Abschwungs z.B. durch öffentliche Ausgaben abzumildern“ (Wirtschaftslexikon: online).

Keynes trat also entgegen dem Modell auf, dass in bereits schlechten Konjunkturphasen der Gürtel noch enger geschnallt werden sollte, und rief die Staaten und Regierungen zu mehr Ausgaben und zur Aufnahme von Schulden auf, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Daraus folgte die Annahme, dass der Staat partiell in die Wirtschaft einzugreifen und diese zu steuern habe, um in weiterer Folge für eine so gering wie mögliche Arbeitslosenrate zu sorgen und im Optimum Vollbeschäftigung zu schaffen. Kurz gesagt: der Staat soll eine ausgleichende Position einnehmen und dann eingreifen, wenn es als notwendig erscheint (vgl. Peet 2010: 8). Ein aktives Eingreifen des Staates war also, auch im Gegensatz zum darauf folgenden Neoliberalismus, teilweise durchaus erwünscht.

Ebenso wurden seine Theorien nach dem Zweiten Weltkrieg von den Zweifeln über die Wirksamkeit von Marktanreizen genährt, und diese neue sogenannte Wohlfahrtsökonomie unterstrich zusätzlich die Kosten vom Versagen des Marktes (vgl. Waeldbroeck 1998: 325).

Die ökonomische Krise der Zwischenkriegszeit fand sein Ende im Beginn des Zweiten Weltkriegs, der die durch den klassischen Liberalismus lange separierten Bereiche der Ökonomie und Politik wieder zu vereinen begann, wodurch laut Peet „*The stage was set for Bretton Woods*“ (Peet 2010: 41).

Die Blütezeit des Keynesianismus reichte von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre, als sich der Neoliberalismus global durchzusetzen begann, international von einflussreichen Politikern unterstützt, wie Ronald Reagan in den USA oder Margaret Thatcher in Großbritannien.

Und obwohl die Glanzzeit des Keynesianismus über drei Jahrzehnte zurückliegt, halten sich Keynes Ideen in Form des sogenannten Postkeynesianismus teilweise bis heute.

2.1.1.3. Der Beginn des Neoliberalismus – die Mont Pelerin Gesellschaft

Entstanden ist der Neoliberalismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine Diskussion über den Liberalismus und seine Zukunft entstand. Federführend war dabei der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek, der 1947 36 Gelehrte, hauptsächlich Ökonomen, Historiker und Philosophen einlud, um das Schicksal des Liberalismus in seinem klassischen Sinn zu diskutieren.

Das erste Treffen fand in Mont Pelerin in der Schweiz statt, weswegen sich die Gruppe in weiterer Folge auch die Mont Pelerin Gesellschaft nannte. Grundsätzlich versuchte die Gesellschaft liberale Werte, wie einen freien Wettbewerb, starke Rechtsstaatlichkeit, das Recht auf Privateigentum und die individuelle Freiheit voranzutreiben (vgl. Mont Pelerin Gesellschaft: online).

Da sich daher radikal nichts an den liberalen Prinzipien ändern sollte, wurde die daraus entstandene Mainstreamökonomie, in starker Anlehnung an den klassischen Liberalismus, Neoliberalismus genannt und dominiert bis heute die Weltökonomie in Theorie und Praxis (vgl. Stiglitz 2008: 41).

Von Hayek vertrat im Grunde genommen zwei Positionen, die bis heute seitens neoliberaler Befürworter als richtig angenommen werden (vgl. Peet 2010: 11):

Erstens, dass sich das Wachstum der Gesellschaft aus der Freiheit ihrer individuellen Mitglieder ableite, die ihre eigenen Ziele in Bezug auf private Eigentumsrechte verfolgen. Soziale Institutionen (hier wird darunter hauptsächlich der Markt selbst verstanden) würden am besten funktionieren, wenn sie sich aus der freiwilligen und spontanen Zusammenarbeit freier Menschen konstituieren. Konkurrenz über die Märkte würde demnach eine ökonomische Ordnung erzeugen, die das Produkt menschlicher Aktivitäten darstellt.

Zweitens, dass Regierungen demnach demokratisch sein sollten, allerdings mit begrenzten Möglichkeiten in den Markt einzugreifen und dadurch Zwang auszuüben. Geplante ökonomische Ordnung führe von Hayek zufolge unweigerlich zu totalitärer Tyrannei.

Obwohl die Mont Pelerin Gesellschaft in Europa die neoliberalen Prinzipien festlegte, gab es auch in anderen Ländern eine Diskussion über die Zukunft des Liberalismus

nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem in London, aber auch in Freiburg, Stanford und natürlich in den USA mit der *Chicago School of Political Economy*. Die Vertreter der Chicagoer Schule gingen davon aus, dass eigennütziges und wetteiferndes Verhalten in Ökonomie, Politik und allen anderen Bereichen die richtige Art zu leben sei; die am meisten rechts ausgerichteten Politikmaßnahmen wurden von Milton Friedman, dem wohl bekanntesten Vertreter der Chicagoer Schule, in mathematische Codes von auf Geld basierenden Wirtschaften übersetzt: nämlich in die Idee, dass makroökonomische Probleme, wie Inflation oder Verschuldung, durch exzessive Regierungsausgaben ausgelöst werden würden, die wiederum die Menge an zirkulierendem Geld in einer Gesellschaft erhöhen und dadurch eine Inflation auslösen würden (vgl. ebd.: 10).

Der Siegeszug des Neoliberalismus wurde perfekt im Jahre 1974, als von Hayek den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen bekam. In den darauffolgenden Jahren wurden die neoliberalen Ideen verstärkt durch US-amerikanische Firmen, Banken und sogenannte „think tanks“ propagiert und in neokonservativen Journalen und im Fernsehen in Form von Dokumentationen verbreitet; doch wurden auch auf der politischen Ebene die neuen Ideen gefördert, hauptsächlich durch die politischen Maßnahmen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den USA und Großbritannien in den 1980er Jahren (vgl. ebd.: 13, Stiglitz 2004: 29-30, Taylor 1997: 147).

2.2. Die Bretton-Woods Organisationen – Die Entstehung von Weltbank und Internationalem Währungsfond

In der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Suche der USA nach neuer globalökonomischer Stabilität in Bezug auf Währungssysteme. Da die USA im Besitz von mehr oder weniger dem gesamten weltweiten Goldvorkommen war, wurde der US Dollar als Leitwährung bestimmt. Dieses System der festen Wechselkurse basierte auf der Zusage der USA, US-Dollar immer in Gold umzutauschen. Diese Zusage hielt sich bis 1971, als Präsident Nixon plötzlich verlautbaren ließ, dass die USA diese Praxis einstellen werden. Die sogenannte Bretton-Woods Ära lässt sich also von dem Jahr der Entstehung des Bretton-Woods

Abkommens 1945 bis ins Jahr 1971 festlegen, als eines der wichtigsten Ergebnisse der Bretton- Woods Konferenz nicht mehr praktiziert wurde (vgl. Kreisky 2002: 1).

Neben dem System des festen Wechselkurses in den USA wurde auch die Notwendigkeit einer globalen Wirtschaftsordnung in der Konferenz von Bretton Woods diskutiert, da die Armut weltweit stetig anstieg und damit die Zahlungsmöglichkeiten verschuldeter Länder sanken. Auch war zu Kriegsende in der Administration der Regierung Roosevelts die Idee entstanden, dass einer der Hauptgründe für die Schwierigkeiten in der Ökonomie und der Politik ein steigender Protektionismus vieler Länder sei. Daher wurden in weiterer Folge internationale ökonomische Kooperationen gesucht, die auf einem Weltmarkt basierten, in dem Kapital und Waren frei bewegt werden konnten (vgl. ebd.: 1, Peet 2010: 36). Diese Ereignisse führten 1944 schließlich zur Konferenz von Bretton Woods.

Der Name Bretton Woods stammt vom gleichnamigen Ort im US-Bundesstaat New Hampshire, wo sich die Finanzminister und Notenbankchefs von 44 Staaten im Juli 1944 zu einer Konferenz trafen, dessen Ende den Beschluss des Bretton-Woods-Abkommens markierte. In weiterer Folge wurden zur Supervision und Abwicklung die Bretton Woods Organisationen Weltbank, Internationaler Währungsfond und Welthandelsorganisation (WTO) gegründet, die bis heute die globale Entwicklungspolitik und -finanzierung maßgeblich beeinflussen. Ich werde mich in weiterer Folge in meiner Arbeit mit der Weltbank und dem IWF beschäftigen, da für den Teil der Strukturanpassungsprogramme hauptsächlich diese beiden Organisationen von Interesse sind und daher eine Analyse der WTO in diesem Kontext nicht vorgesehen ist.

Der Weg zum Abkommen, das am 27. Dezember 1945 in Kraft getreten ist, war durchaus ein steiniger, da sich besonders die USA und Großbritannien in einigen Punkten lange nicht einigen konnten. Ein Ergebnis in diesem Sinne war, *„Dass am Ende der IMF, als zentrales ‚institutionalisiertes Produkt‘ von Bretton Woods, die Aufgabe zugewiesen bekam, Mitgliedsstaaten bei Zahlungsschwierigkeiten einen kurzfristigen Kredit zur Verfügung zu stellen [...]“* (Kellermann 2006: 73). Personell wurde dieser Machtkampf zwischen dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes und dem US-amerikanischen Ökonomen und Politiker Harry Dexter White

ausgetragen. Schlussendlich konnten sich die USA mit White durchsetzen, nicht zuletzt, da die USA als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen und Großbritannien mit großen Schulden und Defiziten in der Staatskasse sich in der Defensivposition befand (vgl. ebd.: 73-74).

Dazu kam, dass schon seit der Präsidentschaftszeit Theodor Rossevelts die USA eine sogenannte *open door policy* betrieben, um die wirtschaftlichen Interessen der USA weltweit durchsetzen zu können; im Vergleich zu den ehemaligen Kolonialmächten Europas, mussten die USA über andere Wege wirtschaftliche Beziehungen und Ressourcensicherung in anderen Staaten führen (vgl. Sengthaler 1985: 15): „Bezogen auf die Entwicklungsländer erwartete man hier von der Errichtung entsprechend international ausgerichteter Organisationen weitere spezifische Vorteile: eine Umgehung des sogenannten Imperialismusvorwurfes bzw. eine verstärkte Bereitschaft der Regierungen der Entwicklungsländer, den international auferlegten Verpflichtungen nachzukommen“ (Chahoud 1982: 37). In diesem Kontext findet sich ebenfalls der Vorwurf des Neokolonialismus, den diese Organisationen betreiben würden, wieder, denn „war es im klassischen Kolonialismus noch die Okkupation, der man sich als Ausdruck der Domination durch eine andere Macht bediente, so sind es heute die ‚Organisationen‘ [...], die diese Funktion übernehmen“ (Sengthaler 1985: 13-14).

Grundsätzlich hatte der IWF nach seiner Gründung zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich die Regulierung der Wechselkursraten zwischen Mitgliedsländern, und über die Vergabe von Krediten in Zeiten von Krisen zu entscheiden (vgl. Peet 2010: 66). Dabei blieben besonders die Punkte der Reduktion des Handelsdefizits und der Inflationsbekämpfung über Jahrzehnte hinweg zentrale Bestandteile der Arbeit des IWF (vgl. Taylor 1997: 147).

Die Weltbank, eigentlich die Weltbank-Gruppe, entstand zu Beginn unter dem Namen *International Bank for Reconstruction and Development* (IBRD), die sich mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen sollte. Heute bildet die IBRD zusammen mit der *International Development Association* (IDA), der *International Finance Corporation* (IFC), der *Multilateral Investment Guarantee Agency* (MIGA) und dem *International Centre for Settlement of Investment Disputes*

(ICSID) die Weltbank-Gruppe. Jedoch sind im Zusammenhang der Entwicklungsfinanzierung hauptsächlich die IBRD und die IDA von Interesse.

Zu den Aufgaben der IBRD zählen unter anderem die Vergabe von Entwicklungskrediten und die Bereitstellung analytischer und beratender Hilfestellungen. Die IBRD borgt sich Geld zu niedrigen Zinssätzen aus, indem es im Gegenzug Anleihen in private Kapitalmärkte in Industrieländern verkauft und Kredite zu marktnahen Zinssätzen an kreditwürdige Entwicklungsländer vergibt; die IDA hingegen vergibt Kredite an Länder, die an und für sich als nicht kreditwürdig am internationalen Finanzmarkt gelten. Die IDA verlangt zwar keine Zinsen für ihre Kredite, jedoch ist ein jährlicher Prozentsatz von 0,75% an administrativen Kosten zu entrichten (vgl. Peet 2010: 128).

2.2.1. Die Bretton Woods Organisationen im Wandel der Zeit

In dem mittlerweile fast 70 jährigen Bestehen der Bretton Woods Organisationen haben diese eine Reihe an Veränderungen durchgemacht. Ein für die folgende Arbeit von Weltbank und IWF zentrales Ereignis fand 1979 statt, als die Weltbank in naher Kooperation mit dem IWF beschloss, dass sie in Zukunft einen großen Teil ihrer Ressourcen für die Vergabe struktureller Anpassungskredite bereitstellen wird, um die Politikreformen in Entwicklungsländern unterstützen zu können; hierzu merkt Waeldbroeck an, dass *„Pressure from the World Bank and IMF must have been effective, because the Bank and the IMF were the only sizable providers of funds to victims of the debt crisis“* (Waeldbroeck 1998: 341) oder wie Amsden erkennt: *„What makes the Bank so powerful is that it has no real rival. The Bank has become a virtual monopoly, if not in its lending then in its research work“* (Amsden 1994: 615).

Gegründet zu einer Zeit, als die Wirtschaftsrichtung des Keynesianismus führend war, untergingen Weltbank und IWF ab Mitte der 1970er Jahren dahingehend Veränderungen, als dass nun die Theorien von August von Hayek und Milton Friedman vertreten wurden, die eine marginalisierte Rolle des Staates in der Wirtschaft anstrebten; jedoch veränderte sich wiederum in den folgenden Jahrzehnten diese spezifische Annahme, als dass *„Under the control of neoliberal beliefs ever since, the global institutions governing the development of the world*

economy have consistently advocated a set of economic policies virtually identical to those of national governments“ (Peet 2010: 14). Das bedeutet, dass diese Organisationen erst recht die regulativen Aufgaben des Staates übernahmen, obwohl sie gegen genau diese Tätigkeiten argumentierten und sie als einen der Hauptgründe für die Verschuldung von Entwicklungsländern sahen, denn „[...] mainstream economists attributed [...] problems not to macroeconomics but to past policy ,errors‘ [...]“ (Taylor 1997: 146).

Jedoch veränderte sich die Weltbank unter der Führung von Robert MacNamara (1968-1981) dahingehend, als dass erkannt wurde, dass der erhoffte sogenannte *trickle-down* Effekt ihrer Investitionen nicht der armen Bevölkerung zu Gute kam, und in weiterer Folge *„Poverty alleviation became the Banks’s conceptual focus and in effect a moral goal. Its loans were redirected toward investments which were supposed to help targeted poverty groups“* (ebd.: 147). Die Theorie der *trickle-down* Effekte geht davon aus, dass Wohlstand in einer Gesellschaft von den Wohlhabenden zu den armen Gesellschaftsschichten „durchsickern“ würde.

Zusätzlich belastete die Ölkrise in den 1970er Jahren viele Entwicklungsländer, und besonders kleine Staaten südlich der Sahara waren davon stark betroffen, was in weiterer Folge zu massiven makroökonomischen Anpassungsmaßnahmen seitens der Bretton Woods Organisationen führte (vgl. ebd.: 146).

Schon im Gründungsjahr der Bretton Woods Organisationen formulierte Karl Polanyi, ungarisch-österreichischer Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, eine harsche Kritik an jener Form der ökonomischen Theorie, mit der Weltbank und IWF in der Zukunft arbeiten sollten, nämlich dem Liberalismus: *„Nowhere has liberal philosophy failed so conspicuously as in its understanding of the problem of change. Fired by an emotional faith in spontaneity, the common-sense attitude toward change was discarded in favor of a mystical readiness to accept the social consequences of economic improvement, whatever they might be“* (Polanyi 1944: 33).

In den 1980er Jahren wiederum kam ein Umschwung auf marktfreundliche ökonomische Reformen, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Margaret Thatcher,

Ronald Reagan und George Bush Senior (vgl. Peet 2010: 13, Stiglitz 2004: 29-30, Taylor 1997: 147).

Was die Veränderungen und Selbsterkenntnisse seitens der Bretton Woods Organisationen betrifft, wurde Kritik von außen verschieden aufgenommen; während die Weltbank auf Kritik reagierte, „[hielt] der IWF hingegen bis in die jüngste Zeit an seinem Set neoliberaler makroökonomischer Maßnahmen fest und gerät damit zunehmend in Widerspruch auch zur Weltbank“ (Unmüßig/ Walther 1999: 247). Verglichen zur Weltbank, lässt sich der IWF als eine stärker abgeschlossene und weniger heterogene Organisation beschreiben, die nur selten Selbstkritik übt (vgl. Önis/ Senses 2005: 274).

2.3. Der Washington Consensus

2.3.1. Die Ursprünge - John Williamson und die 10 Punkte des Washington Consensus

In diesem Kapitel werde ich die Entstehung des Washington Consensus und seiner weiteren Verwendung aus der Sicht von John Williamson darstellen, dem britischen Wirtschaftswissenschaftler und „Vater“ des Washington Consensus. In seinem Artikel „*A Short History of the Washington Consensus*“ beschreibt er seine Sicht auf die Ereignisse von 1989, als er in einer Rede jene 10 Punkte formulierte, die in weiterer Folge unter dem Namen Washington Consensus große Berühmtheit erlangen sollten. Ich möchte deswegen dem „Erfinder“ des Washington Consensus hier Platz geben seine Meinung zu diesem kontrovers betrachteten Thema zu äußern, da er in diesem Artikel die ursprünglichen Ideen zu dem Konzept formuliert, selbst Kritik an der weiteren Verwendung in den letzten zwei Jahrzehnten übt und versucht, die verschiedenen Interpretationstypen zu ordnen und zu kommentieren.

1989 wurde der Begriff des Washington Consensus erstmals in einem Hintergrundpapier Williamsons zu einer Konferenz des *Institute for International Economics* erwähnt. Das Ziel dieser Konferenz war es herauszufinden, inwieweit die alten Entwicklungspolitiken, die in Lateinamerika seit den 1950er Jahren führend

waren, verdrängt wurden von neuen Ideen, die schon seit geraumer Zeit Akzeptanz in internationalen Organisationen, vor allem in der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) gefunden haben (vgl. Williamson 2008: 14). Die OECD umfasst heute 34 Mitgliedsländer und wurde 1961 mit dem bestimmten Ziel gegründet: „[...] *to promote policies that will improve the economic and social well-being of people around the world*“ (OECD: online).

Um sicher zu stellen, dass sich die verschiedenen Hintergrundpapiere der Konferenz von 1989 mit dem gleichen Set an Themen beschäftigen, erstellte Williamson eine Liste mit 10 Punkten. Er glaubte, dass jeder in Washington sich darauf einigen könnte, dass diese Punkte mehr oder weniger das sind, was zu diesem Zeitpunkt überall in Lateinamerika an Reformen gebraucht werden würde, denn „*Williamson's list of policies ,that Washington could agree with' in effect described common ground between Washington and Latin American economists*“ (Waeldbroeck 1998: 341).

Aus diesem Grund nannte er folgende Punkte den Washington Consensus (vgl. Williamson 2008: 16-17, Williamson 1999: online, Priewe 2005: 1, Peet 2010: 15-16):

1. Fiskaldisziplin: Dieser Punkt entstand aufgrund der Situation am lateinamerikanischen Kontinent, wo beinahe alle Länder mit hohen Defiziten kämpften, die zu Zahlungskrisen und hoher Inflation führten. Diese Entwicklungen trafen vor allem die arme Bevölkerung, da die Reichen ihr Vermögen gut gesichert in anderen Ländern parken konnten und daher von Krisen nicht direkt betroffen waren. Um daher die nationale Verschuldung und den Mangel an Liquidität überwinden zu können, sollte das Budgetdefizit auf ein nicht-inflationäres Niveau gesenkt werden.

2. Neuordnung der Prioritäten bei Staatsausgaben: Dieser Punkt sollte einen Umschwung auf Ausgaben für Wachstum und Investitionen gegen Armut darstellen, wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Infrastruktur. Zu diesem Punkt merkt Williamson an, dass die Verwendung im Großen und Ganzen nicht nach seinen Vorstellungen ablief: „*It did not call for the entire burden of achieving fiscal discipline to be placed on expenditure cuts; on the contrary, the intention was to be strictly neutral about the desirable size of the public sector, an issue which even a hopeless*

consensus seeker like me did not imagine that the battle had been resolved with the end of history that was being promulgated at the time” (Williamson 2008: 16).

3. Steuerreform: Das Ziel war die Forcierung eines Steuersystems, das eine umfassende Besteuerungsgrundlage mit einem moderaten Grenzsteuersatz kombinieren würde.

4. Liberalisierung der Zinssätze beziehungsweise Übergang zu marktbestimmten Zinssätzen: Dieser Vorgang stellte sich ebenfalls in weiterer Folge als nicht unproblematisch heraus, und Williamson merkt an dieser Stelle an: *„In retrospect, I wish I had formulated this in a broader way as financial liberalization, stressed that views differed on how fast it should be achieved, and-especially-recognized the importance of accompanying financial liberalization with prudential supervision“ (ebd.: 17).*

5. Ein konkurrenzfähiger Devisenkurs: Konkurrenzfähige Devisenkurse sollten Wechselkurse darstellen, die ein rapides Ansteigen nicht-traditioneller Ausfuhren fördern.

6. Liberalisierung des Handels: Dieser Punkt betrifft vor allem den Außenhandel, da unter anderem Zölle gesenkt und Mengengrenzungen aufgehoben werden sollten. Hierzu merkt Williamson an, dass es verschiedene Sichtweisen gab, wie schnell der Handel liberalisiert werden sollte; allerdings herrschte Konsens darüber, dass dies die richtige Richtung sei, in die sich die Länder bewegen sollten.

7. Liberalisierung von ausländischen Direktinvestitionen: Hier sollten in weiterer Folge Zugangsbarrieren für ausländische Direktinvestitionen abgebaut werden um ihnen einen leichteren Einstieg in die Märkte zu ermöglichen. Speziell in diesen Punkt inkludierte Williamson eine umfassende Kapitalmarktöffnung nicht, da er der Meinung war, dass diese den Washington Consensus nicht beeinflussen sollte.

8. Privatisierung: Der Begriff der Privatisierung, gemeinsam mit dem der Liberalisierung, ist wohl der am meisten mit Kritik belastete, da diese beiden Punkte

vor allem in der Zeit nach 1989 ohne Rücksicht auf Verluste so schnell und intensiv wie möglich durchgeführt wurden.

Williamson räumt an dieser Stelle ein, dass die Kritik an diesem Begriff teilweise absolut gerechtfertigt ist, allerdings herrsche mittlerweile Konsens darüber, dass es darauf ankommt, in welcher Art und Weise Privatisierungen vor sich gehen, da diese leicht in einen höchst korrupten Prozess abrutschen können. Jedoch gebe es laut Williamson Anhaltspunkte dafür, dass Privatisierungen Vorteile bringen würden, wenn die damit zusammenhängenden Prozesse korrekt durchgeführt werden und das privatisierte Unternehmen entweder seine Produkte in einen wettbewerbsfähigen Markt verkauft oder korrekt reguliert wird.

9. Deregulierung: Dieser Punkt fokussierte speziell auf den Abbau von Markteintritts- und Austrittsschranken, jedoch laut Williamson nicht auf den völligen Verzicht von Regulierungen für Sicherheit oder Umwelt.

10. Eigentumsrechte: Dieser Punkt drehte sich hauptsächlich darum, dem informellen Sektor die Möglichkeit zu bieten, Eigentumsrechte zu akzeptablen Kosten zu erwerben.

Was die weitere Verwendung der zehn Punkte in der Praxis betrifft, beschreibt Peet diese kritisch: „[...] *these policies favour an outward-oriented export economy, organized through markets, with minimal state regulation, along with privatization, trade liberalization and limited (state) budget deficits. Economic policies steaming from the neoliberal perspective are promoted by global institutions regardless of national circumstance, such as cultural tradition or social structure, and regardless of previous tradition in the political economy of development*“ (Peet 2010: 16).

Weiterführend beschreibt und kommentiert John Williamson in seinem Artikel die verschiedenen Interpretationen des Washington Consensus, die in weiterer Folge entstanden sind. Williamson grenzt die verschiedenen Interpretationsarten auf drei Haupttypen ein:

(1) Mit dem Kollaps der argentinischen Wirtschaft 2001 wurde die Kritik am Washington Consensus immer lauter, und diesem wurde zunehmend die Schuld am

wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes gegeben. Williamson weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in Argentinien zu stark auf zwei Punkte des Washington Consensus fokussiert wurde, was schließlich zum ökonomischen Kollaps des Staates führte: nämlich die Übernahme eines chronisch überbewerteten fixen Devisenkurses und die Nichtnutzung der Aufschwungsjahre um die Schuldenlast zu tilgen (vgl. Williamson 2008: 20-21).

Zu den anderen zwei Interpretationsformen merkt Williamson an: *„One must conclude that the term has been used to mean very different things by different people”* (ebd.: 21).

(2) Im Laufe der Zeit änderte sich die Verwendung der ursprünglichen Ideen durch die Bretton Woods Organisationen und der US-Regierung in den 1990er Jahren. Oft rückten die Praktiken dabei von ihrer eigentlichen Verwendungsidee ab, jedoch blieben in der Regel die Programme ihren Ursprüngen treu, denn *„The essentials, however, have not changed“* (Taylor 1997: 147). In der Zeit nach 1989 unterschied sich die Verwendung der Punkte nur wenig von der Idee Williamsons, jedoch steht diese seit Mitte der 1990er Jahre teilweise im krassen Gegensatz dazu, was er mit seinen 10 Punkten ursprünglich intendierte. Aber er merkt auch an, dass in den späten 1990er Jahren Weltbank und IWF ihre anfänglichen Indifferenzen bezüglich Einkommensverteilung hinsichtlich der Erkenntnis veränderten, dass die Frage wer gewinnt und wer verliert, von enormer Wichtigkeit ist (vgl. Williamson 2008: 21-22).

(3) Die dritte Interpretationsart des Washington Consensus beschreibt Williamson synonym mit den Worten Neoliberalismus und Marktfundamentalismus. Zu dieser, bei Kritikern sehr beliebten Interpretation, merkt Williamson an: *„[...] I regard [this] as a far more dramatic deviation from the original intent and a thoroughly objectionable perversion of the original meaning”* (ebd.: 22). Er merkt des Weiteren an, dass egal, was der Begriff des Washington Consensus bedeuten kann, dieser Bezug nehmen sollte auf ein Set von Politikmaßnahmen, welche damals einen Konsens zwischen den IFIs, der US-amerikanischen Regierung und anderer Gruppen erlaubte.

Besonders die Frage nach der Entstehung der dritten Interpretationsart scheint Williamson in weiterer Folge zu interessieren, da er diese nicht komplett nachvollziehen kann. Er kann sich nicht vorstellen, dass Leute tatsächlich der Meinung sein können, dass die IFIs - beziehungsweise zumindest der IWF - Marktfundamentalismus und den minimalen Staat in diesem Sinne propagieren würden. In diesem Zusammenhang kritisiert Williamson Joseph Stiglitz, der von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank war und selbst einer der größten Kritiker der Bretton Woods Organisationen ist: *„Stiglitz’s view that the IMF has a theological belief in market fundamentalism is pure assertion, unsupported by a single citation“* (ebd.: 23).

Jedoch räumt er weiters ein, dass nicht allen 10 Punkten die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wurde und über den gleichen Grad an Konsens verfügten. Obwohl er sich stets bemühte, Missinterpretationen richtig zu stellen *„[...] [were] very soon, even the 10 prescriptions [...]not that well known and the term „Washington Consensus“ acquired a life of its own, becoming a brand name known worldwide and used quite independently of its original intent and even of its content“* (Naim 2000: 508).

2.3.2. Der ökonomische Paradigmenshift und die neue Rolle des Staates

Der Washington Consensus wurde in Retrospektive als der Zeitpunkt identifiziert, als sich ein Paradigmenwechsel vollzog und die Theorie und Praxis von einer staatsgelenkten Einflussnahme auf eine marktorientierte Politik umschlugen. Jedoch wird auch oft festgehalten, dass die Einführung der 10 Punkte von Williamson alleine nicht ausreichend waren um von einem vollständigen Paradigmenwechsel zu sprechen, da *„In examining the introduction of the Washington Consensus as a paradigm shift, what matters is not simply the substantive differences with earlier approaches, but also the nature of the change in the disciplinary matrix and world-view“* (Gore 2000: 790).

Mit diesem Umschwung auf eine marktorientierte Politik passierte auch eine tiefer gehende Veränderung dahingehend, dass Probleme im Entwicklungsbereich anders verstanden und betrachtet wurden. Dadurch änderte sich auch die Art und Weise, wie und welche Praktiken man im Zuge der Entwicklungspolitik rechtfertigen konnte;

zusammengefasst waren die dabei ausschlaggebenden Veränderungen die teilweise Globalisierung der entwicklungspolitischen Analyse und der Umschwung von Historizismus auf eine ahistorische Leistungsbewertung (vgl. ebd.: 790, 794).

Eine teilweise Globalisierung in diesem Kontext bedeutet, dass die Frage geklärt werden musste in welchem Rahmen man Probleme betrachtet, also zum Beispiel ob Probleme in einem nationalen oder globalen Rahmen verstanden und behandelt werden sollten.

In den 1990er Jahren wurden zunehmend die globalen Rahmenbedingungen als Erklärung dafür herangezogen, warum Liberalisierung eine unumgängliche Maßnahme für Entwicklungsländer sei; es wurde argumentiert, dass in einer zunehmend globalisierten Weltökonomie eine erhöhte Abhängigkeit vom Handel und eine gesteigerte Verfügbarkeit von externen Kapitalflüssen bestehe. Weiterführend würden Länder, die nicht dem Washington Consensus folgen, speziell bestraft werden, da sie von den globalen Produkt- und Kapitalflüssen ausgeschlossen wären (vgl. ebd.: 793).

Der Umschwung von einer historischen Betrachtungsweise, hin zu einer ahistorischen Sicht im Kontext der Leistungsbewertung begann Ende der 1970er Jahre. Die Strategien in den Jahren von 1950 bis 1970 folgten einer historischen Vorstellung und zielten darauf ab Rhythmen, Muster und Regeln von „Entwicklung“ erkennen und verstehen zu können. Man sah also „Entwicklung“ als einen Prozess an, der traditionelle Gesellschaften in moderne umwandeln sollte.

Ab den 1980er Jahren wurde das Schlagwort der *performance*, also der Begriff der Effizienz beziehungsweise Leistung ein zentraler Bestandteil der Rhetorik in der Arbeit mit Entwicklungsländern. Diese *performance*-geleiteten Ansätze wurden in weiterer Folge in die Programme in Form von Strukturanpassung eingefügt. Nach dem ideologischen und praktischen Umschwung in den 1980er Jahren fungierten die Entwicklungsorganisationen als Beobachter dieser *performance* mit dem Ziel, diese zu erhöhen. Diese Anpassungen inkludierten ebenfalls die Abkehr von Ideen und Programmen, die ausgehend von den Regierungen der Entwicklungsländer selbst für die ganze Gesellschaft über eine lange Dauer Nutzen bringen sollten. Im Gegensatz dazu wurden Entscheidungen nun dezentralisiert getroffen und das Prinzip des *laissez-faire* setzte sich immer weiter durch (vgl. ebd.: 795).

Ebenso ortet Joseph Stiglitz in den 1980er Jahren Veränderungen im IWF, als Margaret Thatcher und Ronald Reagan die Notwendigkeit von freien, liberalisierten Märkten predigten, und diese sich mit Hilfe von IWF und Weltbank als ausführende Organisation in Entwicklungsländern durchgesetzt haben; verstärkt wurde diese Entwicklung auch von Anne Krueger, die von 1982 bis 1986 die Position der Chefvolkswirtin der Weltbank inne hatte und offene und liberalisierte Märkte als Allheilmittel gegen die weltweite Armut sah (vgl. Stiglitz 2004: 29-30).

Zusätzlich werden viele Maßnahmen, die Fond und Bank in diesem Zeitraum den nationalen Regierungen empfohlen haben, als theoretisch unzureichend, und als kontraproduktiv in der Praxis beschrieben: „*Finally, the proposals are based on the ‚neoliberal‘ or ‚market-friendly‘ brand of policy analysis that has become intellectually predominant over the past dozen years*“ (vgl. Taylor 1997: 145).

Was die Rolle des Staates in Bezug auf den Washington Consensus betrifft hat er mikro- und makroökonomisch zwei Aufgaben zu erfüllen (vgl. Wing 2004: 17):

Auf der makroökonomischen Ebene soll der Staat eine generelle Preisstabilität anstreben, indem er sowohl einen Zuwachs an Geld als auch das Budgetdefizit gering hält. Gleichzeitig soll er durch die Deregulierung von Zahlungsbilanztransaktionen eine flexible Wechselkursrate einführen und Gleichgewichtszinssätze erlauben, indem er den Finanzsektor liberalisiert.

Auf der mikroökonomischen Ebene soll der Staat nicht nur Barrieren in der Preisgestaltung aufheben, sondern auch Staatssubventionen reduzieren und staatseigene Unternehmen privatisieren. Wing fügt dem noch hinzu „*These policies are essentially the Ten Commandments of the Washington Consensus presented by John Williamson in 1990*“ (ebd.: 17) und widerspricht damit Williamson in diesem Kontext stark (vgl. Seite 31 und 32 dieser Diplomarbeit).

Im Gegensatz zum Keynesianismus soll sich also der Staat im Neoliberalismus so weit wie möglich in wirtschaftlichen Belangen zurückhalten, und somit wurden auch die Entwicklungsländer in ihren eigenen Bemühungen um Entwicklung gestoppt. Zwischen den 1970er und 1990er Jahren begannen sich neoliberale Ideen immer mehr durchzusetzen und „*This neoliberal counter-revolution represented a major assault on national developmentalism, in the context of which the state had played*

an active role in the development process through such strategies as import-substituting industrialization and financial repression. [...] The organizing principle of neoliberal political economy was the notion of a minimal state, whose primary functions were to secure a land order, ensure macroeconomic stability and provide the necessary physical infrastructure“ (Önis/ Senses 2005: 263).

Interessant ist ebenso, dass zwar mit dem Umschwung auf den Neoliberalismus eine Zurückdrängung des Staates auf der Agenda stand, jedoch der IWF in weiterer Folge genau diese ehemals staatlichen Leistungen übernehmen musste. Der IWF wurde also mit der Aufgabe betraut, die nicht immer einwandfrei funktionierenden selbstregulativen Kräfte der Märkte zu unterstützen. Dabei sollte den Ländern unter die Arme gegriffen werden, die nicht über die nötigen Mittel verfügten um Rezessionen abzufedern und damit Arbeitslosigkeit zu verhindern (vgl. Stiglitz 2004: 28). Stiglitz merkt hierzu Mitte der 1990er Jahre an, dass im Gegensatz zum Gründungsgedanken des IWF nun ein neues Paradigma im Mittelpunkt stand, da *„[...] er heute mit ideologischer Inbrunst die Überlegenheit des Marktes [predigt]“* (ebd.: 29).

Das neue Entwicklungsmodell, basierend auf dem Washington Consensus, stand wie bereits erwähnt im Gegensatz zu bisherigen, von Ländern selbst ausgehenden Entwicklungsstrategien. Die neue neoliberale Art förderte hingegen ein Modell, das Individualismus, Marktliberalismus, Exportorientierung und ein Schrumpfen des Staates anstrebt, da es Staatsinterventionen als den Hauptgrund für eine schlechte ökonomische Entwicklung sieht (vgl. Önis/ Senses 2005: 263,264).

Zwar merken die Autoren an, dass viele Missstände in den Entwicklungsländern schon vor den neoliberalen Interventionen bestanden haben, allerdings schien die Implementierung von neoliberalen Reformen diese Probleme noch zu verstärken: *„Not only has overall growth been lower, but the degree of inequality in the global economy appears to have increased during the era of neoliberal restructuring“* (ebd.: 267).

2.3.3. Die Dominanz des Internationalen Währungsfonds in der globalen Schuldenfrage

Der IWF wurde im Zuge der Schuldenfrage in Lateinamerika in den 1980er Jahren immer mehr in das Thema der Kreditvergabe an verschuldete Länder involviert, da sich eine Restrukturierung der Schulden als unausweichlich darstellte. Einerseits konnte der IWF den Gläubiger-Clubs, wie dem Pariser Club oder dem Londoner Club, keine Restrukturierung der Schulden aufzwingen, andererseits konnten die Clubs selbst keine politischen Handlungen ausführen. Daher begannen diese über den Währungsfond Druck auf die Schuldenländer auszuüben, um so mit Hilfe von Konditionen und Programmen des IWFs ihre Interessen vertreten zu können.

Der Pariser Club ist ein *„Seit 1956 bestehender informeller Zusammenschluß von Regierungen westlicher Industrieländer zur Koordinierung ihrer Vorgehensweisen bei der Lösung der internationalen Schuldenkrise. Er fungiert im wesentlichen als Umschuldungsausschuß für öffentliche und öffentlich garantierte Kredite staatlicher Gläubiger und Garanten und tritt immer dann zusammen, wenn Länder mit hoher externer Verschuldung in Zahlungsschwierigkeiten geraten und deshalb um Anpassung ihres Schuldendienstes nachsuchen“* (Wirtschaftlexikon: online). Im Gegensatz dazu ist der Londoner Club eine *„Vereinigung von kommerziellen Banken, die Kredite von zahlungsgestörten Ländern umschulden“* (Wirtschaftslexikon: online).

Was die Art der Schuldenrestrukturierung betrifft, setzte sich mit der Zeit jene Variante durch, *„nur so viele Schulden zu restrukturieren, wie es unbedingt notwendig war, um die Umsetzung von IWF-Programmen zu unterstützen“* (Kellermann 2006: 95). Weitergeführt wurden diese Programme in Form von SAPs mit der entsprechenden Kreditfazilität, der *SAF-Structural Adjustment Facility*, die 1986 ins Leben gerufen wurde. Ein Jahr darauf wurde die *ESAF – Enhanced Structural Adjustment Facility* gegründet, um verschuldete Länder mit Liquidität versorgen zu können. Als Voraussetzung für den Erhalt der Kredite mussten die Entwicklungsländer Konditionen zustimmen, die in Form der SAPs implementiert wurden (vgl. ebd.: 95). Unverändert über mehrere Jahrzehnte hinweg stellen die Reduktion des Handelsdefizits und die Senkung der gesamtwirtschaftlichen

Nachfrage das Zentrum der Verordnungen für Politik und Regierung dar (vgl. Taylor 1997: 147).

Die SAPs folgten zwei Strömungen zu dieser Zeit (vgl. Kellermann 2006: 95): einerseits waren die SAPs wichtig um neoklassische *Supply-Side-Economics* im Internationalen Währungsfond durchzusetzen. Diese sogenannte Angebotsökonomik steht im krassen Gegensatz zum Keynesianismus, da sie zur Gänze auf die Angebotsseite setzt und die Nachfrageseite völlig außer Acht lässt (vgl. Wirtschaftslexikon: online). Andererseits waren die SAPs „[...] von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung [...] eines orthodoxen Entwicklungsparadigmas, das freihändlerisch-exportistisch ausgerichtet war und im Zusammenhang mit dem Aufstieg der ‚Neuen Rechten‘ in den USA und Großbritannien (Ronald Reagan und Margaret Thatcher) stand“ (Kellermann 2006: 95).

Jedoch waren und sind nicht nur der IWF und die Weltbank in die Frage der Kreditaufnahme durch Entwicklungsländer involviert, sondern auch andere staatliche und private Banken und Kreditinstitute. Peet beschreibt die Beziehung zwischen kommerziellen Banken und dem IWF wie folgt: *„The commercial banks needed the IMF to ensure loan repayment, and the IMF could do this with stabilization and structural adjustment measures imposed as conditions for loans ensured by the state. In return for playing this essential role, denied to private banking institutions, the IMF demanded that the commercial banks contribute even more money for international lending. [...] This made the IMF a more powerful institution again, while increasing the profits of the commercial banks [...] but left Third World countries even more heavily indebted. In the end, however, the people of the debtor countries paid the price in terms of unemployment, cuts in services and higher prices for basic necessities“* (Peet 2010: 87).

In weiterer Folge nahmen die Konditionen des IWF bei der Vergabe von Krediten eine immer größere Rolle ein, da Probleme der Zahlungsbilanz global stetig zunahmen und dadurch der IWF nur mit Hilfe seiner Konditionen seinen Handlungsspielraum aufrecht erhalten konnte; dadurch erhielten die Fazilitäten des IWF in weiterer Folge eine noch stärkere politische Komponente (vgl. Kellermann 2006: 98).

2.4. Kritik und Implikationen für Entwicklungsländer

Wie schon erwähnt stößt vor allem die Interpretation des Washington Consensus als marktfundamentalistisches Instrument auf Kritik unter den Verfechtern des 10 Punkte Programms. Doch ganz konnten sich Ideologie und Praxis der Bretton Woods Organisationen nie vom Vorwurf freisprechen, soziales Wohl gegenüber der Freiheit des Marktes zu opfern.

Zur Zeit der Ostasienkrise 1997 und 1998 begegnete der Washington Consensus dem Problem, dass verschiedene, stark divergierende Meinungen in der Weltbank und dem IWF entstanden. Ebenso waren sich von Anfang an Experten über die durchzuführenden Reformen nicht einig, da einige für eine sogenannte „Schocktherapie“ eintraten, die eine Implementierung von so vielen Reformen so schnell wie möglich propagierte, während andere für eine langsamere und durchdachtere Art der Reformdurchsetzung plädierten (vgl. Naim 2000: 506).

Ebenso kam der Washington Consensus durch den wirtschaftlichen Erfolg mit gleichzeitiger sozialer Stabilität der Tigerstaaten und Japans unter Druck, da diese vehement die Empfehlungen von Weltbank und IWF ignorierten und einen entgegengesetzten Weg einschlugen. Dieser war gekennzeichnet von einem aktiven Eingreifen des Staates in die Wirtschaft mit gleichzeitiger Steigerung der Ausgaben für soziale Verbesserungen (vgl. Taylor 1997: 147).

Auch trat Joseph Stiglitz bereits 1998 für einen „Post-Washington Consensus“ ein, der breitere Ziele erreichen und sich wegbewegen sollte von einer Betrachtungsweise, die ausschließlich auf ökonomische Leistung im neoliberalen Sinn abzielt.

Ein ebenso alter wie wichtiger Kritikpunkt nennt die Problematik der Interessen, die Weltbank und IWF in ihrer Arbeit bedienen, da *„[...] in terms of the interests they served, the ‚Washington Consensus‘ might more accurately be described as the Washington-Wall Street Alliance, an institutional complex centered on the US Treasury Department, the IMF and the World Bank, with an intellectual offshoot to Harvard University and MIT, particularly the Harvard Business School, whose MBA, doctoral and executive education programs train the corporate and banking elites,*

but with the leading role being played by Wall Street bankers, especially investment bankers“ (Peet 2010: 19).

Entwicklungsländer konnten aufgrund ihrer schlechten globalen Machtpositionen von jeher wenig über ihr Schicksal entscheiden, da Eigeninteressen und Machtverhältnisse die tragenden Faktoren in der Geschichte internationaler ökonomischer Beziehungen darstellen; die Hierarchie in wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen stellte nicht nur zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern den bestimmenden Faktor für ökonomische Resultate dar, sondern auch zwischen den Regierungen der Entwicklungsländer selbst (vgl. Önis/ Senses 2005: 278).

Wing führt in seinem Artikel *„Serious Inadequacies of the Washington Consensus: Misunderstanding the Poor by the Brightest“* einige Kritikpunkte an, in denen er das Paradoxon anprangert, nach dem ein Entwicklungsland die Rolle des privaten Marktes stark und schnell ausweiten müsse um nachhaltige Wachstumsraten ohne fremde Hilfe zu erreichen (vgl. Wing 2004: 11). Er nennt in weiterer Folge den Washington Consensus eine Farce, die zu einer universellen Interventionstaktik in Entwicklungsländern führte: *„The Washington Consensus is the farce that the development establishment in Washington foisted upon the developing world as universal science, a status that justifies a one-size-fits-all approach to the problems of the poor, regardless of where they are located“* (ebd.: 14).

Doch trotz all der heftigen Kritik an den zehn Punkten des Washington Consensus lassen sich auch von Skeptikern positive Worte finden, wie dass er trotz seiner zu reduktionistischen Art zumindest konkret und tatorientiert war; ebenso hatten viele Politiker seine Ziele übernommen, da sie in einem realen Zeitraum erreichbar schienen (vgl. Naim 2000: 522).

Was den Kritikpunkt des sogenannten Marktfundamentalismus betrifft, wird dieser Begriff als *„[...] the contemporary form of [...] the idea that society as a whole should be subordinated to a system of self-regulating markets“* beschrieben (Somers/ Block 2005: 261). Oft wird angemerkt, dass das neoliberale Gedankengut sich mit der Zeit in den Vorschlägen von Weltbank und IWF komplett verankerte, da *„[...] the*

proposals are based on the ‚neoliberal‘ or ‚market-friendly‘ brand of policy analysis that has become intellectually predominant over the past dozen years“ (Taylor 1997: 145).

Wie bereits erwähnt stehen der Washington Consensus und der Neoliberalismus im Allgemeinen unter der Kritik, historische Gegebenheiten und Asymmetrien zwischen Ländern außer Acht zu lassen. Die Asymmetrien hinsichtlich der internationalen ökonomischen Ordnung unterteilt José Ocampo in drei Kategorien (vgl. Ocampo 2004: 72-73):

- (1) Die erste Kategorie steht in Verbindung mit der größeren Verwundbarkeit von Entwicklungsländern gegenüber externen Schocks und den geringen Möglichkeiten der Länder mit diesen fertig zu werden.
- (2) Der zweite Typ an Asymmetrien stellt die extreme Konzentration von technologischen Prozessen in Industriestaaten dar, da aufgrund von unerschwinglich teuren Markteintrittskosten Entwicklungsländer keine Konkurrenzchancen am globalen Markt besitzen.
- (3) Die dritte Asymmetrie sieht Ocampo mit dem Kontrast zwischen dem hohen Grad an Kapitalmobilität und der international limitierten Mobilität von Arbeit, besonders unter gering qualifizierten Arbeitern verbunden. Diese Asymmetrie ist ein Phänomen der Globalisierung und war daher im 19. und 20. Jahrhundert in dieser Form noch nicht bekannt. Darüber hinaus fügt er an: *„This element is essential, as asymmetries in the mobility of production factors has a regressive impact, since it works to the benefit of the more mobile factors of production – capital and skilled labour – and to the detriment of the less mobile factors, such as unskilled labour“* (ebd.: 73).

Speziell in Bezug auf die 10 Punkte des Washington Consensus, lassen sich drei Hauptpunkte nennen, die in den folgenden Jahrzehnten von Kritikern am meisten verurteilt wurden (vgl. Gore 2000: 789-790):

- Makroökonomische Stabilität soll durch eine kontrollierte Inflation und die Reduktion des Fiskaldefizits erreicht werden.
- Die Öffnung der Handels- und Kapitalmärkte für den Rest der Welt.

- Liberalisierung von heimischen Produkten und Marktfaktoren durch Privatisierung und Deregulierung.

Was die Rolle der Weltbank und des IWF in Bezug auf den Washington Consensus betrifft wird oft kritisiert, dass diese Organisationen sich hauptsächlich auf ihre Rolle als Banken- und Kreditunternehmen konzentrieren und den Anspruch der Armutsreduktion weitgehend vergessen: *„The World Bank and the IMF operate primarily as bankers to the central banks of nation-states. Banks have power over policy formation because they control access to capital accumulations. And capital accumulations are institutionally controlled by commercial and investment banks”* (Peet 2010: 17).

Joseph Stiglitz spricht davon, dass besonders der IWF dem Standpunkt zu folgen scheint, dass *„Was die Finanzwelt als gut für die Weltwirtschaft erachtet, [...] gut für die Weltwirtschaft [ist] und [...] getan werden [sollte]“* (Stiglitz 2004: 257).

Meist war und ist ein Eingreifen von Weltbank und IWF in die nationalen Ökonomien der Entwicklungsländer mit großen Nachteilen für die Bevölkerung verbunden. Es wird ihnen ein großer Teil an Selbstbestimmung in dem Sinne weggenommen, als dass *„Half the people and two-thirds of the countries in the world lack full control over their own economic policy. Expatriate ‚experts‘ managed by industrial country nationals and based in Washington DC regulate their macroeconomics, investment projects, and social spending“* (Taylor 1997: 145).

Ein weiteres großes Problem für die Bevölkerungen in Entwicklungsländern ergab sich beziehungsweise verstärkte sich mit dem Eingreifen der Bretton Woods Organisationen und den damit einhergehenden Veränderungen der nationalen Ökonomien, nämlich die Korruption. Anstatt wie geplant die Entwicklungsländer an sogenannte marktfreundliche Politikmaßnahmen heranzuführen, breitete sich Korruption im Laufe der Zeit immer weiter aus, hervorgebracht von Exportanreizen, Spekulationen mit öffentlichen Finanzen, Privatisierungen, Aktienhandel und Steueranreizen.

Doch der Anstieg der Korruption war nicht der einzige ungeplante Nebeneffekt der Programme, der die arme Bevölkerung direkt traf, denn es konnte ebenso oft ein

Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine regressive Einkommensverteilung und steigende Armut festgestellt werden; unter anderem führten diese Punkte in einigen Fällen zu hoher politischer Gegenwehr, die die SAPs mitunter sogar komplett entgleisen ließen (vgl. ebd.: 149, 150). Meist wird der Grund für die steigende Armut mit dem Ziel der Deflation erklärt, denn *„[...] Beschäftigungsraten und Löhne sinken zum gleichen Zeitpunkt, zu dem auch Einsparungen im sozialen Sektor vorgenommen werden und Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen werden“* (Unmüßig/ Walther 1999: 250).

Besonders in den 1980er Jahren brachten nur sehr wenige Programme den gewünschten Erfolg: *„Unfortunately, the relative simplicity and presumed reliability of the Washington Consensus was not reflected by the experience with market reforms in this decade. What was implemented was usually an incomplete version of the model and its results were quite different from what politicians promised, the people expected, and the IMF and the World Bank’s econometric models had predicted“* (Naim 2000: 509).

Nach der sogenannten verlorenen Dekade der Entwicklungszusammenarbeit in den 1980er Jahren, in denen viele Staaten Hyperinflation und ein gehemmtes Wachstum erlebten, stieg in den 1990er Jahren die Armut in Entwicklungsländern weiter dramatisch an (vgl. ebd: 512). Und auch in Bezug auf die SAPs konnten die Bretton Woods Organisationen keine Erfolge in der Armutsminderung verzeichnen, denn *„Nicht nur haben die SAPs zur Vermehrung der Armut beigetragen [...], sie haben auch bei dem selbstgesetzten Ziel der Steigerung des Wirtschaftswachstums nur zweifelhafte Erfolge erreicht“* (Unmüßig/ Walther 1999: 247).

Auch hat sich wenig an der neoliberalen Ideologie der Bretton Woods Organisationen und ihrer praktischen Umsetzung in Form von Programmen geändert: *„In fact, one gets the strong impression that the Bretton Woods institutions are using the poverty issue as a pretext for broadening and deepening the neoliberal agenda“* (Önisi/ Senses 2005: 280). Die Autoren merken des Weiteren an, dass der Prozess der neoliberalen Restrukturierung in den meisten Staaten mit einer schwachen Wachstumsrate, anhaltender Armut, steigenden Ungleichheiten und endemischen Krisen in Verbindung stand; demnach haben Länder, die in einigen Maßnahmen von

den neoliberalen Normen abgewichen sind, auch bessere Ergebnisse hervorgebracht (vgl. ebd.: 286).

Nicht zu vergessen ist dabei die dominante Rolle der USA bei der Vergabe von Krediten und Durchführungen von Programmen, denn *„Die USA als größter Aktionär war [...] immer in der Lage, die Kreditvergabe in die von ihr gewollte Richtung zu lenken [...]“* (Sengthaler 1985: 37-38).

2.5. Der Post-Washington Consensus

Der Post-Washington Consensus wird als die Entwicklung gesehen, die in den 1990er Jahren in den Bretton Woods Organisationen ihren Anfang genommen hat. Dabei veränderten sich die Strategien und Praktiken der Interventionen teilweise grundsätzlich, weg von rein neoliberalen Taktiken. Es wurde erkannt, dass sich vor allem die Weltbank in ihren Interventionen mehr auf das Ziel der Armutsreduktion konzentrieren muss.

Stark wurden diese Veränderungen von Untersuchungen und Publikationen beeinflusst, die die erhöhte Wichtigkeit von Organisationen darstellen, und den Bedarf an verbesserter Regierungsarbeit fordern, da diese wichtige Faktoren marktorientierter Reformen darstellen; parallel dazu erkannte man in den Organisationen, dass die Strategie der sogenannten „trickle-down“ Effekte nicht zur erhofften Reduktion von Armut und zu einer Wohlstandssteigerung für die gesamte Gesellschaft führten (vgl. Önis/ Senses 2005: 273).

Durch all diese Tatsachen kam die hegemoniale Position des Neoliberalismus zu Beginn der 1990er Jahre zunehmend in Gefahr. Immer mehr Studien und Tatsachen ließen darauf schließen, dass die Annahme des Washington Consensus im Kontext vollkommener Liberalisierung zu allen Kosten, die automatisch zu einer besseren ökonomischen Entwicklung führen würde, nicht nachzuweisen ist (vgl. ebd.: 265).

Daher ließ 1999 der Präsident der Weltbank, James D. Wolfensohn verlauten, dass in Zukunft eine umfassende Entwicklungsstrategie anvisiert werden soll, die sich nicht nur mit makroökonomischen und finanziellen Fragen befassen soll, sondern

auch gleich intensiv mit den strukturellen, sozialen und humanen Aspekten von Entwicklung (vgl. Adedeji 1999: 521). Zusammen mit seinem Chefökonom Joseph Stiglitz wendete er bereits länger einen neuen Zugang an, nämlich das sogenannte *comprehensive development framework*, das die Weltbank 1990 in ihre Arbeit integrierte (vgl. Naim 2000: 507). „*In other words, the holistic human-centred development paradigm espoused by ECA [Economic Commission for Africa, Anm.] in 1989 and by the UNDP [United Nations Development Programme, Anm.] since 1991 envisages a development and transformation process that is socially just, economically productive, ecologically sustainable, politically participatory and culturally vibrant*“ (Adedeji 1999: 522).

Auch brachte der Post-Washington Consensus eine veränderte Vorstellung jener Rolle mit sich, die Staaten und Regierungen einnehmen sollten, da „*Perhaps the key element of the PWC [Post-Washington Consensus, Anm.] is the recognition that states have an important role to play in the development process*“ (Önis/Senses 2005: 275). Doch auch andere, essentielle Veränderungen gingen mit dem Post-Washington Consensus einher, wie zum Beispiel (vgl. ebd.: 276):

- die Erkenntnis, dass die globale Ökonomie während der letzten Jahrzehnte klar das Ziel verfehlte, eine ansprechende Umgebung für Entwicklung zu schaffen.
- das Erkennen der Wichtigkeit von Veränderungen innerhalb von Organisationen als essentielle Komponente der neuen Entwicklungsstrategien; dieser Punkt wird hier als der bedeutendste Unterschied zu früheren neoliberalen Zielsetzungen identifiziert.
- die Anerkennung nationaler Regierungen in ihrer Arbeit, transparente und verantwortliche Staaten entstehen zu lassen.

Jedoch wurde recht schnell klar, dass die angestrebten Veränderungen vor allem in der praktischen Umsetzung nicht den gewünschten Erfolg brachten: „*In particular, it has now become obligatory to refer to the need to develop the institutions that are relevant for the establishment of the rule of law, for effective regulatory frameworks and, of course, for the provision of health and education to the poor. Unfortunately, far fewer of these speeches and papers include useful ideas of how to implement these needed institutional reforms*“ (Naim 2000: 517).

3. Die Strukturanpassungsprogramme in Marokko

3.1. Hintergrund: Der afrikanische Kontinent im 20. Jahrhundert - politische Freiheit gegen ökonomische Abhängigkeit

Während heute die Realität am afrikanischen Kontinent verheerend erscheint, standen die Zeichen besonders in den 1960er und 1970er Jahren für Afrika besser als zum jetzigen Zeitpunkt. In die Unabhängigkeit entlassen, stockte in diesen beiden Jahrzehnten eine Vielzahl an Regierungen ihr Budget für den Bildungs- und Gesundheitsbereich massiv auf. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war unter anderem, dass sich die Bevölkerung mit primärer Bildung von 36% im Jahr 1960 auf 79% 1980 verdoppelte oder die Kindersterblichkeitsrate zwischen 1960 und 1990 sich um mehr als die Hälfte verringerte (vgl. Logie/ Woodroffe 1993: 41).

Mit den 1980er Jahren kam jedoch das sogenannte verlorene Jahrzehnt der Entwicklungszusammenarbeit, da eine globale ökonomische Krise die Situation für viele Staaten stark verschlechterte; diese Krise wurde ausgelöst durch rasant steigende Ölpreise, explodierende Zinsen für Kredite und durch sich verschlechternde Preise für Exporte aus Entwicklungsländern. Zusätzlich wurde in Afrika die Lage durch Trockenheit, Bürgerkriege, schlechte Führungsqualitäten der lokalen Regierungen und durch die starke Ausbreitung von HIV/Aids verschärft.

Das bedeutet unter anderem konkret, dass (vgl. Rabenau 1992: 69):

- aufgrund des stark steigenden Bevölkerungszuwachses das ökonomische Wachstum nicht mehr mithalten konnte, und sich somit die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Leistungen des Bildungs- und Gesundheitsbereiches massiv verschlechterten.
- die Schulden der Entwicklungsländer immer mehr in die Höhe wuchsen und sich nicht mehr mit der Neuaufnahme von Krediten decken ließen.
- verursacht durch das Ausbleiben von Einkünften der Staat in budgetären Maßnahmen handlungsunfähig wurde und somit auch oft hohe und unberechenbare Inflationsraten entstanden.

Der industrialisierte Norden antwortete auf die schwere Krise rund um den Globus mit Strukturanpassungsprogrammen, die, konzipiert von Weltbank und IWF, im

Gegenzug für Kredite die maroden Ökonomien der Entwicklungsländer wieder aufbauen sollten.

3.2. Die Theorie in der Praxis – die Zeit der SAPs

3.2.1. Entstehung

Grundsätzlich beschreiben Strukturanpassungsprogramme einen Prozess, in dem mit Hilfe von Konditionen Einsparungen in einem Land angetrieben werden sollen. Das kreditnehmende Land verpflichtet sich gegenüber der Weltbank beziehungsweise dem IWF in einem sogenannten *Letter of Intent*, die vereinbarten Konditionen umzusetzen. Für diese Konditionen werden im Gegenzug Kredite an das Land vergeben, wodurch ihm aus der wirtschaftlichen Krise geholfen und es wieder zahlungsfähig gemacht werden soll, oder wie die WHO es beschreibt: „*Structural Adjustment Programmes (SAPs) are economic policies for developing countries that have been promoted by the World Bank and International Monetary Fund (IMF) since the early 1980s by the provision of loans conditional on the adoption of such policies. Structural adjustment loans are loans made by the World Bank. They are designed to encourage the structural adjustment of an economy by, for example, removing ‘Excess’ government controls and promoting market competition as part of the neo-liberal agenda followed by the Bank. The Enhanced Structural Adjustment Facility is an IMF financing mechanism to support of macroeconomic policies and SAPs in low-income countries through loans or low interest subsidies*” (WHO: online).

In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren begannen Weltbank und IWF in Kooperation mit nationalen Regierungen SAPs bis in die späten 1990er Jahre einzusetzen; insgesamt wurde in drei Jahrzehnten in über 100 Ländern ein Strukturanpassungsprogramm angewandt (vgl. Benería o.J.: 1).

Obwohl die SAPs als erstes in Ländern Lateinamerikas durchgeführt wurden, haben die Programme ihren Ursprung in Afrika (vgl. Lopes 1999: 511, 512):

Das Konzept der SAPs entstand im Kontext der ökonomischen Krise in Subsahara-Afrika während der 1970er Jahre, da das wachsende Schuldenproblem in den Entwicklungsländern den afrikanischen Kontinent in dieser Dekade schwer traf, und

schließlich eine akute finanzielle Notlage in vielen Staaten auslöste. Die Situation wurde außerdem von einer Verringerung der Rohstoffpreise und eines daraus resultierenden Falls der Exporterlöse verschärft; und nachdem besonders am afrikanischen Kontinent viele Länder vom Export ihrer Ressourcen abhängig waren, hatten diese Entwicklungen verheerende Auswirkungen auf viele Staaten, bis ein Entwicklungsland nach dem anderen schließlich ab den 1970er Jahren in eine weitreichende Krise schlitterte. Doch schon zuvor begann der wirtschaftliche Abstieg vieler afrikanischer Staaten, da das durchschnittliche Wachstum am afrikanischen Kontinent zwischen 1965 und 1985 das niedrigste unter allen armen Regionen der Welt war. Die Weltbank identifizierte daraufhin jene Probleme, die ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Misere verursachen würden, und führte schließlich im Kontext der SAPs Reformmaßnahmen am afrikanischen Kontinent durch. Und obwohl die meisten Probleme in den verschiedenen Ländern das gleiche Maß an Aufmerksamkeit verdient hätten, erklärte die Weltbank eine schwache nationale Innenpolitik, ausgehend von einem marxistischen Entwicklungsparadigma, zur treibenden Kraft hinter dieser dramatischen wirtschaftlichen Stagnation.

Was die Reichweite der Programme betrifft, unterschied die Weltbank zwischen Stabilisierungsprogrammen, also kurzzeitigen Anpassungskrediten, und *SAL-structural adjustment lending/ structural adjustment loan*, also Darlehen, die auf tiefer sitzende Probleme eingehen sollten; was die Art der Interventionen über Stabilisierungsprogramme- und kredite betrifft, merkt Peet an: *„The Bank’s new lending program would provide loans that were policy-based (rather than project-based), extending over several years, and would provide direct support for specific policy reforms decide upon during ‚dialogue‘ with the borrowing country“* (Peet 2010: 137).

Generell orientierten sich die frühen SAPs an den Stabilisierungsprogrammen, die der IWF in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in jenen Ländern durchführte, die chronische Zahlungsschwierigkeiten aufwiesen; was an den SAPs jedoch neu war, war ihr weiterer Aufgabenbereich, nämlich die Beschäftigung mit dem Problem der Auslandsschulden, das in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren zu groß wurde um es weiterhin ignorieren zu können. Die ersten Länder, die ein SAP durchführten, waren die Philippinen 1980 und Mexiko 1982, und in weiterer Folge

wurde ohne große öffentliche Diskussion global ein Set an politischen und ökonomischen Maßnahmen eingesetzt, das enorme Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen während der 1980er und 1990er Jahre hatte (vgl. Benería o.J.: 1-2).

3.2.2. Strategien

Unterzieht man die Maßnahmen der verschiedenen SAPs einer genaueren Analyse, zeigt sich, dass trotz aller Verschiedenheiten zwischen den Ländern, in denen sie eingesetzt wurden, die Strategien in den meisten Punkten den theoretischen Vorgaben des Washington Consensus folgten (vgl. Kellermann 2006: 95-96, Benería o.J.: 2-3, Logie/ Woodroffe 1993: 42):

- Nachfragedämmende Maßnahmen und eine Reduktion der Staatsausgaben mithilfe von Fiskal-, Geld- und Kreditmaßnahmen.
- Eine Abwertung der Währung, die automatisch zu einer Steigerung der Importpreise führte und sich schließlich auch auf heimische Produkte auswirkte.
- Die Liberalisierung der Märkte und des Handels und das vermehrte Setzen von Anreizen zur Exportsteigerung.
- Haushaltskürzungen und Deregulierung des Marktes und der Preise, um Defizite zu reduzieren und um Ressourcen und ökonomische Aktivitäten vom öffentlichen zum privaten Sektor bewegen zu können; dadurch kam es nicht nur zu weitreichenden Privatisierungen von staatlichen Unternehmen, sondern auch zur Streichung von staatlichen Ausgaben und Subventionen in sozialen Bereichen wie in die Sektoren der Bildung, Gesundheitsversorgung etc.
- In Bezug auf die Regulierung von ausländischen Investitionen wurde, gestützt von der Handelsliberalisierung und der Aufweichung von Gesetzen, permanent versucht den Radius an Globalisierung der Wirtschaft auszuweiten.

3.3. Überblick zu Marokko

(vgl. CIA World Factbook, Fisheries Partnership Agreement, Graciet/ Laurent 2012, Nohlen 2002: 544-548, The World Bank Data: online):

Die marokkanische Bevölkerung

Marokko gehört global gesehen mit 32 Millionen Einwohnern zu den eher bevölkerungsarmen Staaten; China etwa besitzt als bevölkerungsreichstes Land 1,4 Milliarden Einwohner.

Das Durchschnittsalter in Marokko beträgt 26,9 Jahre und liegt damit genau 15 Jahre unter dem österreichischen Durchschnitt von 41,9 Jahren; daran lässt sich erkennen, dass Marokko eine sehr junge Bevölkerung besitzt, was sich unter anderem auch in den Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit manifestiert, da fast ein Viertel aller Jugendlichen ohne Arbeit ist; damit besetzt Marokko Rang 44 von 130 Ländern, wobei der erste Rang das Land mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit darstellt. Die totale Arbeitslosigkeit liegt in Marokko bei etwa 9%. Vergleicht man diesen Wert mit Quoten aus Ländern der Europäischen Union, ergibt sich ein sehr heterogenes Bild, je nachdem mit welchem europäischen Staat Marokko verglichen wird. Vergleicht man das nordafrikanische Land einerseits mit dem Land, das in der EU die niedrigsten Arbeitslosenquote besitzt, also in dem Falle Österreich mit einer Arbeitslosenrate von 4,2% und einer Jugendarbeitslosenquote von 8,3% im Jahr 2011, erscheinen die marokkanischen Quoten natürlich extrem hoch. Vergleicht man das Land andererseits mit den Schlusslichtern der Europäischen Union, also Spanien oder Griechenland, erscheint die Situation Marokkos gar nicht mehr allzu desaströs, da zum Beispiel in Griechenland die Arbeitslosigkeit 2011 25% und die Jugendarbeitslosenquote 57%, beziehungsweise 26% und 55,9% in Spanien ausmachte.

Auch im Prozess der Alphabetisierung der marokkanischen Bevölkerung ist noch immer Nachholbedarf gegeben, da nur knapp mehr als die Hälfte, nämlich 52,3% der über 15 Jährigen lesen und schreiben kann; darunter zwar 65,7% der Männer, jedoch nur 39,6% der Frauen. Auch ist Marokko unter jenen Ländern, die sich im globalen Vergleich mit Ausgaben für Bildung im unteren Feld befinden.

Für den Sektor der Gesundheitsversorgung gibt Marokko ca. 5,5% des BIP jährlich aus; damit liegt der Staat auf Platz 127 von 189 Ländern, wobei Platz 1 das Land mit den meisten Ausgaben für den Gesundheitsbereich darstellt. Marokko ist in diesem Kontext noch sehr weit entfernt von jenen Investitionen in den Gesundheitssektor, die das Land dringend benötigen würde. Das lässt sich zum Beispiel auch an der Kindersterblichkeitsrate erkennen, die mit 18,97 Totgeburten pro 1000 Lebendgeburten in Marokko relativ hoch liegt; im globalen Vergleich bedeutet das Rang 79 von 222, wobei Rang 1 das Land mit den wenigsten Totgeburten darstellt. Hier ist der ländliche Raum vermehrt von dieser Problematik betroffen.

Staatsform und Judikatur

Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie mit König Mohammed VI als Staatsoberhaupt; er folgte 1999 seinem Vater Hassan II auf den Thron. Der Premierminister wird in Abstimmung mit der Legislative vom König ernannt.

Der Oberste Gerichtshof wird nach den Empfehlungen des Obersten Rates ernannt, dem ebenfalls der König vorsteht.

Die Rolle des Königs in Marokko wird generell als recht ambivalent dargestellt, oft auch sehr kritisch, da er sich immer wieder dem Vorwurf stellen muss, Steuergelder der marokkanischen Bevölkerung für sich und seine Familie zu horten und nur sehr wenig davon dem Wohl seiner Bürger zukommen zu lassen. Auch scheint der König gerne die Zügel in der Staatsführung fest in der Hand zu haben, und so steht ebenfalls der Vorwurf der Korruption immer wieder im Raum.

Geographie

Marokko besitzt eine Fläche von 446 550 km², von denen 19% urbares Land darstellen; damit ist der Staat etwas kleiner als Spanien mit circa 505 000 km². Der landwirtschaftliche Bereich stellt bei der Nutzung von Wasser mit 89% den größten Verbraucher dar, gefolgt von Haushalten mit 10% und der Industrie mit 3%.

Neben der Versorgung mit Süßwasser stellt die fortschreitende Desertifikation, also die sich immer weiter verbreitende Wüstenbildung, eines der größten Probleme für die Lebensumstände der marokkanischen Bevölkerung dar. Besonders für die Landwirtschaft ergeben sich daraus große Schwierigkeiten, da die Weidegründe für das Vieh immer knapper werden und dadurch die bereits große Landflucht in die Zentren weiter verstärkt wird.

Im Kontext der natürlichen Rohstoffe sind hier besonders die Monophosphorvorkommen zu nennen, da Marokko global den größten Exporteur dieser Ressource darstellt und im Besitz von etwa 40% der weltweiten Vorkommen ist.

Wirtschaft

Prinzipiell lässt sich anhand der Analyse wirtschaftlicher Indikatoren feststellen, dass sich deren Werte global im Mittelfeld befinden:

Das BIP pro Kopf betrug 2011 5,100 US\$, im Vergleich dazu betrug Österreichs BIP pro Kopf im gleichen Jahr 41,700 US\$.

Der Bevölkerungsanteil, der unter der Armutsgrenze lebt, beläuft sich auf 15%. Für ein Entwicklungsland mag dies auf den ersten Blick nicht erschreckend erscheinen, wenn man bedenkt, dass dieser Wert einerseits in Österreich etwa 6% beträgt, andererseits zum Beispiel in Sierra Leone, das als eines der ärmsten Länder der Welt gilt, ungefähr 70%.

Dagegen sieht die Inflationsrate sehr vielversprechend für die Entwicklung in der Zukunft aus, denn diese betrug 2011 1,9% beziehungsweise besetzte Marokko Platz 17 von 222, mit Platz 1 als dem Land mit der geringsten Inflation.

Im Kontext der Importe und Exporte stellt sich die Situation wie folgt dar: Marokko exportierte im Jahr 2011 20,52 Milliarden US\$ und lag damit auf Platz 72 von 222, auf Platz 1 China als der größte Exporteur. Die Importe nach Marokko lagen im gleichen Jahr um ein Vielfaches darüber, nämlich bei 39,42 Milliarden US\$ beziehungsweise Rang 58 von 221, mit den USA auf Platz 1 als dem Land, das am meisten importieren muss. Diese Daten bedeuten, dass Marokko nach wie vor deutlich mehr importiert als exportiert. Besonders problematisch ist in diesem Kontext, wie bei den meisten Entwicklungsländern, dass gegen den Export von wenig gewinnbringenden Ressourcen teure Industriegüter importiert werden müssen. Die ausländische Schuldenlast Marokkos betrug 2011 etwa 28 Milliarden US\$, und damit befand sich der Staat ebenfalls im globalen Vergleich im unteren Drittel jener Länder, die weltweit gesehen eine hohe Schuldenlast zu tragen haben.

Marokko und die internationale Gemeinschaft

Marokko konnte sich, im Gegensatz zu den restlichen Staaten des Maghreb, aus verschiedenen Gründen einen Großteil an Autonomie gegenüber den westlichen Industriestaaten erhalten. Dies ist unter anderem deswegen der Fall, da sich Marokko aufgrund der Monarchie im Land nie komplett als Kolonie unterordnen musste, sondern „nur“ ein Protektorat darstellte.

Hinzu kommt, dass Marokko als erstes Land 1777 die amerikanischen Kolonien als eine unabhängige, vereinte Nation anerkannte, und somit als Amerikas ältester Verbündeter in der arabischen Welt gilt. 1787 wurde das „*Treaty of Peace and Friendship*“ unterzeichnet, welches bis heute Gültigkeit besitzt und als die älteste ununterbrochene Handelsbeziehung in der US-amerikanischen Geschichte gilt. Neben der „Schutzmacht“ USA, hat auch die EU große wirtschaftliche und politische Interessen, nicht zuletzt aufgrund der angespannten Situation in der Saharakrise und dem damit verbundenen Fischereiabkommen. In Kraft getreten 2007, erlaubt es das FPA - *Fisheries Partnership Agreement* der EU mit 119 Schiffen aus 11 europäischen Nationen an den Küsten Marokkos gegen eine jährliche Gegenleistung von 36,1 Millionen Euro zu fischen (vgl. Artikel 2 des FPA). Das Abkommen zählt aufgrund seiner vagen territorialen Bestimmungen zu einem der am meisten kritisierten Verträge, da nur von den von Marokko verwalteten geographischen Gebieten gesprochen wird, diese aber nicht näher definiert werden, denn: „*‘Moroccan fishing zone’ means the waters falling within the sovereignty of jurisdiction of the Kingdom of Morocco*“ (Artikel 2 des FPA). Das heißt, dass die EU es vollkommen den marokkanischen Autoritäten überlässt, das marokkanische Staatsgebiet zu definieren. Dies hat in weiterer Folge dazu geführt, dass Marokko das besetzte Gebiet der Westsahara mit zu seinem Hoheitsgebiet zählt und somit europäische Schiffe in diesen Gewässern fischen dürfen. Marokko hält das Gebiet der Westsahara jedoch seit 1975 besetzt, und somit verletzt das Abkommen eindeutig internationale Rechte und behindert unter anderem die Bemühungen der Vereinten Nationen, die seit drei Jahrzehnten versuchen diesen Konflikt zu lösen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Bewohner der Westsahara, die Sahrauis, größtenteils entweder von Marokko unterdrückt werden oder sich in Flüchtlingscamps in der algerischen Wüste aufhalten müssen.

Die EU ignoriert in diesem Kontext daher ganz eindeutig die ungeklärte Lage in der Westsahara, und es scheint, als würde auch in Zukunft die Versorgung der

europäischen Bevölkerung mit frischem Fisch wichtiger sein als die Möglichkeit wahrzunehmen, zur Lösung eines langjährigen Konflikts beitragen zu können.

3.3.1. Der Einfluss europäischer Mächte auf die Geschichte Marokkos ab 1900

Zu Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts war Marokko noch weit davon entfernt einen modernen Staat darzustellen, da es noch den Eindruck eines mittelalterlichen Landes mit weit verbreitetem Nomadentum erweckte. Die Hauptbeschäftigung der sesshaften Bewohner waren der Getreideanbau und die Viehzucht, und vor allem wurde in den Städten, allen voran in Fés und Marrakesch, reger Handel betrieben. Das Staatsoberhaupt war der Sultan aus der Dynastie der Alauiten, die bis heute die Regenten in Marokko stellt; er herrscht über alle Städte und Stämme in seinem Hoheitsgebiet. Die Infrastruktur war zu dieser Zeit in Marokko noch höchst provisorisch, da es keine befestigten Straßen, Häfen für größere Schiffe, Elektrizität oder Eisenbahnstrecken gab; der marokkanische Verwaltungsapparat befand sich ebenso noch im Aufbau (vgl. Ayache 1959: 45, 46, 158). Zwar wurde in den folgenden Jahrzehnten massiv in große Bauvorhaben investiert, doch *„Die Profite fließen einer Minderheit französischer Finanzleute zu, den gleichen Leuten, die die Interventionen veranlaßt haben und nicht einmal in Marokko leben“* (ebd.: 180); diese Gewinne wurden hauptsächlich im Interesse der in Marokko lebenden Europäer, allen voran der Franzosen, getätigt.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich sehr viel in Marokko, sowohl für die Bevölkerung, als auch für den Sultan selbst. Zwischen 1844 und 1870 vermehrte Frankreich seine Einfälle in marokkanisches Gebiet (vgl. ebd.: 56), und *„[...] die kapitalistischen Staaten Europas [waren] zwischen 1840 und 1880 vor allem daran interessiert, Absatzmärkte für ihre Produkte zu gewinnen. Marokko wurden [...] nach militärischen Expeditionen Handelsverträge aufgezwungen“* (ebd.: 58). Was die genaue Strategie der Kolonialmächte betrifft, merkt der Autor an, dass *„Die dabei angewandten Methoden [...] klassisch und bereits gegenüber Ägypten und Tunesien (1875-1881) erprobt worden [waren]. Es ging darum, Ausgaben zu provozieren, die Aufnahme von Anleihen zu veranlassen und den Herrscher zu unpopulären Maßnahmen zu zwingen, um Unruhen hervorzurufen. Dann konnte die Intervention*

als notwendig auch im Interesse des Landes, das man zu einer Kolonie machen wollte, dargestellt werden“ (ebd.: 67).

Im Jahr 1900 übernahm der junge Sultan Abd el-Aziz' die Führung Marokkos und legte mit seinem Regierungsstil die Weichen für den Erfolg des französischen Kolonialunternehmens in seinem Land. Abd el-Aziz' herrschte zwar nur die kurze Zeit von vier Jahren, doch geriet er in diesem Zeitraum unter den Einfluss westlicher Ratgeber, die ihn dazu brachten, den Großteil des Staatsgeldes für seinen eigenen Luxus auszugeben. Schließlich war im Jahr 1903 das Staatsbudget erschöpft und der Sultan war somit erstmals gezwungen, ein Darlehen in der Höhe von 22,5 Millionen Franc bei Frankreich, England und Spanien zu gleichen Teilen aufzunehmen. Ebenso waren französische Banken an dieser Anleihe beteiligt, und schon damals war deren Vorgehen in diesem Kontext höchst skrupellos und berechnend, da 40% des gesamten Kredites, also 9 Millionen Franc, an Gebühren fällig wurden (vgl. ebd.: 67, 69). Zwar war Marokko im Jahr 1900 noch eines der wenigen afrikanischen Länder, die sich ihre politische Unabhängigkeit bewahren konnten, doch führten all diese Entwicklungen in weiterer Folge zur Entstehung mächtiger westlicher Monopole und gesteigerter Bemühungen, Marokko zur Kolonie zu machen, da *„Die Großindustrie, der Großhandel und die Großbanken [...] von ihren Regierungen eine aktive Kolonialpolitik [forderten]. Es ging ihnen um die Eroberung neuer Gebiete, wo sie mit Profit und mit Sicherheit neue Produkte absetzen, Kapital investieren, Investitionsarbeiten durchführen sowie billige Rohstoffe und Arbeitskräfte finden konnten“* (ebd.: 69).

Ein weiteres Darlehen im Jahr 1904 brachte die Situation zur Eskalation, da die marokkanische Bevölkerung dem Sultan schon seit langem die Auslieferung des Landes an Fremde vorwarf, und schließlich ein neuer Sultan eingesetzt wurde. Doch auch dieser konnte die Konsequenzen der Verschwendung von Staatsgeldern durch seinen Vorgänger nicht mehr abwenden, was im Jahr 1907 schließlich in einer Revolte durch die marokkanische Bevölkerung mündete. Jedoch musste auch der neue Sultan 1910 ein weiteres Darlehen über 100 Millionen Franc bei französischen Banken aufnehmen (vgl. ebd.: 76, 81, 83). Zusätzlich zum Druck der eigenen Bevölkerung verstärkten die europäischen Kolonialmächte ihr Vorgehen in Marokko zu dieser Zeit, was unter anderem zur deutsch-französischen Konvention aus dem Jahr 1911 führte, in dem Deutschland die Herrschaft über Marokko Frankreich

überließ, und somit *„Die französische Regierung und das Konsortium der französischen Banken [...] nun die Hände frei [hatten]“* (ebd.: 84). Zur folgenden kolonialen Tätigkeit Frankreichs in Marokko und deren Besonderheiten führt der Autor des Weiteren an, dass *„Für die finanzielle Durchdringung, die zur Errichtung des französischen Protektorats in Marokko führte, [...] vor allem charakteristisch [war], daß sie von der Mehrzahl der in einem Konsortium zusammengeschlossenen französischen Finanzgruppen durchgeführt worden war, die durch diplomatische und militärische Aktionen der von ihnen beherrschten Regierung unterstützt wurden“* (ebd.: 91). Schließlich, im Jahr 1912, wurde Marokko offiziell zum französischen Protektorat ernannt. Auch wird es als eine Tatsache dargestellt, dass seit Ende des Jahres 1948 beinahe auf alle Forderungen europäischer, vor allem französischer Großunternehmer und Grundbesitzer, eingegangen worden war, da schon nach 1850 der Sultan immer mehr von europäischen Geldgebern abhängig wurde; gleichzeitig wurden den in Marokko lebenden Ausländern enorme Privilegien eingeräumt, wie sich an den Ergebnissen der Konferenz von Madrid aus dem Jahr 1880 erkennen lässt. Darin wurde unter anderem Ausländern das Recht eingeräumt, so viel Land kaufen zu können wie sie wollten, sie mussten keine Steuern bezahlen und waren juristisch unverwundbar (vgl. Herzog 1990: 60). Auch stand einem Europäer im Durchschnitt etwa das Neunfache des Einkommens eines marokkanischen Bürgers zur Verfügung, und nur etwa 5% des Kapitals aller in Marokko registrierten Aktiengesellschaften waren in marokkanischer Hand (vgl. Fernau 1959: 49). Dadurch gewannen die Europäer im Verlauf der Zeit immer mehr Einfluss auf die Verwaltung des Protektorates, bis sie schließlich die Macht über Marokko ungeteilt inne hatten und nach ihren Vorstellungen in dem Land wirtschaften konnten (vgl. Ayachi 1959: 327), und *„Every advantage accorded the foreign powers provided them a permanent means of intervention. As in Algeria and Tunisia, the slogan of freedom (of trade, of property, of the individual) served to undermine the state from within and prepare the way for the introduction of the capitalistic system“* (Laroui 1977: 320).

Anhand der Beschreibung der Anfangszeit des kolonialen Unternehmens Frankreichs in Marokko lassen sich jene Strategien und Akteure sehr gut festmachen, die hauptsächlich am Verlust der Unabhängigkeit des nordafrikanischen Landes beteiligt waren. Besonders interessant ist in diesem Fall, dass hier die

französischen Großbanken eine tragende Rolle gespielt haben. Die französische Regierung und die Großbanken konnten sich auf eine bereits erprobte Strategie verlassen, da *„Zielbewußt und im Besitz einer Kolonialtechnik, die in Algerien entwickelt, in Tunesien, in Indochina und auf Madagaskar verbessert und zur Vollendung gebracht worden war, [...] die Konzernherren methodisch und energisch ans Werk [gingen]“* (Ayache 1959: 92). Doch konnte der marokkanische Widerstand nie komplett gebrochen werden, und zusätzlich verlangsamten die beiden Weltkriege die Kolonisation Marokkos.

Weitere Kennzeichen für die Eroberung Marokkos durch Frankreich waren ein Zustrom an europäischen, vor allem französischen, Einwanderern, die Vermehrung von ausländischem Kapital, oder die Entwicklung moderner Produktionszweige, und schließlich *„[...] [zog] die Verschärfung der Ausbeutung des marokkanischen Volkes, [...] ihrerseits eine Verschärfung des nationalen Kampfes nach sich“* (ebd.: 93).

Von den Neuerungen und Modernisierungsmaßnahmen im Zuge der Kolonisierung Marokkos konnte nur eine kleine städtische Mittel- und Oberschicht profitieren, die besten Schulen waren ohnehin nur Europäern vorbehalten. Und obwohl in der Theorie und Propaganda der französischen Kolonialbestrebungen die Bildung der kolonisierten Bevölkerung immer wieder hervorgehoben wurde, hielten sich die französischen Besatzer in diesem Zusammenhang in Marokko sehr zurück, da zwischen 1912 und 1954 von Frankreich nur um die 2000 Marokkaner bis zur Matura ausgebildet wurden und 1944 erst 2% der marokkanischen Kinder zur Schule gingen (vgl. Herzog 1990: 63).

Man erkennt hier also, dass nicht nur ab den 1970er beziehungsweise verstärkt ab den 1980er Jahren Großbanken, in diesem Falle die Weltbank, massiven Einfluss auf die Entwicklungen in Marokko genommen haben, sondern dieser Teufelskreislauf aus Kreditaufnahmen schon vor über 100 Jahren begann. War es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch ihre Aufgabe *„[...] die Kolonisation zu fördern, die Durchführung der großen Investitionsarbeiten zu erleichtern und den Getreidehandel zu begünstigen“* (Ayache 1959: 139), war es ab der Zeit der Unabhängigkeit das neoliberale Regime, das die Banken aufrechterhalten sollten, da die westlichen Industriemächte nach wie vor nicht bereit waren, den ehemaligen Kolonien wirkliche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Ab den 1940er Jahren wurde der Ruf nach Unabhängigkeit immer lauter, bis sich schließlich der Sultan, die Kommunistische Partei und sogar die Großbourgeoisie der nationalen Unabhängigkeitsbewegung anschlossen. Die europäischen Großmächte hatten, geschwächt vom Zweiten Weltkrieg und selbst vom Kommunismus bedroht, der Unabhängigkeitsbewegung auf lange Dauer nichts entgegenzusetzen. In Verbindung mit dem sozialistischen Kampf in weiten Teilen der Welt und neuen Entwicklungen, wie der Atlantikcharta der Vereinten Nationen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangte, waren die Rahmenbedingungen durchaus günstig für die marokkanischen Befreiungsversuche, bis das Land schließlich am 2. März 1956 in die Unabhängigkeit entlassen wurde (vgl. ebd.: 443).

3.3.2. Marokkos ökonomische Situation 1960-1980

Mit der Unabhängigkeit des Landes 1956 konnte zwar der Staat nun endlich selbst seine Geschicke leiten, jedoch waren die marokkanischen Autoritäten sofort mit einer Reihe von Problemen konfrontiert:

Die meisten Europäer, vor allem Franzosen und Spanier, zogen aus dem nordafrikanischen Land ab und von den mehr als 500 000 Ausländern in Marokko zu Zeiten des Protektorates lebten um 1970 nur noch um die 100 000 im Land. Und mit ihnen zog auch ihr Kapital ab, was für Marokko weitere Schwierigkeiten bedeutete, da das Land keine ausreichend starke Mittelschicht besaß, die den weiteren Aufbau und den Erhalt der Industrie übernehmen hätte können. Zusätzlich lebten zu diesem Zeitpunkt etwa drei Viertel der marokkanischen Bevölkerung von der Landwirtschaft. Große Pläne zur Entwicklung des Landes waren daher in den frühen Jahren der Unabhängigkeit nicht realisierbar; daher war auch vor 1960 in Marokko keine homogene Entwicklungsstrategie erkennbar (vgl. Herzog 1990: 128, 129). Von 1955 bis 1960 erklärt der politische Kontext die Quasi-Stagnation der Wirtschaft mit einem durchschnittlichen BIP Wachstum von nur 1,3% (vgl. Morrisson 1994: 86). In den zwei Jahrzehnten zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1970er Jahre waren Rohstoffe, darunter besonders Phosphate, von denen Marokko ein massives Vorkommen besitzt, für 90% aller Warenexporte verantwortlich (vgl. The World Bank 1995: 1).

Zusätzlich zu der massiven Auswanderungswelle von Europäern, führte ein Einbruch von privaten Investitionen zu ersten ernsthaften ökonomischen Problemen und zu einer Stagnation von Beschäftigung und Produktion.

In den 1960er Jahren, in denen in vielen anderen Ländern, wie zum Beispiel in Algerien, ein Entwicklungsmodell nach sozialistischem Vorbild gewählt wurde, entschied sich Marokko für einen anderen Weg. Die marokkanischen Autoritäten erklärten, dass das Land Liberalismus und landwirtschaftliche Entwicklung als den Schlüssel zum Erfolg sehe (vgl. Morrisson 1994: 86), denn *„Mit dem Beginn der Entwicklungsplanung 1960 wurde – aufbauend auf der von den Franzosen hinterlassenen Basis – eine rasche Industrialisierung [...] angestrebt“* (Nohlen 2000: 545). Der erste Fünfjahresplan wurde 1960 in Angriff genommen. Er hatte eine „liberale Planwirtschaft“ zum Ziel und der Staat sollte die Leitung in wirtschaftlichen Fragen übernehmen. Die marokkanischen Autoritäten wollten primär jenes Kapital zurückrufen, das mit den nach der Unabhängigkeit abgewanderten Ausländern das Land verlassen hatte, und boten daher Anreize in Form von sehr günstigen Investitionsmöglichkeiten an. In den kommenden Jahren floss Kapital jedoch nur sehr begrenzt in das Land, was folglich ab 1963 zur Aufnahme von Krediten bei öffentlichen Geldgebern führte; somit war auch der Startschuss zur raschen Auslandsverschuldung Marokkos getätigt, da die Schuldenlast 1964 bereits 40% der jährlichen Produktion des Landes ausmachte (vgl. Herzog 1990: 129).

In den 1960er Jahren zählte der Staat immer noch zu den größten Auftragsgebern, allerdings war er über Jahrzehnte hinweg nicht in der Lage ein sinnvolles Steuersystem zu etablieren, wodurch er sich in permanenter Geldnot befand. Zur gleichen Zeit wurde der Verwaltungsapparat massiv erweitert, da zum Beispiel im Jahr 1968 5% der arbeitsaktiven Bevölkerung in Industriebetrieben beschäftigt waren, jedoch bereits 12% in Verwaltungseinrichtungen (vgl. ebd.: 130).

Allerdings zählte diese Entwicklungsstrategie des Liberalismus in Marokko nicht für den Handel mit dem Ausland, da unter anderem Zollschränken verstärkt wurden. Folglich zeigte sich, dass auch die marokkanische Entwicklungsstrategie ihre Grenzen hatte, da die Einkommensunterschiede besonders in den ländlichen Regionen massiv anstiegen und sich die Landwirtschaft nicht wie erhofft entwickelte, während die Bevölkerung stark wuchs. Diese rasante Steigerung übte massiven

Druck auf die Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen, besonders in sozialen Sektoren aus. Daraus wurde ersichtlich, dass eine mutigere Politik im Kontext der öffentlichen Investitionen unausweichlich wurde, da die bisherigen Leistungen die Bedürfnisse der stark wachsenden Bevölkerung nicht mehr decken konnten (vgl. Morrisson 1994: 87).

Die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Transport nahmen in den Jahren von 1965 bis 1970 ebenfalls stark ab; zusätzlich kam es zu zwei versuchten Staatsstreichen in den Jahren 1971 und 1972. All diese Ereignisse führten schließlich zu einem Strategiewechsel, der sich im Haushaltsplan 1973-1977 widerspiegelte. Das Hauptaugenmerk sollte von nun an auf der Entwicklung und Verbesserung des industriellen Sektors liegen, wobei auch die Reichweite der staatlichen Interventionen in die Wirtschaft vergrößert werden sollte. Drei maßgebliche Maßnahmen kündigten dabei diese neue Entwicklungsstrategie an (vgl. ebd.: 87):

- die Aufteilung von Land der ehemaligen Kolonisatoren
- eine „Marokkanisierung“ von Unternehmen
- eine Expansion des öffentlichen Sektors

Die sogenannte Marokkanisierung von Boden und Unternehmen in fremdem Besitz konnte jedoch nicht die gewünschten Verbesserungen für eine breite Bevölkerungsschicht bringen: *„In order to further this stated goal of ‚emancipating‘ the individual, the state implemented five-year plans and policies such as marocanisation. This latter policy mandated that Moroccans hold majority ownership in private sector companies. In reality, marocanisation benefited elites rather than the middle classes for which it was intended”* (Cohen/ Jaidi 2006: 127).

Ende der 1970er Jahre schlitterte Marokko aufgrund sinkender Preise für Phosphate am Weltmarkt und steigende Kosten für Erdöl in eine schwere Krise, die sich aufgrund einer Dürrezeit bis 1984 hielt, die wiederum die Landwirtschaft in schwere Mitleidenschaft zog. Daher identifizierte 1979 der marokkanische Wirtschaftsminister Mohammed Lahbabi fünf Ursachen, die seiner Meinung nach die Schuld an der katastrophalen Situation trugen und rasche politische Maßnahmen erfordern würden (vgl. Herzog 1990: 133):

- (1) eine ungleiche Verteilung des Grundbesitzes, da die Kleinbauern hier extrem benachteiligt waren
- (2) zu niedrige Löhne
- (3) die Immobilienspekulationen der reichen marokkanischen Familien
- (4) große Staatsinvestitionen, die zugunsten des Privatsektors getätigt wurden, und
- (5) ein Steuersystem, das die reiche Bevölkerungsschicht begünstigte

Besonders dramatisch war zur dieser Zeit die Situation der armen Landbevölkerung: Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre verfügten nur etwa 6% über fließendes Wasser, 5% hatten Strom, und 72% der Erwachsenen waren Analphabeten; 1985 konnten etwa 67% nicht lesen und schreiben, heute sind es etwa um die 48% (vgl. ebd.: 133).

Das rasche Bevölkerungswachstum und die schleppend vor sich gehenden politischen Wirtschaftsmaßnahmen hatten nicht nur eine teilweise Stagnation in vielen Bereichen, sondern sogar Rückschläge in der Entwicklung des Landes verursacht, da zum Beispiel etwa 60% der Unternehmen Löhne zahlten, die unter dem staatlich festgelegten Mindestlohn lagen; 1978 lebten noch 40% der Marokkaner unter der Armutsgrenze, und im gleichen Jahr gingen erst 46% der Kinder zwischen 7 und 14 Jahren in die Schule (vgl. ebd.: 133).

Zusammengefasst ging den wirtschaftlichen Problemen Marokkos, die in weiterer Folge zur den Interventionen der Weltbank und des IWF in dem nordafrikanischen Land ab 1983 führten, ein rasches ökonomisches Wachstum voraus, angetrieben von öffentlichen Ausgaben und finanziert von ausländischen Krediten, als ein Rückgang der Exportgewinne aus dem Handel mit Phosphaten und landwirtschaftlichen Produkten in den Jahren 1976 und 1977 folgte; die militärischen Ausgaben für den Konflikt in der Westsahara bedeuteten eine zusätzliche Belastung (vgl. The World Bank 1995: 1).

In den frühen 1980er Jahren wurde die Krise durch zusätzliche Belastungen verstärkt, wie eine heftige Dürreperiode, die weitere Eskalation in der Saharakrise, sinkende Einkünfte aus dem Handel mit Phosphaten, steigende Importkosten für Öl und eine globale Rezession; währenddessen stiegen die ausländischen Schulden

rapide an: 1,2 Mrd. US\$ 1981, 9 Mrd. US\$ 1983, 13 Mrd. US\$ 1984 (vgl. Glasser 2001: 44). Anzumerken ist hier, dass die Weltbank die ausländischen Schulden Marokkos im Jahr 1983, also dem Jahr, in dem das erste SAP durchgeführt wurde, noch höher beziffert, nämlich mit 13,4 Mrd. US\$ (vgl. The World Bank 1995: 1).

1983 war unter anderem auch der Wechselkurs auf dem tiefsten Niveau seit der Unabhängigkeit des Landes. Die Regierung war daher ab 1984 gezwungen jährlich 3 Milliarden US\$ an Darlehen aufzunehmen, nur um die Zinsen für laufende Kredite decken zu können (vgl. Glasser 2001: 44).

All diese Faktoren führten in weiterer Folge zu den Interventionen der Weltbank und des IWF in Marokko, denn *„La chute des prix des phosphates, le coût de la guerre du Sahara, une sécheresse longue et généralisée, le renchérissement du coût de l'énergie, la limitation de l'émigration marocaine en Europe, et par conséquent la croissance continue de la dette et des déséquilibres économiques, conduisirent à la mise en place d'un plan de stabilisation en 1978 et d'une nouvelle politique d'ajustement structurel en 1983“* (Clément 1995: 1003).

Aufgrund der sich abzeichnenden desaströsen wirtschaftlichen Lage Marokkos wurde bereits 1978 ein SAP gestartet, jedoch aufgrund der großen Dürreperiode und sozialer Spannungen nach kurzer Zeit wieder eingestellt; ein weiteres SAP war im Kontext der *Extended Fund Facility* (EFF) des IWF 1980 implementiert worden, doch auch dieses Programm wurde gestoppt: *„The stabilisation programmes had been unsuccessful in addressing Morocco's specific problems, partly because they tackled only a limited range of policy issues and partly because Morocco did not comply with some of the conditions“* (Kydd/ Thoyer 1992: 19-20). Da im Zuge der Programme unter anderem Nahrungsmittelsubventionen stark reduziert beziehungsweise komplett gestrichen worden waren, kam es zu Hungersunruhen in Casablanca, die die Situation weiter verschärften und schließlich zur Einstellung des Programmes führten.

Ebenso gestalteten die Entwicklungen im Kontext der exogenen Einkünfte jene Prozesse mit, die in weiterer Folge für ökonomische Krisen, darauf folgende Stabilisierungsmaßnahmen und Reformprogramme in Marokko in den 1980er und 1990er Jahren mitverantwortlich waren (vgl. Glasser 2001: 26-31):

Betrachtet man in diesem Zusammenhang zum Beispiel ausländische Rücküberweisungen oder im Tourismussektor erwirtschaftetes Geld, sind diese zwar einerseits eine wertvolle Quelle ausländischer Währungen, andererseits gehen solche Einkünfte auch oft am Staat vorbei. Dieser erhält hauptsächlich nur über Besteuerungsmaßnahmen Zugriff zu diesem Geld, und da die Durchsetzung eines effizienten Steuersystems in vielen Entwicklungsländern von jeher ein großes Problem darstellt, gehen nach wie vor viele wichtige Geldeinkünfte an den nationalen Regierungen vorbei.

Ausschnitt aus dem Verlauf der Einkünfte des marokkanischen Staates 1979-1984 in Milliarden US\$ (vgl. ebd.: 28):

	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Totale Regierungseinkünfte	5,47	6,23	6,06	5,61	4,87	4,49
Totale exogene Einkünfte	1,78	1,89	2,00	1,02	0,66	0,79

Man erkennt anhand dieser Tabelle, dass sowohl die totalen Regierungseinkünfte als auch die gesamten exogenen Einkünfte des marokkanischen Staates um beinahe eine Milliarde US\$ in den fünf Jahren zwischen 1979 und 1984 gesunken sind. Und obwohl die wirtschaftliche Leistung Marokkos schon 1977 zu fallen begann, hatte der Staat bis 1981 Zugang zu signifikanten exogenen Einkünften, hauptsächlich in Form von Hilfsleistungen aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten. Jedoch wurden diese 1982 aufgrund des steilen Abfalls der Ölpreise und der sich ausweitenden Saharakrise drastisch gekürzt, ebenso fielen die Gewinne aus dem Handel mit Phosphaten stark. All diese Faktoren erschwerten die Situation Mitte der 1980er Jahre zusätzlich, als die Kosten der exzessiven Kreditaufnahmen der 1970er Jahre nicht mehr ignoriert werden konnten und in einer massiven Schuldenlast zu Beginn der 1980er Jahre mündeten. Die Konsequenz dieser Entwicklung war, dass der Großteil der in den frühen 1980er Jahren aufgenommenen Kredite zur Zahlung von Schulden verwendet werden musste. Dies trug wesentlich zu jener

Fremdwährungskrise bei, die Marokko 1983 zwang, ein offizielles Abkommen über Stabilisierungsmaßnahmen mit dem IWF einzugehen (vgl.ebd.: 30-31).

3.3.3. Die Interventionen der Weltbank und des IWF in Marokko

Das Jahr 1983 gilt als der Beginn der Reformprogramme im Kontext der SAPs in Marokko, da die marokkanische Regierung ab der zweiten Hälfte des Jahres ein flächendeckendes Programm in dem nordafrikanischen Staat durchführte. Marokko befand sich zu diesem Zeitpunkt, wie bereits ausgeführt, in einer unhaltbaren ökonomischen und finanziellen Situation, ausgelöst unter anderem durch eine Periode exzessiver öffentlicher Investitionen und Kreditaufnahmen im Ausland, und zusätzlich verstärkt durch angestiegene Ölpreise, eine Rezession in Europa und die sich ausweitende Saharakrise.

Doch wurde schon vor 1983 versucht in Marokko Strukturanpassungsprogramme durchzuführen, nämlich 1978 und 1980. Zusätzlich wurden in den Jahren zwischen 1982 und 1993 insgesamt 16 Anpassungskredite von der Weltbank an Marokko vergeben; diese Kredite alleine betrugen 1,065 Milliarden US\$. Zusätzlich zur makroökonomischen Stabilisierung beinhaltete das marokkanische Reformprogramm eine Reihe an Maßnahmen zur Liberalisierung und zur Steigerung der Effizienz im Handel und in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Bildungsbereich und im öffentlichen Unternehmenssektor. Auch wurden restriktive finanzielle und budgetäre Gesetze eingesetzt, um die aggregierte Nachfrage in Zaum zu halten (vgl. The World Bank 1995: 2).

3.4. Die marokkanischen SAPs

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich Marokko zu Beginn der 1980er Jahre befand, blieb dem maroden Staat nichts anderes übrig, als ab 1983 mit öffentlichen und privaten Kreditgebern in Verhandlungen zu treten.

Glasser sagt zu den im Folgenden von der Weltbank und dem IWF durchgeführten Maßnahmen: „*The goals of the agreements included the development of an export-oriented strategy; the almost total opening of the economy to the international market*

through the reduction of tariff and nontariff barriers; the encouragement of the private sector, and the substantial reduction of consumption and government spending" (Glasser 2001: 45).

Zeitgleich begannen 1982 und 1983 die USA Druck auf den IWF auszuüben: der Fond sollte seine Position in den Verhandlungen mit Marokko stärken (vgl. Morrisson 1994: 98). Während der ersten Präsidentschaftszeit Ronald Reagans sprach sich die US-amerikanische Regierung deutlich für eine schnelle, nahezu brutale Durchführung der Anpassungsmaßnahmen aus, ohne dabei nur im Geringsten die sozialen Konsequenzen in Betracht zu ziehen; im Kontrast zur generellen Laxheit der 1970er Jahre wurden nun in Entwicklungsländern drastische Gegenmaßnahmen getroffen, egal welche spezifischen Probleme in den Staaten vorherrschten (vgl. ebd.: 98). Unterstrichen wurde die Haltung der US-amerikanischen Regierung von Anforderungen auf der technischen Seite, da die meisten Experten in diesem Kontext der Meinung waren, dass die Zeit der „halbherzigen“ Maßnahmen vorbei sei, da Marokko bereits zwei Anläufe in Anspruch genommen hat, um ein SAP durchzuführen und eine beachtliche Summe an Schulden angehäuft hatte.

Grundsätzlich gab es drei SAPs in Marokko: das erste von 1983 bis 1987/88, ein zweites von 1988 bis 1990/91, und das dritte von 1992 bis 1994/95.

Die finanzielle Unterstützung der Weltbank in Form von Krediten für Marokko betrug in den Jahren zwischen 1983 und 1995 insgesamt 5,53 Milliarden US\$. Zwar wurde mit dem Start der Programme im Jahr 1983 ein starker Anstieg an Darlehensaufnahmen durch Marokko verzeichnet, jedoch war das Land schon Mitte der 1970er Jahre ein starker Kreditnehmer bei der Bank gewesen; zwischen 1979 und 1983 betrug die finanzielle Unterstützung der Weltbank 1,4 Milliarden US\$, stieg zwischen 1984 und 1988 auf 2 Milliarden US\$ an, und betrug zwischen 1989 und 1993 2,6 Milliarden US\$. Das bedeutet, dass die Summe aller Kredite zwischen 1979 und 1995 von der Weltbank an Marokko beinahe 7 Milliarden US\$ ausmachten. Mit dem Fokus auf Stabilisierungsmaßnahmen und Reformen wurden circa 40% aller finanziellen Ressourcen zwischen 1983 und 1995 für Anpassungskredite aufgewendet (vgl. IEG 1998: online).

Auf der makroökonomischen Ebene schlossen die Anpassungsreformen grundsätzlich eine beständige Devaluierung des Dirham und Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels mit ein; des Weiteren eine Umstrukturierung des Steuersystems und eine Reduktion der staatlichen Interventionen in wirtschaftliche Belange.

3.4.1. SAP I 1983-1987/88

Das SAP I wurde in einer ersten Phase im Jahr 1983 in Marokko implementiert und 18 Monate lang eingesetzt; danach folgte eine zweite Phase von 1985 bis 1987/88.

Das erste Stabilisierungsprogramm enthielt grundsätzlich drei Maßnahmenpakete (vgl. Bourguignon/ Morrisson/ Suwa 1992: 95, The World Bank 1995: 5, 42-43, IEG 1998: online):

- eine Erhöhung der ökonomischen Wachstumsrate und die Stabilisierung der Wirtschaft, die durch eine Verringerung des Budgetdefizits erreicht werden sollte,
- eine Verbesserung der Kreditwürdigkeit, und
- ab 1984 die Liberalisierung des Handels mit dem Ausland

Mittelfristig schloss Marokko im Kontext des SAP I 1984 und 1985 zwei Verträge mit der Weltbank ab; die darin enthaltenen Schlüsselmaßnahmen waren (vgl. Bourguignon/ Morrisson/ Suwa 1992: 95-96):

Eine Reduktion der Nahrungsmittelsubventionen, was wiederum eine Steigerung der Preise mit sich brachte; diese stiegen für Zucker, Öl und Mehl zwischen 1982 und 1985 zwischen 30% und 87% an. Die Streichung von Subventionen ist weltweit gesehen in den meisten SAPs jener Punkt, der die größten negativen sozialen Konsequenzen mit sich brachte, da durch die Kürzung der Nahrungsmittelhilfen einerseits die Lage für die bereits arme Bevölkerungsschicht massiv verschlechtert wurde, und andererseits durch den folgenden Preisanstieg neue Gesellschaftsschichten von Nahrungsmittelkrisen betroffen waren.

Es sollte eine Reduktion des Haushaltsdefizits von 14% 1982 auf geplante 7% des BIP in den folgenden Jahren erzielt und gleichzeitig die jährliche Wachstumsrate von Inlandskrediten von 20% auf 15% gesenkt werden.

Auch wurde in den Sektor der öffentlich Bediensteten eingegriffen, da eine Reduktion der Angestellten und eine Verringerung der Neuanstellungen angestrebt wurden. Es war in diesem Kontext die Streichung von 19000 Stellen vorgesehen, ebenfalls wurden statt der geplanten 44000 Arbeitsplätze 1983 nur 25000 geschaffen. Diese Entwicklungen trafen vor allem Marokkaner mit einem Hochschulabschluss, da der Verwaltungssektor mehr oder weniger den einzigen Arbeitgeber für diese darstellte. Das Leistungsbilanzdefizit sollte durch eine Reihe von Abwertungen verringert werden; der Dirham verlor zwischen 1982 und 1986 23% seines Wertes.

Darüber hinaus wurde eine Reihe an Maßnahmen durchgeführt, die im Kontext der SAPs als notwendig erachtet wurden. Dies führte unter anderem dazu, dass staatliche Ausgaben im Gesundheitssektor reduziert, Einfuhrzölle und andere Importrestriktionen abgebaut und die Anlagecodes so verändert wurden, dass sich ausländische Investoren leichter ansiedeln konnten. Auch wollte die Regierung den privaten Sektor stimulieren, da unter anderem Zollschränken für exportierende Firmen verringert wurden (vgl. Glasser 2001:45).

Über die Streichung von öffentlichen Investitionen sollte eine Stabilisierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden, was in weiterer Folge zu einem Fall des Haushaltsdefizits von 12% des BIP 1983 auf unter 5% 1987 und auf 2% 1993 führte (vgl. The World Bank 1995: 3). Durch all diese Maßnahmen konnte zwar das Defizit gemindert werden, jedoch hatte die Reduktion der staatlichen Subventionen vor allem für die bereits arme marokkanische Bevölkerung katastrophale Auswirkungen, da die Preise für Güter, darunter vor allem für Nahrungsmittel, in weiterer Folge stark anstiegen.

Vor allem konnte die Weltbank einen schnellen Erfolg im Stabilisierungs- und Wachstumsbereich verzeichnen, begünstigt durch Einflüsse Mitte der 1980er Jahre, nämlich eine gesteigerte Produktion im landwirtschaftlichen Sektor aufgrund enormer Regenfälle in diesen Jahren. Jedoch führte das Ausbleiben von Reformen für eine dringend notwendige weitere Reduktion des Haushaltsdefizits Ende der 1980er

Jahre zu einem Rückschlag im Importliberalisierungsprozess des Landes. Weiters verhielt sich die Weltbank zu diesem Zeitpunkt aufgrund zufriedenstellender Entwicklungen in vergangenen Jahren in ihren Interventionen zu optimistisch, was dazu führte, dass die Strategien der Weltbank teilweise komplett ihre Relevanz verloren. Während individuelle Kredite weiterhin große Wirkung zeigten und meistens die darin enthaltenen Ziele erreicht wurden, wurde das zentrale Thema, nämlich die Beseitigung von Hürden, um ökonomisches Wachstum und soziale Entwicklung zu steigern, nicht wie geplant umgesetzt. In diesem Kontext illustriert der Sektor der Industrie sehr gut die Grenzen des Einflusses der Maßnahmen im Rahmen der SAPs, da dieser Bereich zwar zwischen 1983 und 1994 ein Viertel des gesamten Darlehens in Anspruch nahm, allerdings im Durchschnitt nur um 3% pro Jahr wuchs (vgl. IEG 1998: online).

In anderen Sektoren konnten jedoch durchaus Erfolge verzeichnet werden, wie im Gesundheitsbereich ab 1985, als erste Versuche unternommen wurden, um die elementare Gesundheitsversorgung in armen ländlichen Gegenden zu verbessern (vgl. ebd.: online).

Das Maßnahmenpaket im Rahmen des SAP I ging einher mit einem 315 Millionen US\$ Kredit des IWF (vgl. Morrisson 1994: 100) und es lässt sich zusammenfassend sagen, dass die ökonomischen Reformen der frühen 1980er Jahre sowohl sehr pauschal, aber in vielen Belangen auch sehr unterschiedlich gestaltet waren: *„In practice, however, the IMF moves fast and imposes several contractionary policies at once“* (Taylor 1997: 148) und zu Beginn der 1990er Jahre *„[...] an ordinate number of countries in different continents, each with a different development experience and with wildly varying economic structures and political systems, embarked on experiments with market reforms, all guided by their also wildly varying interpretations of the Washington Consensus“* (Naim 2000: 513).

Darüber hinaus lassen sich die Strategien der Weltbank im Kontext des SAP I in zwei große sektorale Maßnahmenpakete einteilen, nämlich in Reformen für Industrie und Handel, und in landwirtschaftliche Reformmaßnahmen. Da die Reformen im landwirtschaftlichen Sektor, dem Rückgrat der marokkanischen Wirtschaft, für meine Analyse einen wichtigen Aspekt darstellen, werde ich mich mit diesem Bereich später genauer auseinandersetzen.

Zur Arbeit der Weltbank im Sektor von Industrie und Handel ist anzumerken, dass diese mit dem *Industrial and Trade Policy Adjustment Loan* (ITPAL) 1984 begann, wobei das Hauptziel eine nachhaltige makroökonomische Ausgeglichenheit bis zum Jahr 1988 war, und „*A series of contractionary measures were implemented with limited success, these being reductions in public expenditure, limitations on public sector employment and salaries, price increase to reduce consumer subsidies, reduction in arrears on government payments and ceilings in credit*“ (Kydd/ Thoyer 1992: 20). All diese Maßnahmen stellen sich bei genauerer Betrachtung als sehr risikoreich für die arme bis mittlere marokkanische Bevölkerungsschicht dar, da sie hauptsächlich auf die Reduktion von staatlichen Subventionen und Gehältern abzielten.

Abgesehen davon versuchte man über den ITPAL ein schnelleres Wachstum im industriellen und exportorientierten Sektor zu fördern und die Wirtschaft stärker nach außen zu orientieren, eine bessere Mobilisierung heimischer Ressourcen zu erreichen, und langfristige Finanzierungen für den industriellen Sektor bereit zu stellen (vgl. ebd.: 23).

3.4.2. SAP II: 1988-1990/91

Trotz mancher budgetären Verbesserungen seit Beginn der Interventionen der Weltbank in Marokko, wie der Fall des Haushaltsdefizites zwischen 1983 und 1987, blieb die finanzpolitische Situation schwierig, und 1988 wurde der erste Kredit im Rahmen der „*structural adjustment loans*“ (SAL 1) an Marokko vergeben. Wie bereits erwähnt war die Weltbank Ende der 1980er Jahre aufgrund vielversprechender Entwicklungen zahlreicher Maßnahmen extrem optimistisch und uneinsichtig bezüglich ihrer Strategien zur wirtschaftlichen Verbesserung Marokkos in der Zukunft, denn „*Toward the end of the 1980s, the Bank was excessively bullish in its assessments of Morocco's economic future. Progress in public enterprise and financial sector reforms was considered excellent*“ (IEG 1997: online).

Die folglich beschlossenen Konditionen unter dem SAL I lauteten: (vgl. The World Bank 1995: 28):

- Die Reformierung der Budgetpolitik

- Die Reformierung der politischen Maßnahmen im Sektor des Handels und der Industrie, und
- Reformen betreffend den Umgang mit Auslandsschulden

Obwohl die meisten makroökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen, wie die Streichung von Regierungsausgaben und Investitionen, kurzzeitig die gewünschten ökonomischen Ergebnisse brachten, war die Entwicklung der Wachstumsrate immer noch unter dem angestrebten Niveau.

Der zu große Optimismus der Bank hielt bis 1993 an, obwohl seit 1990 nahezu kein ökonomisches Wachstum vorhanden war; das Wachstum fiel von 5% pro Jahr während der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auf 2% in den frühen 1990er Jahren. Die Weltbank machte jedoch nicht ihre eigene Laxheit in der Durchführung und Neugestaltung der Maßnahmen für diese Entwicklung verantwortlich, sondern suchte die Schuld bei der verringerten landwirtschaftlichen Produktion in Marokko aufgrund großer Dürreperioden, und bei den Folgen der Rezession in Europa (vgl. IEG 1997: online).

Weitere Anpassungsmaßnahmen betrafen die Reduktion der Ausgaben für Gehälter, Waren und Dienstleistungen. In Verbindung mit gestoppten Investitionen in Schlüsselsektoren der Wirtschaft und des sozialen Bereiches waren die Aussichten auf eine gestiegene Wachstumsrate alles andere als vielversprechend. Auch sank die ausländische Schuldenlast nicht merklich; sie machte 1988 immer noch 94% des BIP aus (vgl. The World Bank 1995: 4, 5).

Diese Entwicklungen führten unter anderem dazu, dass Mitte der 1980er Jahre Kredite für den landwirtschaftlichen Sektor und den Bildungsbereich bereitgestellt wurden, und die Implementierung der Programme war bis auf einige Ausnahmen zufriedenstellend. Der Bereich jedoch, in dem die Weltbank die wenigsten Erfolge verzeichnen konnte, war eine Reform im Bildungssektor, da die Weltbank auf große Kritik und Gegenwehr bei dem Versuch stieß, Ressourcen vom sekundären und tertiären Bildungsbereich in den primären zu verschieben.

Aufgrund der positiven ökonomischen Entwicklungen Mitte der 1980er Jahre wurde 1992 ein zweiter SAL Kredit zu sehr günstigen Konditionen an Marokko vergeben.

In diesem Zusammenhang spielte die Weltbank jedoch jene Faktoren herunter, auf die sie zwar keinen Einfluss hatte, welche allerdings maßgeblich an der verbesserten

ökonomischen Lage Marokkos mitwirkten, wie vermehrter Regen Mitte der 1980er Jahre, welcher wiederum zu einer massiv gesteigerten Produktion im landwirtschaftlichen Bereich führte. Und obwohl die Weltbank zu diesem Zeitpunkt nur wenige Erfolge im Kontext ihrer Programme verzeichnen konnte und die wirtschaftliche Lage des nordafrikanischen Landes alles andere als vielversprechend aussah, wurde ein weiteres Darlehen an Marokko vergeben.

Die Ergebnisse der SAPs zu Beginn der 1990er Jahre lassen sich wie folgt zusammenfassen (vgl. Bourguignon/ Morrisson/ Suwa 1992: 97):

- Eine zufriedenstellende Entwicklung der Wachstumsrate, da aufgrund günstiger klimatischer Bedingungen die landwirtschaftlichen Erträge massiv gesteigert werden konnten,
- eine Reduktion des Haushaltsdefizits, was allerdings eher Bilanzkünsten als der realen Entwicklung zu verdanken war, und
- eine signifikante Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits aufgrund eines Zuwachses an Exporten und, zu einem geringeren Teil, der Liberalisierung des Handels.

3.4.3. SAP III: 1992-1994/95

Das dritte und letzte SAP wurde im Jahr 1992 in Marokko implementiert und folgte in seinen Maßnahmen im Großen und Ganzen den beiden vorangegangenen SAPs.

Trotz einiger Erfolge in manchen Sektoren, die Ende der 1980er Jahre erreicht wurden, „[...] Moroccan authorities considered that the structural flaws should be corrected within the context of the traditional structural adjustment programmes, the first which was implemented during the 1988-1990 period. In order to consolidate achievements from the implementation during this programme, and above all, to rectify some of the persisting shortcomings, especially the pockets of poverty afflicting a significant portion of the population, the Moroccan Government introduced, in 1992, the ‚Consolidation of the Structural Adjustment Programme‘“ (African Development Bank 1997: v).

Die Konditionen, unter denen SAL II 1992 umgesetzt wurde, waren folgende (vgl. The World Bank 1995: 28):

- Weiterführung der Reformen betreffend den Außenhandel,
- Reformen im Bereich der öffentlichen Finanzen, und
- ein stärkerer Fokus auf soziale Komponenten.

Besonderes Augenmerk wurde unter dem SAL II auf den sozialen Bereich gelegt (vgl. ebd.: 41, African Development Bank 1997: 8):

Es war die Planung einer globalen Strategie vorgesehen, um einkommensschwachen Haushalten einen besseren Zugang zum Entwicklungsprozess gewährleisten zu können und um eine Steigerung ihrer Einkommen zu erreichen. Ebenso sollten soziale Leistungen besser verfügbar und ein besserer Schutz vor ökonomischen Krisen gewährleistet werden. Eines der ersten Programme in diesem Zusammenhang war das *Social Priorities Project* aus dem Jahr 1996, doch „[...] *it was noted that the programme was not necessarily profitable to the under privileged [sic!] classes*“ (African Development Bank 1997: 14). Investitionen in primäre und sekundäre Bildung sollten kontinuierlich steigen, was tatsächlich jährlich im Schnitt um 20,74% geschah, jedoch wird im *Completion Report* der African Development Bank angeführt, dass „[...] *the study on the impact of social sector public expenditure on low-income households, carried out in 1993, shows that public expenditures committed by the Ministry of Education benefit high-income households more than low-income households, and that high-income households benefit more from public health services than low-income classes of the population (in 1991, 20% of the rich classes of the population benefited from more than 40% of the Ministry of Health's budget and 40% of the needy received less than 20%)*“ (ebd.: 14-15).

Abgesehen davon konnten jedoch wichtige Entwicklungen vorangetrieben werden, wie die Reduktion der Analphabetenquote von 65% 1982 auf 55% 1994, oder der Anstieg der Einschulungsrate der 8 bis 13 Jährigen von 53% auf 62% in der gleichen Zeitspanne; auch konnten in Bezug auf Investitionen für Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft die ursprünglichen Ziele erreicht werden, da die Ausgaben in diesem Bereich um 4,62% pro Jahr stiegen (vgl. ebd.: 15).

Zusammenfassend führen die Autoren des *Program Completion Report* der SAL I und II der Weltbank an, dass, ausgenommen im Gesundheitsministerium, die Ressourcenallokation, um Investitionen in ökonomische und soziale Infrastruktur

tätigen zu können, zufriedenstellender war als angenommen; diese Entwicklung war insofern überraschend, als dass zu diesem Zeitpunkt ungünstige Rahmenbedingungen für Marokko herrschten, wie eine große Dürre in zwei aufeinanderfolgenden Jahren, die Auswirkungen des Golfkrieges und international ungünstige ökonomische Perspektiven (vgl. The World Bank 1995: 41).

Auch wurde 1993 ein Bericht präsentiert, in dem die Bank die Verlangsamung der wirtschaftlichen Verbesserungen auf ungünstige Rahmenbedingungen zurückführte, wie die bereits erwähnte große Hitze, die Folgen der Rezession in Europa oder gesteigerte Importkosten für Öl, wo hingegen die politischen Faktoren völlig außer Acht gelassen wurden; es lässt sich der Grad der Fehleinschätzung der Lage durch den IWF und die Weltbank zum Beispiel daran erkennen, dass in diesem Dokument ökonomisches Wachstum nicht einmal als Ziel erwähnt wurde (vgl. IEG 1998: online). Dieser Optimismus den eigenen Programmen gegenüber spiegelt sich auch im Memorandum zum *Program Completion Report* (PCR) der SAL I und II wieder, da darin der Direktor der Evaluierungsabteilung, Francisco Aguirre-Sacasa, davon spricht, dass *„By the time the SAL I program was launched in 1988, reforms were well underway in several sectors and major macroeconomic disequilibria had already been corrected. Thus, the two SALs could be focussed on a handful of remaining weaknesses in the reform process with relatively few and simple conditions attached“* (Aguirre-Sacasa 1995: Memorandum). Die Selbstzufriedenheit aufgrund früherer Erfolge brachte die Weltbank dazu, die notwendigen strukturellen und sektoralen Reformen herunterzuspielen, denn obwohl zwischen 1990 und 1993 kaum ein ökonomisches Wachstum festzumachen war, schien die Bank nichts an ihrer Strategie ändern zu wollen. In diesem Kontext zitiert die Evaluierungsgruppe der Weltbank die Autoren des zuvor erwähnten Berichts von 1993 wie folgt: *„Morocco is entering the 1990s with a real chance of becoming a success story“* (IEG 1998: online), und fügen an, dass tatsächlich davon ausgegangen wurde, dass Marokko nach 1993 keinerlei Anpassungskredite mehr benötigen würde (vgl. ebd.: online).

Doch leider trugen im Generellen auch beim letzten SAP die sozialen Maßnahmen keine Früchte, da *„[...] although Morocco made real progress in liberalizing the economy and reforming incentives, the social situation remains disturbing. [...] Moreover, implementation of the programme clearly shows that the budgetary*

allocations are not necessarily beneficial to the most under-privileged classes of society" (African Development Bank 1997: vii).

Auch konnten die meisten makroökonomischen Indikatoren die Ziele des Programmes nicht erreichen, da unter anderem die reale BIP Wachstumsrate unter dem geplanten Wert blieb, die Last der Verschuldung im Ausland immer größer wurde, und der Export von Gütern substanziell sank (vgl. ebd.: vi). Und obwohl Marokko zwar am Papier viele Konditionen des Programms erfüllte, blieb die reale BIP Wachstumsrate immer noch stark an klimatische Bedingungen gekoppelt.

Die soziale Situation Marokkos war Ende der 1990er Jahre noch immer sehr beunruhigend, da zum Beispiel die gesamte Arbeitslosenrate 1996 immer noch 16% betrug; darunter ist die Rate bei den 15 bis 24-Jährigen mit 23,4% am höchsten zu beziffern. Auch sind, verglichen mit anderen Ländern in einer ähnlichen ökonomischen Situation, die Alphabetisierungsrate und die Zahlen zur Einschulung in den primären und sekundären Bildungsbereich in Marokko nach wie vor alles andere als zufriedenstellend; besonders stark sind Frauen und Mädchen von dieser Problematik betroffen (vgl. IEG 1997: online).

Die Evaluierungsgruppe der Weltbank führt jedoch auch an, dass ab etwa 1994 ein neues Bewusstsein in der Weltbank gegenüber den nicht durchgeführten Maßnahmen in einigen Bereichen entstand und ein neuer Wille zu Reformen geschöpft wurde. Die Vergabe von Anpassungskrediten wurde ab 1995 fortgeführt, jedoch wird in der *Country Assistance Strategy* der Weltbank von 1997 angemerkt, dass der Prozess in einigen wichtigen Bereichen immer noch sehr langsam und begrenzt vor sich ging (vgl. ebd.: online). Abschließend führen die Autoren an: *„The economy has grown without major interruptions since the mid- 1980s. Yet the Bank’s perseverance, as well as the overall pace of reform, weakened near the end of the 1980s. As a result, the full potential of Bank assistance has not been tapped, and results have been mixed“* (ebd.: online).

3.4.4. Der landwirtschaftliche Sektor in Marokko – Geschichte, Maßnahmen, Auswirkungen und Folgen

Der landwirtschaftliche Sektor stellt seit Jahrhunderten das Rückgrat der marokkanischen Wirtschaft dar, da ein großer Teil der Bevölkerung als Kleinbauern und Viehzüchter nach wie vor darin tätig ist; jedoch stellt der landwirtschaftliche Bereich auch einen der sensibelsten Sektoren der marokkanischen Wirtschaft dar, da Schwankungen in der agrarischen Produktion enorme Auswirkungen sowohl auf die Konsumentenpreise als auch auf die Einkommen der (Klein)bauern hat.

3.4.4.1. Landwirtschaftliche Maßnahmen im Protektorat Marokko

Im Zuge der Kolonisierung Marokkos veränderte sich vieles an den Strukturen der marokkanischen Landwirtschaft. Diese war vor der Kolonisierung durch europäische Mächte noch von arbeitsintensiven Bemühungen mit einfachen Gerätschaften in kleinbäuerlichen Strukturen gekennzeichnet; erschwert wurde dieses kleinbäuerliche Leben über Jahrhunderte hinweg durch das unberechenbare Klima, das von langanhaltenden Dürre- und Regenperioden gekennzeichnet war.

Mit der Einflussnahme der europäischen Kolonialmächte auf Marokko veränderte sich das Besitzverhältnis radikal, da den Europäern unter anderem das Recht eingeräumt wurde, so viel Boden kaufen zu können wie sie wollten. In weiterer Folge befand sich mit der verstärkten Migration von Europäern nach Marokko, vor allem Franzosen, bald beinahe der gesamte fruchtbare Boden in ausländischem Besitz. Mit der Ansiedlung von „colons“, französischen Bauernfamilien, war das marokkanische Land rasch zwischen Siedlerfamilien und landwirtschaftlichen Großbetrieben aufgeteilt.

Schon in der Anfangszeit der europäischen Einflussnahme auf Marokko war die Kolonisation der landwirtschaftlichen Gebiete und der agrarischen Produktion ein Schlüsselinstrument Frankreichs um seine Herrschaft in dem nordafrikanischen Land zu festigen. Eine Strategie in diesem Kontext war ab etwa 1913 im Einklang mit bewährten Kolonialprinzipien, denn *„[...] die Protektoratsregierung [beschloß], die militärischen Besetzungen dadurch zu sichern, daß sie in den marokkanischen Agrargebieten französische Familien ansiedelte, die angeblich durch ihr Vorbild*

einen zivilisierenden Einfluß auf die Fellachen [Ackerbau betreibende Landbevölkerung, Anm.] ausüben sollten“ (Ayache 1959: 188). Was die Art der Bestellung des Bodens betrifft, arbeiteten die meisten europäischen Agrarunternehmen mit modernen Geräten, führten neues Saatgut ein, und verwendeten erstmals Düngemittel auf marokkanischem Boden; hauptsächlich wurden die landwirtschaftlichen Produkte von Großbetrieben angebaut, die für den Export und den Bedarf der Kolonie bestimmt waren, und „[...] die Kolonisten haben [...] mit modernen technischen Mitteln, mit marokkanischen Arbeitskräften und zu ihrem eigenen Vorteil den Boden angebaut, der den Marokkanern [...] geraubt wurde“ (ebd.: 198, vgl. ebd.: 199).

Prinzipiell waren die Maßnahmen, die in der Protektoratszeit in Marokko getroffen wurden, gekennzeichnet von einem hohen Grad an staatlicher Intervention, die auf die Etablierung einer modernen Landwirtschaft ausgerichtet war. Diese Modernisierungsmaßnahmen betrafen vor allem Siedler, die Getreide für den Export in den französischen Markt produzierten. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurde auf diese Sparte der Produktion besonderes Augenmerk gelegt, und zusätzlich wurde die landwirtschaftliche Produktion von Preissubventionen animiert, direkten und indirekten Unterstützungen und einem privilegierten Zugang zum französischen Markt (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 2).

Diese weitreichenden Veränderungen in den traditionellen Strukturen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Marokko unter dem Einfluss Frankreichs hatten ebenso große Auswirkungen auf die Zeit nach der Erlangung der Unabhängigkeit. Reformmaßnahmen stellten sich in diesem Kontext als große Herausforderung für die marokkanische Regierung dar, da sie sich mit einer stark dualistischen Landwirtschaft konfrontiert sah. Einerseits war die von Siedlern durchgeführte landwirtschaftliche Produktion kapitalintensiv, mechanisiert und oft künstlich bewässert. Andererseits verfügte Marokko traditionell über kleinbäuerliche Strukturen, die charakterisiert waren von geringen Erträgen, der hauptsächlich Produktion für den lokalen Markt und einer hohen Verwundbarkeit gegenüber klimatischen Veränderungen (vgl. ebd.: 2).

3.4.4.2. Maßnahmen in der Landwirtschaft von der Unabhängigkeit bis zum Beginn der SAPs 1983

Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1956 konzentrierten sich die marokkanischen Autoritäten, wie viele Regierungen anderer Entwicklungsländer auch, auf nationale Politikmaßnahmen in ökonomischen und sozialen Bereichen. Dabei versuchte das marokkanische Regime über Fünfjahrespläne ökonomische Diversifikation, Modernisierungsmaßnahmen und Investitionen in soziale Sektoren zu kontrollieren. In diesem Kontext wurde die dominante Idee von Entwicklung zu diesem Zeitpunkt adaptiert, nämlich die Bevorzugung von ökonomischem Wachstum vor sozialer Entwicklung, da man der Meinung war, dass allein durch wirtschaftliches Wachstum Verbesserungen in sozialen Sektoren erzielt werden können (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 35). Doch stellte sich diese Schlussfolgerung in den folgenden Jahren als Fehlinterpretation heraus: „[...] *economic growth – widely hailed as a prerequisite to prosperity – takes place only at the expense of either the environment or human beings*“ (Rist 2007: 489).

In vielen Entwicklungsländern versuchten die Regierungen nach Erlangung der Unabhängigkeit vor allem über schnelle Industrialisierungsprozesse ökonomisches Wachstum und in weiterer Folge Wohlstand für die Bevölkerung zu erreichen. Dabei wurde oft kein beziehungsweise zu wenig Augenmerk auf die landwirtschaftliche Entwicklung gelegt, obwohl ein großer Teil der Bewohner in den Entwicklungsländern in kleinbäuerlichen Strukturen lebte und deren Produktion das Überleben der Bevölkerung sicherte: „*Countryside agricultural performances, nevertheless, continue to determine, to a large extent, the course of the national economy, and its external and internal balances*“ (Akesbi o.J.: 4).

Der marokkanische Staat versuchte daher ab den frühen 1960er Jahren einer neuen liberalen Entwicklungsstrategie zu folgen, die auf die treibende Kraft des privaten Sektors und der *open door policy* setzte, ohne jedoch dabei die Führungsrolle ausländischen Mächten zu überlassen; jedoch wurden die auf der Verbesserung der Industrie basierenden Strategien des ersten Fünfjahresplanes rasch zu Gunsten der Landwirtschaft geändert (vgl. ebd.: 9) und „*The [...] model, based on a selective and active intervention of the State, has sought to modernize the agricultural sector and to recover investments that are made*“ (ebd.: 19).

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war die Landwirtschaft der wichtigste produktive Sektor im Land, weswegen sich auch die marokkanische Regierung in der kommenden Zeit stark auf diesen Bereich konzentrierte. Der Staat übte dabei über Marktinterventionen und Investitionen in den öffentlichen Sektor Einfluss auf die Wirtschaft aus; vor allem im Bereich der künstlichen Bewässerung sah es der marokkanische Staat als seine Aufgabe an, seiner Landbevölkerung mehr urbaren Boden zur Verfügung stellen zu können (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 3).

Zusätzlich versuchten die marokkanischen Autoritäten die Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten voranzutreiben, um weniger stark von Importen und den Preisen des Weltmarktes abhängig zu sein; *„Cette politique, exécutée à travers plusieurs plans de développement, était au service de l’objectif prioritaire de l’autosuffisance alimentaire“* (BenSenia 1993: 6).

Aufgrund des Wunsches nach größtmöglicher Unabhängigkeit im Kontext der landwirtschaftlichen Produktion, konzentrierte sich die Regierung in den kommenden Jahrzehnten verstärkt auf diesen Bereich, denn *„When in the early 60s most of the third-world countries opted for an industrialization assimilated, then, to the development, Morocco distinguished itself by giving priority to the agri-crops“* (Akesbi o.J.: 9). In den folgenden drei Jahrzehnten zwischen 1960 und 1990 stieg daher zwar die landwirtschaftliche Produktion in vielen Sparten an, allerdings verdoppelte sich auch die marokkanische Bevölkerung in diesem Zeitraum. Die landwirtschaftliche Produktion konnte demnach nicht mit dem gestiegenen Bedarf mithalten, weswegen in weiterer Folge der landwirtschaftliche Sektor trotz einer aktiven Förderpolitik einen Fall seiner Wachstumsrate von 3% während der 1960er Jahre auf 1,5% zwischen 1971 und 1984 erlebte. Jedoch beschäftigte dieser Sektor zu Beginn der 1980er Jahre beinahe 40% der arbeitsaktiven Bevölkerung; daher kann man davon ausgehen, dass durch diese Entwicklung die Landbevölkerung vermehrt von Armut betroffen war (vgl. BenSenia 1993: 6). Was die Importe landwirtschaftlicher Produkte betrifft, blieb die Eigenversorgung bis in die 1990er Jahre unter dem angestrebten Niveau, was zu einem großen Teil den SAPs zuzurechnen ist (vgl. Akesbi o.J.: 8, 9).

Im Kontext der landwirtschaftlichen Reformversuche zielten die Maßnahmen hauptsächlich auf eine Modernisierung des traditionellen Sektors ab. Aufgrund der

immer weiter steigenden Kapitalnot der marokkanischen Regierung wurde bald der Fokus auf Projekte gelegt, die hohe Gewinne in kurzer Zeit versprachen.

Des Weiteren plante die marokkanische Regierung bis zum Jahr 2000 eine Million Hektar Land künstlich zu bewässern, und *„It was assumed that the State would invest and would, moreover, make use of a set of economic, financial and social policy instruments with the hope of creating driving force effects at the level of the private sector, and even consolidate the promoted agricultural model“* (ebd.: 9, vgl. BenSenia 1993: 6).

Besonders in den späten 1960er Jahren war die Landwirtschaft die rentabelste Sparte der marokkanischen Ökonomie, da sie in dieser Zeit etwa 58% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigte und 21% des BIP ausmachte. Ab den 1970er Jahren fiel jedoch der Anteil der Landwirtschaft am BIP deutlich, was sich auf ein nicht zufrieden stellendes Wachstum des landwirtschaftlichen Sektors zurückführen lässt; eine langanhaltende Trockenheit in den 1970er und frühen 1980er Jahren waren die hauptsächlichen Gründe für die gesunkene Produktion in diesem Sektor (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 4).

Zusätzlich wurde die Situation, wie bereits erwähnt, durch das hohe Bevölkerungswachstum und die Landflucht und Urbanisierung erschwert (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 36). Und obwohl zu Beginn der 1980er Jahre immer noch 40% der arbeitsaktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt waren, brachten all diese vorangegangenen Entwicklungen den landwirtschaftlichen Sektor von einer Situation des Überschusses vor 1974 in eine chronisch defizitäre Lage (vgl. BenSenia 1993: 6). Daher brachten unter anderem die bescheidene Entwicklung des Sektors und die Last der Subventionierung der Landwirtschaft sowie der Nahrungsmittel die Regierung schließlich dazu, ab 1983 die SAPs in Anspruch nehmen zu müssen.

Um den heimischen Markt und die Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, versuchte der marokkanische Staat, von den 1950er Jahren bis in die frühen 1970er Jahre hinein, protektionistische Maßnahmen zu setzen. In diesem Zeitraum begann die Regierung ebenfalls ihre Kontrolle über ehemalige französische Industriebetriebe massiv auszuweiten; besonderes Interesse hatte der Staat in

diesem Kontext am hoch rentablen Phosphatabbau (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 35). Diese Maßnahmen trugen kurz darauf bereits Früchte, als ein Phosphatboom in den Jahren von 1973 bis 1975 die BIP Wachstumsrate von 4% 1973 auf 7,5% 1975 steigen ließ (vgl. Kydd/ Thoyer 1993: 17). Als jedoch 1975 ein starker Verfall der Preise am globalen Markt eintrat, schnellte das Budgetdefizit immer mehr in die Höhe, was wiederum zu vermehrten Kreditaufnahmen im Ausland führte. Die Schuldendienstquote stieg daraufhin von 12% des BIP 1974 auf 37% des BIP 1977 und schließlich auf 118% des BIP beziehungsweise 13,4 Milliarden US\$ 1983 an; zusätzlich machte das Budgetdefizit 1981 und 1982 bereits 13% des BIP aus (vgl. ebd.: 17, African Development Bank 1997: v).

Schließlich stieß die marokkanische Entwicklungsstrategie zu Beginn der 1980er Jahre an ihre Grenzen, als die ausländische Schuldenlast rapide anstieg, und *„In response, the Club of Paris, a group of creditor nations, negotiated in the early 1980s the beginning of structural adjustment and market reform and formally ended the post-Independence strategy of domestic protection“* (Cohen/ Jaidi 2006: 37).

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war Marokko jedoch mit viel Regen und günstigem Wetter gesegnet, was sich unter anderem in einer Steigerung des BIP Wachstums von 1,7% 1984 auf 6,7% im Jahr 1986 widerspiegelte (vgl. Bourguignon/ Morrisson/ Suwa 1992: 97). Jedoch ist zu dieser günstigen Entwicklung im landwirtschaftlichen Sektor in den ersten Jahren des SAP I Folgendes anzumerken: *„[...] what this performance actually shows is the strong dependence of a country where one-quarter of the GDP comes from agriculture on an exogenous factor – namely, the climate. Favourable rains produced a boom in agriculture over 1985-86. It is clear that without this favourable climate, GDP would have grown by less than 2,5 per cent in 1987 before a sharp recovery in 1988. No common trend is apparent in the other sectors. [...] As mentioned above, climatic factors explain part of this success and that of the overall increase of agricultural output (33 per cent from 1982-1986), as well as the temporary decline (-23 per cent in 1987)“* (ebd.: 97-98).

In den 1980er Jahren stiegen die Investitionen in die Landwirtschaft weiter an, zwischen 1981 und 1990 etwa um 11%. Jedoch änderte sich der Anteil am staatlichen Budget deutlich, da dieser von 73% 1981 auf 26% im Jahr 1990 sank.

Und obwohl der marokkanische Staat in seinen Strategien dem landwirtschaftlichen Sektor besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen wollte, lässt sich an dieser Entwicklung erkennen, dass die gewünschten Erfolge nicht eintraten. Im Gegensatz dazu erfuhr der private Sektor in den 1990er Jahren eine Steigerung der staatlichen Investitionen um etwa 25% pro Jahr (vgl. Clément 1995: 1007).

Diese Ergebnisse sind bei genauerer Betrachtung klassische Resultate von Maßnahmen im Kontext von Strukturanpassungsprogrammen, da meist die Steigerung der Investitionen in den Privatsektor gegenüber den Aufwendungen für die landwirtschaftliche Produktion bevorzugt wurde.

Auch war der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am BIP aufgrund unvorhersehbarer klimatischer Veränderungen permanent instabil. Dieser Anteil betrug in der ersten Hälfte der 1960er Jahre noch 22,6%, drei Jahrzehnte später zwischen 1990 und 1994 nur mehr 17,3%; besonders starke Schwankungen gab es in den 1990er Jahren: 1991 betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am BIP 20,8%; zwei Jahre später waren es nur noch 13,5%, und „[...] *this indicates an excessive dependence of Moroccan agriculture on climatic factors*“ (Akesbi o.J.: 3, vgl. ebd.: 4).

Ebenso war die Außenhandelsbilanz in Marokko über einen langen Zeitraum hinweg äußerst mangelhaft, und ab 1974 wurde diese Problematik immer mehr als ein Resultat der schwachen Gewinne aus der landwirtschaftlichen Produktion erkannt. Seit 1974 ist die Außenhandelsbilanz für landwirtschaftliche Produkte in einem permanent defizitären Zustand, und zwischen 1991 und 1994 entsprach dieses Defizit durchschnittlich 4,7 Milliarden Dirham und stellte beinahe ein Fünftel des gesamten Defizits in der Außenhandelsbilanz des Landes dar.

3.4.4.3. Landwirtschaftliche Reformmaßnahmen im Kontext der SAPs

In den 1980er Jahren sind zwei Kredite im Rahmen der SAPs für den landwirtschaftlichen Sektor bereitgestellt worden: 1985 wurde ein erstes Darlehen in der Höhe von 100 Millionen US\$ ausbezahlt, 1987 ein zweites im Umfang von 225 Millionen US\$; daneben wurden weitere kleine Kredite für spezielle Sektoren in der Landwirtschaft, vor allem für Bewässerungssysteme, bereitgestellt (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 1).

Generell waren die Ziele, die die Weltbank in ihren landwirtschaftlichen Reformmaßnahmen propagierte, eine Reduktion der budgetären Kosten, verursacht durch Interventionen in den Markt, das Wachstum der Exportrate, eine größere Effizienz bei der Allokation von Ressourcen und eine Verbesserung der Einkommensverteilung, und *„In practice, the World Bank’s proposals for the restructuring of the Moroccan agricultural sector have been orthodox and fairly similar to reform programs undertaken in other developing countries: cuts in subsidies; reduction of investment programmes and the reorientation of these away from heavily protected components of the agricultural sector; liberalisation of agricultural and food pricing and marketing; and privatisation of technical and commercial services performed by parastatals“* (ebd.: 1).

3.4.4.3.1. Das Medium Term Structural Agricultural Adjustment Programme – MTASAP

Die Maßnahmen im Kontext der SAPs erreichten den landwirtschaftlichen Sektor in Marokko effektiv im Jahr 1985 in Form des *Medium Term Agricultural Structural Adjustment Programme* (MTASAP). Es wurde hauptsächlich durch Kredite der Weltbank und technische Hilfsprogramme unterstützt und zielte darauf ab, eine Abstimmung des landwirtschaftlichen Sektors mit dem globalen Markt zu erreichen, Bewässerungsmaßnahmen zu verbessern und mehr private Investitionen in den landwirtschaftlichen Bereich zu lenken (vgl. Akesbi o.J.: 12).

Dieses Programm trug in weiterer Folge zur negativen Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors im Kontext der generellen Zielsetzungen der SAPs insofern bei, als dass Maßnahmen getroffen wurden, von denen hauptsächlich die westlichen Handelspartner profitierten. Diese waren zum Beispiel die Liberalisierung der Produktion, eine Veränderung der Strukturen, um die Öffnung gegenüber dem globalen Markt zu fördern, oder eine Anpassung von Ressourcenallokationen an die Mechanismen des Marktes (vgl. ebd.: 13).

Die essentielle Aufgabe des MTASAP war es, die Effizienz der Ressourcenallokation und die Produktionserträge im landwirtschaftlichen Sektor zu steigern und die Last

der Nahrungsmittelmaßnahmen auf das Budget zu verringern (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 24).

Genau besehen bedeutete das die Abdeckung durch Programme und Kredite folgender Bereiche (vgl. Akesbi o.J.: 13, Kydd/ Thoyer 1992: 24):

- die Neudefinition der Aufgaben und Mechanismen im Kontext der öffentlichen Interventionen,
- die Abschaffung von Hindernissen zugunsten des internen und externen Handels,
- die Abschaffung von staatlichen Subventionen,
- die Reformierung der „Crédit Agricole“, einer Finanzinstitution, die Kredite für Landwirte allokiert und zur Verfügung stellt, und
- die Privatisierung von landwirtschaftlichen Betrieben und Viehbeständen, die sich im Besitz des marokkanischen Staates befinden.

All diese Maßnahmen fallen bei genauerer Betrachtung in den Rahmen der übergeordneten Zielsetzungen, die im Kontext der SAPs seit Beginn der 1980er Jahre angewendet wurden, und *„Thus, the transfer of public firms and farms concerns the programme of privatization”* (Akesbi o.J.: 13).

Jedoch hatte diese neue Politik zur Mitte der 1990er Jahre weder die ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft, noch konnte sie alle ihre Ziele erreichen (vgl. ebd.: 13-14):

Erstmals sollte sich der Staat signifikant von jenen Interventionen und Aktivitäten abkoppeln, die als kommerziell angesehen wurden. Es wurde zum Beispiel der Handel mit Düngemitteln und die Versorgung mit veterinären Leistungen an den privaten Sektor abgegeben, jedoch traten die gewünschten Ersparnisse bis heute nicht ein.

Ebenso bescheiden stellen sich die Gewinne durch die Liberalisierung des Außenhandels landwirtschaftlicher Produkte dar, da sowohl auf der Ebene der Importe als auch im Exportbereich keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen waren.

Die Liberalisierung des Binnenhandels von landwirtschaftlichen Produkten wurde ebenso stark vorangetrieben, doch auch hier brachten die Maßnahmen keine

Entspannung der ökonomischen Situation, da „[...] *one should note that the steps made at this level are less daring and more confused*“ (ebd.: 14).

Zusätzlich wurden Subventionen in den landwirtschaftlichen Sektor einerseits nach und nach verdrängt, andererseits verschwanden Unterstützungen zum Erwerb von Düngemitteln ab 1990 komplett. Wie bereits angeführt wurde der Handel mit Düngemitteln zuvor zwar an den privaten Sektor abgegeben, jedoch stiegen die Kosten für Bewässerungssysteme stark an, was wiederum eine Steigerung der staatlichen Subventionierung dieses Bereiches notwendig gemacht hatte.

Auf der Konsumentenebene wurden vor allem die Preise für Getreide und Milchprodukte liberalisiert, was diese höchst verwundbar gegenüber den Schwankungen am globalen Markt machte. Zusätzlich konnte der Staat in diesem Kontext seiner Bevölkerung keine zufriedenstellenden Alternativen anbieten.

Was den Bereich der Privatisierung von staatlichen Unternehmen betrifft, konnten zwar bis in die 1990er Jahre keine signifikanten Gewinne erwirtschaftet werden, jedoch wurden die Maßnahmen in diesem Sektor verstärkt ab den frühen 1990er Jahren vorangetrieben.

Betrachtet man nun all diese Maßnahmen genauer, führten diese auf eine substanzielle Forderung des globalen kapitalistischen Systems zurück,: *„This new policy, as all others that are similar to it throughout the world, aims to make the private sector responsible for the activities of the agricultural sector, as well as those that are to its upstream, the elimination of obstacles to external and internal trades, the removal of the price pegging and the withdrawal of subsidies. In sum, the development of the market mechanism and reduction of State intervention“* und *“[...] [this new policy] has not yet achieved the deployment all the means available, neither has it yielded the expected effects. It appears even, for the moment, more ‘negative’ [...] than ‘positive’ [...].* (ebd.: 19)

ASAL I

Im Kontext des MTASAP vergab die Weltbank zwei sogenannte *Agricultural Sector Adjustment Loans* (ASAL) an Marokko.

Der erste Kredit im Rahmen des ASAL wurde im Umfang von 100 Millionen US\$ im Juli 1985 von der Weltbank genehmigt und sollte vor allem die Maßnahmen im

Kontext des MTASAP unterstützen. Die Konditionen für diesen Kredit waren das Ergebnis zäher Verhandlungen zwischen Vertretern der Weltbank und der marokkanischen Regierung, und das Ergebnis stellte einen „[...] *mix of tightly, defined conditions and loosely-drawn covenants*“ dar (Kydd/ Thoyer 1992: 24-25).

Die ausgehandelten Reformmaßnahmen betrafen die graduelle Abschaffung von Subventionen für Düngemittel, eine Verringerung der Kosten für Bewässerungssysteme, ein Auslaufenlassen des Preissystems für Tiernahrung und für die Verteilungskontrolle über Tierfutter, und eine Steigerung der Mindestpreise für Getreide (vgl. ebd.: 25).

Zu den Auswirkungen der Maßnahmen im Kontext des ASAL I ist zusammenfassend zu sagen, dass die angestrebten Erfolge größtenteils nicht eingetreten sind, da zum Beispiel keine offensichtlichen Nutznießer der Reformmaßnahmen identifizierbar waren und keine ausgewogene Einkommensverteilung erzielt werden konnte (vgl. ebd.: 27).

ASAL II

Der zweite Anpassungskredit, ASAL II, wurde 1987 von der Weltbank beschlossen und im Umfang von 225 Millionen US\$ an Marokko ausbezahlt und war somit Teil der zweiten Phase des MTASAP.

Diese Phase von 1988 bis 1992 legte auf drei Bereiche besonderes Augenmerk (vgl. ebd.: 28):

- auf Reformen im Kontext der Preise und der Investitionsanreize,
- auf eine beschleunigte Liberalisierung des marokkanischen Marktes und
- auf die Förderung des Exports von industriell verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten.

Doch hielten sich die angestrebten Erfolge auch unter dem zweiten ASAL in Grenzen, da die Vorschläge der Weltbank zur Restrukturierung der marokkanischen Landwirtschaft recht orthodox und ähnlich jenen Programmen gewählt waren, die in anderen Entwicklungsländern durchgeführt wurden; zusätzlich war die

Implementierung der Reformmaßnahmen gekennzeichnet von Unregelmäßigkeiten und Aufschüben (vgl. ebd.: 29).

Zusammenfassend lässt sich zu ASAL I und II anmerken: *„The conclusion [...] shows that implementation of agricultural reforms under structural adjustment in Morocco has been limited relative to the ambitions of those who have been urging liberalisation. [...] The reform programme was too ambitious: changing from an interventionist system, insulated from the world market and set up to respond to political objectives [...] to a market based system is not an easy task. In the case of Morocco, endless negotiations and compromises have undermined the consistency of the reform and have maybe given rise to accentuated distortions”* (ebd.: 56-57).

3.4.5. Der soziale Sektor in Marokko – Folgen und Auswirkungen der Maßnahmen im Kontext der SAPs

Negative soziale Konsequenzen im Zuge von Stabilisierungs- und Anpassungsprogrammen stellten in den 1980er und 1990er Jahren international keine Seltenheit dar. Dabei wurde besonders stark jene Bevölkerungsschicht getroffen, die bereits unter der Armutsgrenze lebte und daher besonders verwundbar gegenüber jeglichen Veränderungen war, denn *„The results of structural adjustment programmes for the poor are usually rapid price rises, especially for food and transport, and the introduction of school and medical fees – while at the same time wages fall and unemployment increases. Land that used to produce food is now used to boost exports. [...] Country after country throughout Africa has relapsed into increasing illiteracy, rising child mortality, and increasing malnutrition and has seen a recrudescence of diseases [...]”* (Logie/ Woodroffe 1993: 42).

Aufgrund von Marktreformen im Kontext der SAPs hatten Budgetkürzungen, die Entwertung der Währung und ein unzufriedenstellendes ökonomisches Wachstum negative Effekte auf die Lebensbedingungen der marokkanischen Bevölkerung. Besonders verwundbar war in diesem Zusammenhang die bereits arme Bevölkerungsschicht in den Städten, da diese von öffentlichen Subventionen und Leistungen besonders stark abhängig war. Zwar sanken im Zuge der SAPs die Ausgaben in öffentliche Leistungen zwischen 1962 und 1986 von 34,4% des BIP auf

22,2% des BIP, jedoch begannen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre diese Ausgaben wieder leicht zu steigen, bis sie 1991 beinahe 26% erreichten; allerdings stieg dieser Wert bis heute nicht mehr weiter an, und blieb mehr oder weniger konstant (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 127).

Und obwohl Marokko international als so genanntes *middle-income country* verstanden wird, also als ein Land, in dem sich die Einkommen im Gegensatz zu einem *lower-income country* auf einem durchschnittlichen Niveau bewegen, besitzt der marokkanische Staat relativ schwache soziale Indikatoren im Vergleich zum nationalen Einkommen. Zusätzlich liegt Marokko in Bezug auf wichtige soziale Indikatoren hinter anderen arabischen Ländern weit zurück, da unter anderem die Analphabetenrate bei Frauen im Jahr 2006 noch 63,9% betrug; im Gegensatz lag dazu die durchschnittliche Analphabetenquote unter Frauen in *lower-income countries* im gleichen Jahr bei 19,4% (vgl. ebd.: ix).

Was die generelle Entwicklung der Alphabetisierung der marokkanischen Bevölkerung betrifft, ist ein besonders hohes Stadt-Land Gefälle erkennbar; während noch in den 1980er Jahren die Alphabetisierungsrate der Landbevölkerung auf einem sehr niedrigen Niveau war und bis heute nicht die gewünschten Erfolge erzielt werden konnten, konnte die marokkanische Bevölkerung in städtischen Regionen seit Jahrzehnten von einem zufriedenstellenderem Bildungsangebot profitieren (vgl. ebd.: 127).

Was den Sektor der Bildung generell betrifft, erlaubten zwar soziale Entwicklungsstrategien qualitativen Unterricht und soziale Mobilität einer kleinen Bevölkerungsschicht zukommen zu lassen, jedoch trugen sie kaum zu einer generell verbesserten Unterrichtssituation bei (vgl. ebd.: 127).

Ebenso schnitt Marokko im Vergleich zu anderen *middle-income countries* im Kontext der primären und sekundären Bildung schlecht ab, wovon wiederum besonders Mädchen betroffen waren. Zwar stieg die gesamte Einschulungsrate im Lauf der Jahrzehnte an, jedoch wurde im Zuge der SAPs hauptsächlich in höhere Bildung auf Kosten der Primärbildung investiert, und „[...] *trends in primary education [...] were probably more unfavourable for poorer households in the rural sector than in the urban areas*“ (Morrisson 1991: 96). Von diesen Maßnahmen war besonders die Landbevölkerung negativ betroffen: „*A survey conducted at the National School of*

Engineering (EMI) in 1993 found that the number of students born in rural areas have halved since 1981” (Cohen/ Jaidi 2006: 145).

Zwar ist die Zahl der Schüler in primären Bildungseinrichtungen in der Zeit nach der Unabhängigkeit stark gestiegen und verdoppelte sich beinahe zwischen 1972/73 und 1982/83, jedoch erfolgte danach ein abrupter Fall der Zahlen bis ins Jahr 1987. Ländliche Regionen waren von dieser Entwicklung wiederum mit -12,8% stärker betroffen als städtische Gebiete mit -8,8%. Besonders negativ stellte sich in diesem Zusammenhang die Situation für Mädchen in ländlichen Gegenden dar, da sie 1983 nur 29% der gesamten Schülerzahlen ausmachten, während sich die Zahl in den Zentren auf 46,5% belief. Im Gegensatz dazu stiegen die Schülerzahlen im sekundären Bildungsbereich zwischen 1983 und 1986 nur um 22% an (vgl. Morrisson 1991: 91).

Und obwohl die Weltbank in ihren Maßnahmen versuchte die Einschulungsraten in ländlichen Gegenden zu erhöhen, konnte sie in diesem Kontext keine Erfolge erzielen, da *„Even primary education requires to make some outlays (schoolbooks, clothing). Furthermore, in rural areas, some young people in the 12-15 age range are at work, which is exceptional in the urban areas, and there is the additional expense of the loss of a salary as children’s schooling continues. In a period of stagnation, it is possible that, in order to avoid the costs involved, poor families do not send their children to school, even though it is available”* (ebd.: 91).

Auch waren die Indikatoren im Bereich der Gesundheitsversorgung alles andere als vielversprechend für die Zukunft, da unter anderem die Kindersterblichkeitsrate in den 1980er und 1990er Jahren immer noch sehr hoch sowie der Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung in ländlichen Gegenden sehr mangelhaft war.

Die Ursprünge dieser Entwicklungen sind in den frühen 1980er Jahren zu finden, als die Pro-Kopf Ausgaben des Gesundheitsministeriums zwischen 1982 und 1986 um 8% fielen, und Investitionen substanziell bis zu 36% gekürzt wurden. Diese Maßnahmen waren in Marokko besonders besorgniserregend, da der Anteil der öffentlichen Ausgaben in den Gesundheitssektor ohnehin nur 3% der Staatsausgaben ausmachte, und somit signifikant weniger für diesen Bereich ausgegeben wurde als in anderen Ländern mit einem ähnlichen Pro-Kopf Einkommen und *„[...] it is clear that the public effort devoted to health was clearly slowed down by the stabilization programme [...]”* (ebd.: 93).

Dennoch stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Bediensteten im medizinischen Bereich deutlich an, da 1982 nur 2800 Marokkaner als Ärzte tätig waren, 1986 jedoch bereits 4200. Diese Verbesserung war allerdings auf politische Maßnahmen im Gesundheitsbereich in den 1970er Jahren zurückzuführen, und „[...] *[they] would have had positive effects whatever policy was implemented after 1983*“ (ebd.: 93). Ebenso stiegen in dem folgenden Jahrzehnt zwischen 1990 und 2001 die Regierungsausgaben in den Gesundheitsbereich nur von 0,9% des BIP auf 2% des BIP (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 146).

Die Reduktion der Investitionen in Gesundheits- und Bildungseinrichtungen in US\$ pro Kopf in den Jahren von 1984 bis 1989 lässt sich an folgender Tabelle klar erkennen (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 49):

	Gesundheits- leistungen	Bildungsleistungen	Gesamt
1984	23,1	133,5	155,6
1985	17,4	107,5	124,9
1986	15,0	89,0	104
1987	15,3	89,3	104,6
1988	20,8	118	138,8
1989	21,5	121,6	143,1

Zusätzlich zu einem erschwerten Zugang zu sozialen Leistungen im Kontext der SAPs sanken die Möglichkeiten der unteren bis mittleren Einkommensschichten, Waren und Dienstleistungen zu konsumieren trotz der ausgeweiteten Verfügbarkeit von Konsumgütern im Zuge der SAPs. Auch wurde die Einkommensverteilung seit der Unabhängigkeit nicht merklich ausgewogener, und verschlechterte sich sogar seit den 1990er Jahren zunehmend. Und obwohl in den 1960er Jahren die durchschnittlichen jährlichen Ausgaben pro Person um 4% stiegen, wuchsen die gesamten Ausgaben der wohlhabendsten 10% der marokkanischen Bevölkerung von 8% in 1960er Jahren auf 29% 1971, und diese Entwicklung setzte sich in den 1980er und 1990er Jahren weiter fort (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 140). An diesen Zahlen lässt sich erkennen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Marokko im Laufe

der Jahrzehnte weiter vergrößert, und nicht wie von Weltbank und IWF offiziell angestrebt, verkleinert hat.

Auch konnten die SAPs die informelle Wirtschaft nicht eindämmen beziehungsweise den Menschen in der Subsistenzwirtschaft keine Alternative bieten, da 1995 die informelle Ökonomie immer noch 40% der gesamten Produktion in Marokko ausmachte (vgl. Clément 1995: 1009).

Ebenso konnte Marokko seine *terms of trade*, also das reale Austauschverhältnis zwischen exportierten und importierten Gütern, nie merklich verbessern; besonders markant ist hier dabei der krasse Unterschied der Werte zwischen den frühen 1970er Jahren und jenen aus der Mitte der 1980er Jahre.

Verlauf der *terms of trade* in Millionen Dirham (vgl. Morrisson 1991: 131):

1973	1975	1977	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
112,6	144,5	106,4	104,5	100,0	94,5	89,9	86,2	87,7	87,3	98,1

Es lässt sich am Verlauf der *terms of trade* in Marokko zwischen 1973 und 1986 feststellen, dass sich diese graduell verschlechtert haben; zum Zeitpunkt der Anfänge der SAPs in Marokko 1983 war der Wert auf seinem tiefsten Niveau in dieser Zeitspanne. Diese Entwicklungen waren unter anderem die Folgen des Verfalls der internationalen Phosphatpreise und der Rezession in Europa, als eine weitreichende Teuerung vieler Produkte in diesem Kontext eintrat.

Zusammenfassend lässt sich zu den sozialen Auswirkungen und Folgen im Rahmen der SAPs sagen, dass sich Marokko in den Jahren zwischen 1980 und dem Ende der 1990er Jahre im globalen Vergleich in ökonomischen und sozialen Bereichen leicht verbessert hat; jedoch wurden all die großen Hoffnungen auf eine prosperierende Wirtschaft, die zu Beginn der SAPs herrschten, nicht erfüllt und *„Ainsi ce plan d’ajustement structurel, essentiellement économique, aura surtout des effets politiques, car le Maroc reste une société où l’économie est dépendante des aléas climatiques. La tâche primordiale, à l’avenir, sera d’assurer l’autonomie de la sphère*

économique. En fait, le combat pour l'indépendance ne fait que commencer“
(Clément 1995: 1012).

3.4.5.1. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung unter den SAPs

Die weit verbreitete Arbeitsnot stellt in Marokko seit Jahrzehnten ein großes Problem dar, nicht zuletzt aufgrund der traditionellen Beschäftigungsstrukturen im Land. Da Marokko von jeher stark von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig ist, war ein Großteil der Bevölkerung immer in diesem Sektor tätig.

Aufgrund der vermehrten Landflucht in die Zentren in den letzten zwei Jahrzehnten stieg sowohl die Arbeitslosenrate in urbanen Gegenden von 12,3% im Jahr 1982 auf 20,3% 1994, als auch in ländlichen Regionen im gleichen Zeitraum, wenn auch nur von 9,5% auf 10,8% (vgl. Bourdabat 2006: 165); die gesamte Arbeitslosenrate stieg von 8,8% 1971 auf 11,6% im Jahr 2002, wobei die höchste Rate 16% im Jahr 1994 ausmachte, unter Frauen sogar beinahe 30% (vgl. ebd.: 179).

Besonders markant ist in diesem Kontext eine Entwicklung in den marokkanischen Zentren, nämlich eine abrupt gestiegene Zahl arbeitsloser Universitätsabgänger ab Mitte der 1980er Jahre. Traditionell sind marokkanischen Hochschulabsolventen im staatlichen Verwaltungsapparat in den Zentren beschäftigt, doch im Zuge der SAPs wurde unter anderem eine plötzliche Reduktion der Neuanstellungen und ein radikaler Stellenabbau im Sektor der öffentlich Bediensteten beschlossen. Zusätzlich wurden zwischen 1985 und 1990 aufgrund des Ausbleibens ausgleichender Reformen nur halb so viele Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen als es nötig gewesen wäre, um die vielen Hochschulabsolventen in Marokko beschäftigen zu können.

Die Konsequenz dieser Entwicklungen war natürlich eine dramatische Steigerung der Arbeitslosenrate unter Universitätsabgängern, die bis heute nicht merklich gesenkt werden konnte, da diese 2002 immer noch 32,2% betrug, während die Quote unter Arbeitern nur 5,6% ausmachte (vgl. ebd.: 165).

In diesem Zusammenhang stellte die Ineffizienz der Investitionen in Programme im Kontext der höheren Bildung ein zusätzliches Problem dar; viele Marokkaner mit einem Schulabschluss besuchten die Universität nur, da ihnen keine anderen Optionen zur Verfügung standen, woran sich bis heute nicht viel geändert hat. Zusätzlich gab es immer mehr urbane Arbeitskräfte, deren Zahl im Gegensatz zu

einer sehr geringen Nachfrage stand; ebenso verstärkten strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Beschäftigung die problematische Situation, da mit der Förderung des Exportsektors hauptsächlich Arbeitsplätze in schlecht bezahlten Branchen geschaffen wurden, und diese wenig bis gar nicht ausgebildete Arbeitskräfte klar bevorzugten (vgl. ebd.: 169).

Zurückzuführen sind diese Entwicklungen auf gesteigerte staatliche Investitionen in den Bildungsbereich nach Erlangung der Unabhängigkeit, wodurch die Einschulungsrate und die Schulabschlüsse deutlich erhöht werden konnten; jedoch resultierte diese Verbesserung im Bildungsbereich Jahrzehnte später in einer hohen Arbeitslosenrate unter den in Zentren lebenden Marokkanern, die eine höhere Schule besucht hatten, und *„The sharp reduction of recruitment in the public sector under structural adjustment policies implemented 1983 is quoted as a key factor in worsening unemployment problem among university graduates“* (ebd.: 170). Denn wie bereits erwähnt, strich die Weltbank im Rahmen ihrer Konditionen einen großen Teil der Stellen im Sektor der öffentlich Bediensteten und verhängte einen Aufnahmestopp in diesem Bereich. Zusätzlich wurde die Situation durch Maßnahmen im Sektor des Außenhandels erschwert, denn *„[...] increased foreign trade (especially with the European Union) has stimulated the production in sectors for which Morocco has a comparative advantage and which are intensive in unskilled (and cheap) labour (mainly agriculture and garment industries). The trade reform in Morocco, which reduced the barriers to imports, was initiated precisely in 1983, the same year the adjustment policies were implemented“* (ebd.: 169-170)

Besonders sind anhand der Entwicklungen im Bildungssektor jene Probleme erkennbar, mit denen sich viele Länder im Zuge der Interventionen der Weltbank und des IWF konfrontiert sahen:

Einerseits versuchten viele Entwicklungsländer, so wie Marokko auch, nach der erlangten Unabhängigkeit soziale Faktoren, wie zum Beispiel den Bildungsstandard, zu erhöhen. Andererseits fehlten jedoch die Arbeitsplätze, die nötig gewesen wären, um die gestiegene Arbeitskraft in diesem Sektor sinnvoll nutzen zu können. Daher war, wie im Falle Marokkos, der staatliche Verwaltungsapparat der einzige Arbeitgeber in dieser Sparte, was wiederum den Druck auf diesen Sektor permanent erhöhte; zusätzlich trugen die gestiegene Landflucht in die Zentren und eine generell sehr schnell wachsende Bevölkerung erschwerend zu der Situation bei.

Die Interventionen der Bretton Woods Organisationen brachten in diesem Zusammenhang jedoch selten eine Verbesserung, da sie von Einsparungen in staatlich verwaltete Sektoren begleitet waren und bis heute den vielen arbeitslosen Universitätsabsolventen keine Alternativen zu staatlichen Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen konnten.

Es zeigt sich also anhand dieser Entwicklungen, dass zwar die makroökonomischen Zielsetzungen, wie das Senken des marokkanischen Budgetdefizits mit Hilfe von Einsparungen staatlicher Leistungen und Subventionen, erreicht werden konnten; im Gegenzug entstanden dafür jedoch enorme soziale Kosten, für welche die Bretton Woods Organisationen bis heute keine adäquate Lösung gefunden haben.

Weiters stellte sich nicht nur für die Hochschulabgänger die Situation am Arbeitsmarkt aufgrund der Konditionen der Weltbank äußerst schwierig dar, sondern auch die Lage der Arbeiter in Marokko verschlechterte sich signifikant: in den 1980er Jahren und der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden die Gehälter und Einkommen der Arbeiter im Rahmen der SAPs deutlich reduziert. Zusätzlich verschlimmerte sich die bereits schwierige Situation ab den Jahren 1993 und 1994, als das Durchschnittseinkommen nicht erhöht wurde, obwohl die Lebenskosten im Durchschnitt um mindestens 15% gestiegen sind; die Weltbank gab in Folge sogar zu, dass in den 1990er Jahren das Durchschnittsgehalt in allen Sektoren zusammengenommen um 10% unter jenem des Jahres 1985 lag (vgl. Confédération Internationale des Syndicats Libres/ Organisation Régionale Africaine/ Union Marocaine du Travail 1994: 13).

Vor allem waren die in den Zentren lebenden Arbeiter, darunter besonders jene mit einem Schulabschluss, von der gestiegenen Arbeitsnot negativ betroffen, da *„A main feature of the Moroccan labour force is the preponderance of uneducated workers“* (Bourdabat 2006: 167). Etwa 67,6% der Arbeiter in den Zentren hatten niemals eine Schule besucht beziehungsweise die ersten sechs Jahre der Grundschule nicht abgeschlossen; dementsprechend hoch war die Analphabetenrate unter diesen, nämlich beinahe 50% (vgl. ebd.: 167).

Die Problematik begann für Arbeiter, die einen oder mehrere Bildungswege abgeschlossen haben, ab Beginn der 1980er Jahre und konnte bis heute nicht merklich verringert werden: *„Workers also experience long spells of unemployment. In 2002, the average duration of unemployment was 37,6 months for all unemployed*

workers pooled and 45,2 months for unemployed workers holding secondary diplomas or university degrees” (ebd.: 168).

Verlauf der Einkommen der marokkanischen Arbeiter in realen Größen (vgl. Morrisson 1991: 135):

	Mindesteinkommen in der Landwirtschaft	Mindesteinkommen in nicht- landwirtschaftlichen Sektoren	Durchschnittliche Einkommen in der Industrie
1975	103,0	102,7	
1976	95,2	94,8	93,7
1977	92,8	92,8	97,5
1978	84,5	84,6	102,1
1979	109,3	101,5	101,5
1980	100,0	100,0	100,0
1981	106,8	107,0	95,4
1982	110,9	111,5	89,6
1983	104,5	105,0	88,4
1984	111,5	111,9	81,8
1985	113,8	114,4	84,6
1986	115,0	115,21	

Im Zeitraum von 1975 bis 1986 sind alle Werte in den drei Sparten nicht merklich gestiegen, beziehungsweise ist das durchschnittliche Einkommen im industriellen Sektor sogar gesunken. Dies hängt mit den bereits beschriebenen Entwicklungen im Exportsektor zusammen, da dieser schlecht ausgebildete Arbeitskräfte bevorzugte und dadurch im Verlauf der Jahre ihre Löhne substanziell kürzen konnte.

Ebenso stiegen die Tätigkeiten im informellen Sektor unter den SAPs merklich an und Unternehmen konnten unter den Programmen von Weltbank und IWF plötzlich unkontrolliert die Arbeitszeiten ihrer Angestellten reduzieren und über die Anpassung der Löhne an die Entwicklungen und Schwankungen des Marktes verfügen (vgl. Confédération Internationale des Syndicats Libres/ Organisation Régionale Africaine/ Union Marocaine du Travail 1994: 14).

3.5. Anpassung und Armut

Im folgenden und abschließenden Kapitel will ich nun die Frage klären, welchen Einfluss die SAPs auf die Entwicklung der Armut in Marokko hatten. Denn entgegen aller praktischen Erfahrungen halten Weltbank und IWF nach wie vor daran fest, dass ihre Programme immer den Fokus gehabt hätten, über ökonomische Maßnahmen eine Reduktion der Armut und eine Verbesserung der Lebensumstände für eine breite Masse zu ermöglichen.

Prinzipiell begann die Weltbank ab 1990 ihren Fokus verstärkt auf die Armutsreduktion zu legen und gab daher in diesem Jahr den ersten Weltentwicklungsbericht zu dem Thema heraus. Weitere Publikationen in diesem Sinne erschienen 1991 und 1992, nämlich die *„Assistance Strategy to Reduce Poverty“*, und das *„Poverty Reduction Handbook“* (vgl. Monbart 1992: 53).

Weitverbreitete Armut stellt in Marokko seit Jahrzehnten ein enormes Problem dar, da Mitte der 1980er Jahre etwa immer noch 30% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten, 1990 waren es immerhin noch beinahe 20% (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 39, Morrisson 1991: 13). 1989 betrug das BIP pro Kopf 880 US\$, und damit befand sich Marokko bei den ärmeren der mittleren Einkommensgruppe unter den Entwicklungsländern (vgl. The World Bank 1991: 204) und in diesem Zusammenhang ist das Land *„[...] characterised by considerable income inequalities and extensive poverty“* (Morrisson 1991: 13).

Besonders stark stieg die Zahl der in Armut lebenden Menschen in den Zentren an, was wiederum auf ein zu geringes Wachstum des Industriesektors, auf gesunkene Ausgaben in öffentliche Leistungen und auf eine gestiegene Landflucht zurückzuführen ist, und *„Poverty has remained a consistent problem for over a decade, reaching 19% 1999 [...]. Overall, approximately 5,3 million individuals live in poverty in Morocco, out of a population of more than 30 million“* (Cohen/ Jaidi 2006: 39).

Die budgetären Maßnahmen, die nach der Unabhängigkeit in Marokko getroffen wurden, waren ebenfalls ein Grund für die anhaltende Armut im Land. Die Maßnahmen waren gekennzeichnet von hohen Ausgaben in den produktiven Sektor, aber von nur wenigen bis keinen Investitionen in soziale Bereiche. Dazu wurde die

Einkommensverteilung durch Handels- und Preiskontrollen, die als Antwort auf die makroökonomischen Unausgeglichheiten nach dem Kollaps der Phosphatpreise gedacht war, verschärft (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 48).

Was die Reduktion beziehungsweise Abschaffung von Nahrungsmittelsubventionen, also einer Schlüsselmaßnahme unter den Konditionen der SAPs betrifft, stellte sich die Situation in Marokko wie folgt dar:

Wie bereits erwähnt hatten die Kürzungen beziehungsweise die komplette Abschaffung der Nahrungsmittelsubventionen katastrophale Auswirkungen auf die arme Bevölkerung Marokkos. Der erste Schritt der Weltbank, Nahrungsmittelhilfen zu reduzieren, erfolgte im Mai 1981 unter der *Extended Fund Facility* (EFF) in Zusammenarbeit mit dem IWF. Dies resultierte in einem starken Preisanstieg der täglichen Nahrungsmittel, wie Öl, Zucker und Mehl, bis die Regierung 1987 schließlich die Nahrungsmittelsubventionierung komplett stoppte, da sie den Maßnahmen, die im ASAP II festgeschrieben waren, folgen musste, und „[...] *a crude calculation shows that the poor will lose a higher share of their purchasing power if food subsidies are removed*“ (ebd.: 50).

Die Abschaffung von Nahrungsmittelsubventionen stellte für arme Haushalte in Marokko eine ernsthafte Gefahr dar, da diese einerseits ohnehin permanent unter einer mangelhaften Ernährung zu leiden hatten, und sie andererseits ihre Nahrungsaufnahme um etwa ein Viertel senken mussten, als Subventionen in diesem Bereich radikal gestrichen wurden; ein Grund dafür ist unter anderem, dass arme Haushalte etwa 80% ihres Budgets für Nahrungsmittel ausgeben mussten. Besonders problematisch wurde die Situation im Zuge der Abschaffung der Subventionen für die arme urbane Bevölkerungsschicht, da im Gegensatz dazu Nahrungsmittelsubventionen in ländlichen Regionen eine sekundäre Rolle spielten, da deren Bewohner ohnehin zu einem großen Teil in der Subsistenzwirtschaft lebten und wenig Nahrungsmittel mit Geld erwarben (vgl. Morrisson 1991: 88).

Besonders starke Auswirkungen hatte der Rückgang der Zuckerkonsumation auf die arme urbane Bevölkerungsschicht im Zuge der SAPs, da Zucker eine wichtige Rolle in der marokkanischen Ernährung spielt und dessen Konsumation Mitte der 1980er Jahre abrupt gesunken ist, und „*It is well established that consumption by households [...] fell back [...] as a result of an unfavourable trend in money income for some of these households and because of the reduction of subsidies, which led to*

a 30 per cent rise in the price of sugar between July 1983 and the end of 1985“ (ebd.: 95).

Noch dramatischer stellte sich die Situation für den Fleischkonsum dar, da dieser stark einkommensabhängig war und zwischen 1983 und 1985 um 10% zurück ging; dies ist wiederum auf ein Fallen der Einkommen in städtischen Regionen zurückzuführen, von dem besonders Haushalte mit mittleren Einkommen negativ betroffen waren (vgl. ebd.: 95). Diese Entwicklung lässt sich möglicherweise als Indikator dafür heranziehen, dass mittlere Einkommensschichten vermehrt von einem Abrutschen in die relative beziehungsweise absolute Armut betroffen waren.

Auch konnten die durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Marktliberalisierung die Arbeitslosigkeit in städtischen Regionen nicht senken und es lässt sich kein Einfluss auf eine Reduktion der Armut durch diese erkennen. Die Analyse der sozialen Indikatoren in Marokko hat gezeigt, dass sich die Werte für manche Bevölkerungsgruppen, vor allem für die in den Städten lebender Marokkaner im Zuge der SAPs generell verschlechtert haben und deren Situation nicht substantiell verbessert werden konnte (vgl. Cohen/ Jaidi 2006: 44-45). Jedoch hatten im Gegensatz dazu die Maßnahmen im Kontext der SAPs nur einen geringen negativen Einfluss auf die Landbevölkerung, da *„[...] weather conditions, not the adjustment programme, exerted a determining influence on poverty“* (Morrisson 1991: 97), und aufgrund günstiger Wetterbedingungen konnten Mitte der 1980er Jahre die Lebensumstände der marokkanische Landbevölkerung verbessert werden.

Ebenso hatten die Subventionen im Kontext der totalen Einkommen einen enormen Einfluss auf städtische Regionen, da sie zwischen 18% und 19% in armen Haushalten, 9% in mittleren Einkommensschichten und in wohlhabenden Haushalten 4% des Budgets ausmachten. In ländlichen Gebieten hingegen repräsentierten die Subventionen nur 5% des totalen Haushaltsbudgets (vgl. ebd.: 95).

Doch selbst wenn sich die Situation nicht für alle Einkommensschichten radikal verschlechterte, *„[...] whether we are dealing with jobs in the informal sector that were affected by adjustment, as in construction and public works, or unemployment affecting families who are poor or close to the poverty threshold, pauperisation is a reality for several tens of thousands of families“* (ebd.: 99).

Abgesehen von allen negativen sozialen und ökonomischen Konsequenzen, standen die SAPs meist auch den Demokratisierungsbestrebungen der Regierungen im Weg, denn bezogen auf Afrika „[...] *African governments are being expected to democratise, but structural adjustment programmes are undermining these efforts. The very legitimacy of the state may be eroded as the implementation of adjustment shifts the locus of authority and responsibility away from African capitals to international institutions*“ (Logie/ Woodroffe 1993: 43).

3.6. Zentrale Ergebnisse/Fazit, Ausblick

Zentrale Ergebnisse/Fazit

- **Überprüfung der Hypothesen**

- (1) Die Maßnahmen im Kontext der SAPs folgten hauptsächlich den Vorgaben des Washington Consensus und in weiterer Folge den ökonomischen Forderungen der westlichen Industrienationen.

Man erkennt anhand der Beschäftigung mit der Geschichte Marokkos und im Zuge der Analyse der SAPs, dass in dem nordafrikanischen Land seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Interessen der westlichen Industrieländer dominieren; das reicht von der französischen Kolonialmacht bis zu den USA und der EU, die über internationale Organisationen versuchen, ihre Interessen in Marokko durchzusetzen. Ebenso konnten im 20. Jahrhundert die Vertreter der neoliberal ausgerichteten Ökonomie darauf zählen, dass ihre Interessen von politischen Entscheidungsträgern unterstützt werden, wie von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in Großbritannien beziehungsweise den USA, oder Anne Krueger, von 1982 bis 1986 Chefvolkswirtin der Weltbank, die mit Hilfe von offenen und liberalisierten Märkten die weltweite Armut bekämpfen wollte (vgl. Stiglitz 2004: 29-30).

Was den Washington Consensus betrifft, herrschten von Anfang an, wie bereits ausführlich dargestellt, stark divergierende Meinungen bezüglich seiner Theorie und Praxis vor. Während John Williamson nicht immer mit der weiteren Verwendung seines 10 Punkte Programmes einverstanden war, verstanden neoliberale Vertreter den Washington Consensus als Grundlage und Rechtfertigung, um ihre Forderungen politisch durchsetzen zu können.

Von Kritikern wurde im Kontext der SAPs angeführt, dass auch die Weltbank und der IWF von diesem Gedankengut beeinflusst wurden und sich dieses in Form von Reformmaßnahmen in der Realität der Entwicklungsländer widerspiegelte; Wing brachte die Situation folgendermaßen auf den Punkt: *„The Washington Consensus is the farce that the development establishment in Washington foisted upon the developing world as universal science, a status that justifies a one-size-fits-all approach to the problems of the poor, regardless of where they are located“* (Wing 2004: 14).

(2) Die Interventionen in Form von SAPs ließen negative soziale Implikationen nahezu völlig außer Acht.

Betrachtet man soziale Indikatoren in Marokko, wie Einkommen, Bildungsstandard, Gesundheitsversorgung oder Arbeitslosigkeit im Kontext der SAPs, ergibt sich folgendes Bild:

Die Einkommen, besonders jene der marokkanischen Arbeiter, konnten unter den SAPs nicht erhöht werden, sondern wurden während der 1980er und der ersten Hälfte der 1990er Jahre sogar beachtlich reduziert. Auch stellte sich die Situation für Arbeiter mit einem Schulabschluss alles andere als positiv dar, da die neuen ökonomischen Gegebenheiten Arbeiter ohne Schulabschluss klar bevorzugten. Daher konnten Unternehmen einerseits die Löhne der Arbeiter aufgrund ihrer schlechten Ausbildung kontinuierlich reduzieren; andererseits waren Arbeiter mit einem Schulabschluss vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen. Diese negative Entwicklung am Arbeitsmarkt, hervorgerufen durch Reformmaßnahmen im Kontext der SAPs, machte auch vor Marokkanern mit einem Hochschulabschluss nicht Halt, da Arbeitsplätze im Sektor der öffentlich Bediensteten abgebaut und Neuanstellungen beachtlich reduziert wurden. Und nachdem, wie bereits erwähnt, Hochschulabgänger in Marokko traditionell im Verwaltungsbereich beschäftigt waren, brachten diese Maßnahmen erhebliche Probleme für deren Zukunft mit sich. Jedoch konnten weder die Weltbank noch die marokkanische Regierung bis heute den vielen arbeitslosen Hochschulabgängern eine Alternative bieten.

Im Vergleich mit anderen arabischen Staaten liegt Marokko auch bei vielen weiteren sozialen Indikatoren weit zurück. Die mangelhafte und zu langsame Verbesserung der sozialen Faktoren in dem Land ist insofern überraschend, als dass Marokko

verglichen mit anderen Entwicklungsländern ein relativ hohes nationales Einkommen besitzt.

Besonders signifikant ist dabei die niedrige Alphabetisierungsrate von Frauen in Marokko. Weiters konnten die Maßnahmen im Bildungssektor keine Erfolge für die breite Masse erzielen, da die Bevölkerung am Land von primären Bildungsangeboten bis heute nicht im notwendigen Maße profitieren konnte; besonders negativ sind hier wiederum Mädchen betroffen.

Ebenso leidet die marokkanische Landbevölkerung bis heute unter einer mangelhaften Gesundheitsversorgung. Die Kindersterblichkeitsrate in den 1980er und 1990er Jahren blieb beispielsweise immer noch sehr hoch. Morrisson führt in diesem Zusammenhang die langsamen Fortschritte im Gesundheitsbereich klar auf die SAPs zurück: „[...] *the public effort devoted to health was clearly slowed down by the stabilization programme [...]*“ (Morrisson 1991: 93).

Die Möglichkeiten der unteren und mittleren Einkommensschichten konnten im ökonomischen Kontext ebenfalls nicht verbessert werden, da diese Bevölkerungsgruppen nicht mehr Waren und Dienstleistungen konsumieren konnten – und das, obwohl es durch die SAPs zu einer gesteigerten Verfügbarkeit derselben kam.

(3) Ein maßgeblicher Einfluss auf die Verringerung der Armut im Land ist nach 30 Jahren der Interventionen der Bretton Woods Organisationen nicht klar erkennbar.

Prinzipiell lässt sich zur Entwicklung der Armut im Land Folgendes sagen:

Trotz der Bemühungen, die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Marokkaner im Rahmen der SAPs zu verringern, konnte die Zahl von 30% in den 1980er Jahren vier Jahrzehnte später nur auf 15% im Jahr 2007 halbiert werden. Ebenso waren besonders in den ersten Jahren der SAPs mittlere Einkommensgruppen vermehrt von einem Abrutschen in die Armut gefährdet, da die Reformmaßnahmen die Kürzung beziehungsweise komplette Abschaffung von Nahrungsmittelsubventionen miteinschlossen. Berechnungen zeigten früh, dass ärmere Bevölkerungsschichten an Kaufkraft verlieren, wenn Nahrungsmittelsubventionen abgeschafft werden (vgl. Kydd/ Thoyer 1992: 50).

Die Ausgaben für soziale Maßnahmen bieten gleichsam einen Bezugspunkt, um die Entwicklung der Armut in Marokko darstellen zu können. Diese lagen im Jahr 1989,

also bereits sechs Jahre nach dem Beginn der SAPs, unter dem Niveau von 1983. Genauso wird davon ausgegangen, dass die budgetären Maßnahmen, die nach der Unabhängigkeit getroffen wurden, die angespannte Situation nicht merklich verbessern konnten. Diese Maßnahmen waren von hohen Ausgaben in den produktiven Sektor, aber von nur wenigen bis keinen Investitionen in soziale Bereiche gekennzeichnet. Ebenso wurde die Einkommensverteilung durch Handels- und Preiskontrollen, die als Antwort auf die makroökonomischen Unausgeglichheiten nach dem Kollaps der Phosphatexporte gedacht war, verschärft (vgl. ebd.: 48).

Zusammenfassend ist daher zur Entwicklung der Armut in Marokko zu sagen, dass selbst wenn sich die Situation nicht für alle Einkommensschichten drastisch verschlechtert hat, *“[...] whether we are dealing with jobs in the informal sector that were affected by adjustment, as in construction and public works, or unemployment affecting families who are poor or close to the poverty threshold, pauperisation is a reality for several tens of thousands of families”* (Morrisson 1991: 99).

Ausblick

- **Die Interventionen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds generell betreffend**

Da ich im Zuge der Analyse der SAPs der 1980er und 1990er Jahre auch deren „Weiterführung“, die PRSPs – *Poverty Reduction Strategy Papers* untersuchte, ist dazu Folgendes zu sagen: Es ist zwar durchaus erkennbar, dass die PRSPs mehr Fokus auf die Armutsreduktion und die sozialen Auswirkungen legen, jedoch sind diese Strategiepapiere, vor allem was die ökonomischen Maßnahmen betrifft, den SAPs der vergangenen Jahrzehnte sehr ähnlich.

Auch ist erkennbar, dass die Bretton Woods Organisationen Kritik nicht mehr komplett ignorant gegenüber stehen, sondern durchaus vermehrt neue Ansätze in ihre Arbeit mit einfließen lassen. Darüber hinaus ist es notwendig, dass sich die Weltbank und der IWF in ihren Strategien weiter von den ideologischen Vorgaben des Neoliberalismus und den Forderungen der westlichen Industrienationen wegbewegen und einen weniger pauschalen Weg in ihren Interventionen wählen. Und obwohl die Bretton Woods Organisationen seit einiger Zeit versuchen, verstärkt auf die spezifische Situation eines Landes einzugehen, ist eine genauere Analyse der einzelnen Staaten, vor allem der sozialen Gegebenheiten, notwendig. In diesem

Kontext ist es meines Erachtens wünschenswert, dass vor allem NGOs in ihrer Arbeit mehr Beachtung und in ihren Forderungen mehr Gehör geschenkt wird, da diese in vielen - vor allem sozialen Bereichen - mehr Expertise aus langjähriger Arbeit mit den Betroffenen besitzen als große internationale Organisationen.

- **Marokko betreffend**

Die weitere Entwicklung Marokkos lässt sich nur schwer voraussagen. Man könnte aufgrund der guten Verbindungen des Landes mit den USA und der Europäischen Union davon ausgehen, dass Marokko in Krisenzeiten politisch und ökonomisch nicht „fallen“ gelassen wird. Dazu kommt, dass Marokko neben politischer Wichtigkeit in der Maghreb Region auch von wirtschaftlichem Interesse für viele Industrienationen ist, zum Beispiel aufgrund der reichen Fischbestände oder dem massiven Monophosphorvorkommen. Es bleibt jedoch weiterhin fraglich, ob, nicht zuletzt aufgrund des Führungsstils des marokkanischen Königs, die Einnahmen aus diesen Handelsbeziehungen tatsächlich auch der marokkanischen Bevölkerung zugute kommen. Besonders die ländliche Bevölkerung bleibt wohl weiterhin verstärkt von externen Schocks und von einem beschränkten Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sehr stark negativ betroffen.

Nicht zuletzt wird die ökologische Lage in Marokko immer problematischer: vermehrte Desertifikation stellt besonders die in der Landwirtschaft lebende Bevölkerung vor immer größere Probleme, da Weideland immer knapper wird und immer mehr künstliche Bewässerung notwendig ist.

4. Literaturverzeichnis

Adedeji, Adebayo (1999): Structural adjustment policies in Africa. In: International Social Science Journal, Vol. 51, Nr. 162, 521-528.

Ayache, Albert (1959): Marokko. Bilanz eines Kolonialunternehmens. Berlin: Dietz.

African Development Bank (1997): Kingdom Morocco. Completion Report. Consolidation of the Structural Adjustment Programme 1993-1994. Country Department North Region.

Aguirre-Sacasa, Francisco (1995): Memorandum to the executive directors and the president. In: The World Bank (1995): Program Completion Report. Kingdom of Morocco. Structural Adjustment Loans I and II.

Akesbi, Najib (o.J.): Supply response within the farming system context. The structural adjustment policy in agriculture in Morocco. Institute Agronomique et Vétérinaire Hassan II.

www.uclouvain.be/cps/ucl/doc/ecru/documents/TF5M3D19.pdf [06.04.2012]

Amsden, Alice H. (1994): The World Bank's "The East Asian miracle: Economic growth and public policy" (Dossier). In: World Development, Vol. 22, Nr. 4, 614-670.

Angebotsökonomik: Definition:

http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/angebotsoekonomik.html?referenceKey_wordName=Supply+Side+Economics [17.02.2013]

Bachinger, Karl/ Matis, Herbert (2009): Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen. Wien [u.a.]: Böhlau.

Benería, Lourdes (o.J.): Structural Adjustment Policies.

www.arts.cornell.edu/poverty/Papers/Beneria_SAPs.pdf [07.02.2013]

BenSenia, Mohamed (1993): Impact de l'ajustement structurel agricole sur les niveaux de vie des menages au Maroc: Un Essai d'Évaluation. Gouvernement du Maroc: Rabat.

Boudarbat, Brahim (2006): Unemployment, status in employment and wages in Morocco. In: Applied Econometrics and International Development, Vol. 6-1, 165-184.

Bourguignon, Francois/ Morrisson, Christian/ Suwa, Akiko (1992): Adjustment at the rural sector: a counterfactual analysis of Morocco. Paris: OECD.

Chahoud, Tatjana (1982): Entwicklungsstrategie der Weltbank: Ein Beitrag zur Überwindung von Unterentwicklung und Armut? Saarbrücken [u.a.]: Breitenbach.

CIA World Factbook: Marokko.

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mo.html>

[18.02.2013]

Clément, Jean-François (1995): Les effets sociaux du programme d'ajustement structurel marocain. In : Politique étrangère, Nr. 4, 1003-1013.

Confédération Internationale des Syndicats Libres/ Organisation Régionale Africaine/ Union Marocaine du Travail (1994): Les dimensions sociales de l'ajustement structurel – défis pour les syndicats face à la mondialisation de l'économie. Brüssel: Confédération Internationale des Syndicats Libres.

Cohen, Shana/ Jaidi, Larabi (2006): Morocco. Globalization and Its Consequences. New York, London: Routledge.

Deutschmann, Christoph (o.J.): Ende und Wiederkehr des Keynesianismus. Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik.

http://www.weltderarbeit.de/PDF_Dateien/Keynesianismus.pdf [31.03.2013]

Drexl, Josef (1998): Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers: eine Studie zum Privat- und Wirtschaftsrecht unter Berücksichtigung gemeinschaftsrechtlicher Bezüge. Tübingen: Mohr Siebeck.

Fernau, Friedrich-Wilhelm (1959): Arabischer Westen. Der Maghrib in Bewegung. Stuttgart : Curt E. Schwab.

Fisheries Partnership Agreement. Gesetzestext.

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:141:0004:0037:EN:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:141:0004:0037:EN:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:141:0004:0037:EN:PDF)

[18.02.2013]

Glasser, Bradley Louis (2001): Economic Development and Political Reform. The Impact of external capital on the Middle East. Cheltenham: Elgar.

Gore, Charles (2000): The Rise and Fall of the Washington Consensus as a Paradigm for Developing Countries. In: World Development, Vol. 28, Nr. 5, 789-804.

Graciet, Catherine/ Laurent, Éric (2012): Le Roi prédateur. Paris : Édition du Seuil.

Herzog, Werner (1990) : Der Maghreb: Marokko, Algerien, Tunesien. München: C.H. Beck.

homo oeconomicus: Definition:

<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/homo-oeconomicus/homo-oeconomicus.htm>

[18.02.2013]

Independent Evaluation Group (IEG) (1997): Morocco's Potential Still Unrealized. Publication by The World Bank Group.

<http://lnweb90.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/DocUNIDViewForJavaSearch/33297C600E792CD0852567F5005D8FBE?opendocument> [18.02.2013]

Independent Evaluation Group (IEG) (1998): Morocco: Country Assistance Review. Publication by The World Bank Group.

<http://lnweb90.worldbank.org/oed/oeddoclib.nsf/DocUNIDViewForJavaSearch/34CBCE38B5A9A46F852567F5005D438D> [18.02.2013]

Kellermann, Christian (2006): Die Organisation des Washington Consensus: der Internationale Währungsfond und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. Bielefeld: Transcript-Verlag.

Keynes, John Maynard (1936): The general theory of employment, interest and money. London: Macmillan.

Kipling, Rudyard (1899): The White Man's Burden.

http://www.loske.org/html/school/history/c19/burden_full.pdf [18.02.2013]

Kirstein, Roland/ Schmidtchen, Dieter (1999): Wie die „unsichtbare Hand“ funktioniert: Gewinnmaximierung als Triebfeder der Effizienz. Ein „classroom-experiment“, CSLE Discussion Paper, No. 99-05. Saarbrücken, Homburg: Center for the Study of Law and Economics, Universität des Saarlandes.

<https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/23058/1/9905expe.pdf> [18.02.2013]

Kolland, Franz (2004): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin/ Maral-Hanak, Irmi/ Hödl, Gerald/ Parnreiter, Christof (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 81-105.

Kolland, Franz (2005): Entwicklung und sozialer Wandel im globalen Kontext. In: Kolland, Franz/ Gächter, August (Hg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie. Themen, Methoden, Analysen. Wien: Mandelbaum, 9-41.

Kreisky, Eva (2002): Institutionelle Säulen neoliberaler Weltpolitik: IWF, WB und WTO. Skriptum zur Vorlesung „Neoliberalismus, Staat & Geschlecht“ an der Universität Wien im Sommersemester 2002.

http://homepage.univie.ac.at/marion.loeffler/archiv/SS02/VO_08.pdf [18.02.2013]

Kydd, Jonathan/ Thoyer, Sophie (1992): Structural adjustment and moroccan agriculture: an assessment of the reforms in the sugar and cereal sectors. Paris: OECD.

Laroui, Abdallah (1977): The History of the Maghrib. An Interpretive Essay. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Logie, Dorothy E./ Woodroffe, Jessica (1993): Structural adjustment: the wrong prescription for Africa? In: British Medical Journal, Vol. 307, 41-44.

Londoner Club: Definition:

<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/londoner-club/londoner-club.htm> [18.02.2013]

Lopes, Carlos (1999): Are Structural Adjustment Programmes an adequate response to globalisation? In: International Social Science Journal, Vol. 51, Nr. 162, 4, 511-519.

Monbart, Claudia von (1992): Die Strategie der Weltbank zur Bekämpfung der Armut und die soziale Diskriminierung der Anpassung. In: Hauff, Michael von/ Heinecke, Werner (Hg.): Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern? Ludwigsburg, Berlin: Verlag Wissenschaft & Praxis, 53-68.

Morrisson, Christian (1991): Adjustment and Equity in Morocco. Paris: OECD.

Morrisson, Christian (1994): The political feasibility of adjustment in Côte d'Ivoire and Morocco. Paris: OECD.

Mont Pelerin Gesellschaft: www.montpelerin.org [18.12.2013]

Naim, Moises (2000): Fads and fashion in economic reforms: Washington Consensus or Washington Confusion? In: Third World quarterly, Vol. 21, Nr. 3, 505-528.

Nohlen, Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Ocampo, José Antonio (2004): Globalisation and the Development Agenda. In: Akkerman, Age/ Teunissen, Jan Joost (Hg.): Diversity in Development. Reconsidering the Washington Consensus. The Hague: FONDAD, 61-86.

OECD: online <http://www.oecd.org/about/> [24.03.2013]

Önis, Ziya/ Senses, Fikret (2005): Rethinking the Emerging Post-Washington Consensus. In: Development and Change, Vol. 36, Nr. 2, 263-290.

Pariser Club: Definition:

<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/pariser-club/pariser-club.htm> [18.02.2013]

Peet, Richard (2010): Unholy trinity. The IMF, World Bank and WTO. London, New York: Zed Books.

Priewe, Jan (2005): Verhängnisvolle Einigkeit. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, Vol. 46, Nr. 1, 22-25.

Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation. New York [u.a.]: Rinehart.

Rabenau, Kurt von (1992): Förderung von Strukturanpassungsprogrammen: Wirtschaftliche Wirkung und Perspektiven. In: Hauff, Michael von/ Werner, Heinecke (Hg.): Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Will die Weltbank mehr als Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern? Ludwigsburg, Berlin: Verlag Wissenschaft & Praxis, 69-80.

Ricardo, David/ Say, Jean Baptiste/ Schmidt, Christian August (1821): Die Grundsätze der politischen Ökonomie oder der Staatswirtschaft und der Besteuerung. Weimar: Landes-Industrie-Comptoir.

Rist, Gilbert (2007): Development as a buzzword. In: Development in Practice, Vol. 17, Nr. 4-5. 485-491.

Sengthaler, Adelgunde (1985): Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank – Kollision oder Kooperation mit dem Internationalen Währungsfond? Diplomarbeit, Universität Wien.

Smith, Adam (1984): An inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations. Chicago, Ill. [u.a.]: Encyclopaedia Britannica.

Somers, Margaret R./ Block, Fred (2005): From Poverty to Perversity: Ideas, Markets, and Institutions over 200 Years of Welfare Debate. In: American Sociological Review, Vol. 70, Nr. 2, S. 260-287.

Stiglitz, Joseph (2004): Die Schatten der Globalisierung. München: Goldmann.

Stiglitz, Joseph (2008): Is there a Post-Washington Consensus Consensus? In: Serra, Narcis/ Stiglitz, Joseph (Hg.): The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance. Oxford [u.a.]: Oxford University Press, 41-56.

Taylor, Lance (1997): Editorial: The Revival of the Liberal Creed – the IMF and the World Bank in a Globalized Economy. In: World Development, Vol. 25, Nr. 2, 145-152.

The World Bank (1991): World Development Report 1991: The Challenge of Development. Washington D.C.: The World Bank

The World Bank (1995): Program Completion Report. Kingdom of Morocco. Structural Adjustment Loans I and II. Report No. 14221.

The World Bank Data:

<http://data.worldbank.org/country/austria> [18.02.2013]

<http://data.worldbank.org/country/morocco> [18.02.2013]

<http://data.worldbank.org/country/sierra-leone> [18.02.2013]

<http://data.worldbank.org/country/spain> [18.02.2013]

<http://data.worldbank.org/country/greece> [18.02.2013]

Truman, Harry S. (1949): Inaugural Address.

http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/50yr_archive/inagural20jan1949.htm

[18.02.2013]

Unmüßig, Barbara/ Walther, Miriam (1999): Strukturanpassung in Afrika. Warten auf den Post-Washington Consensus. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, Vol. 40, Nr. 9, 247-250.

Waelbroeck, Jean (1998): Half a Century of Development Economics: A Review Based on the *Handbook of Development Economics*. In: The World Bank Economic Review, Vol. 12, Nr. 2, 323-352.

WHO: Structural Adjustment Programmes (SAPs).

<http://www.who.int/trade/glossary/story084/en/index.html> [18.02.2013]

Williamson, John (2008): A Short History of the Washington Consensus. In: Stiglitz, Joseph/ Serra, Narcis (Hg.): The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance. Oxford [u.a.]: Oxford University Press, 14-30.

Williamson, John (1999): What Should the World Bank Think about the Washington Consensus? Paper prepared as a background to the World Bank's World Development Report 2000.

<http://www.iie.com/publications/papers/paper.cfm?researchid=351> [18.02.2013]

Wing, Thye Woo (2004): Serious Inadequacies of the Washington Consensus: Misunderstanding the Poor by the Brightest. In: Teunissen, Jan Joost/ Akkerman, Age (Hg.): Diversity in Development. Reconsidering the Washington Consensus. The Hague: FONDAD, 9-39.

5. Anhang

4.1. Zusammenfassung

In der vorliegenden Diplomarbeit wird der globalökonomische Turn der 1980er und 1990er Jahre anhand der von Weltbank (WB) und Internationalem Währungsfond (IWF) durchgeführten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) in Marokko beschrieben und untersucht.

Die Arbeit gliedert sich dabei in zwei große Teile:

- (1) Die Beschreibung und Analyse des globalökonomischen Turns, eingeleitet 1989 mit dem Washington Consensus
- (2) Die Beschäftigung mit den praktischen Implikationen für Entwicklungsländer, analysiert anhand der von Weltbank und Internationalem Währungsfond durchgeführten Strukturanpassungsprogramme in Marokko

Die Analyse des zweiten Teils wird anhand folgender Hypothesen durchgeführt:

- (1) Die Maßnahmen im Kontext der SAPs folgten hauptsächlich den Vorgaben des Washington Consensus und in weiterer Folge den ökonomischen Forderungen der westlichen Industrienationen
- (2) Die Interventionen in Form von SAPs ließen negative soziale Implikationen nahezu völlig außer Acht
- (3) Ein maßgeblicher Einfluss auf die Verringerung der Armut im Land ist nach 30 Jahren der Interventionen der Bretton Woods Organisationen nicht klar erkennbar

Der erste Teil beschäftigt sich mit den Themen der ökonomischen Situation in den 1980er und 1990er Jahren, mit der Entstehung der Bretton Woods Organisationen und der Beschreibung der 10 Punkte des Washington Consensus; des Weiteren wird darin der wirtschaftliche Paradigmenshift und die neue Rolle des Staates untersucht. Ebenso wird die Dominanz des Internationalen Währungsfonds in der Schuldenfrage und der Post Washington Consensus, Kritik und Implikationen für Entwicklungsländer beschrieben.

Die Analyse des zweiten Teils hat ergeben, dass eine Vielzahl der Interventionen im Kontext der SAPs den Vorgaben des Washington Consensus und den Interessen der westlichen Industrienationen folgte, hauptsächlich in den Punkten der Liberalisierung, Privatisierung und der Reduktion beziehungsweise Streichung von notwendigen Subventionen für die marokkanische Bevölkerung.

Das bedeutet, dass negative soziale Implikationen von den Bretton Woods Organisationen in ihrer Arbeit nahezu völlig ignoriert wurden, was teilweise katastrophale Auswirkungen auf die marokkanische Bevölkerung hatte, vor allem in den Bereichen der Arbeitslosigkeit, Einkommensverteilung, auf den Bildungsstandard oder die Gesundheitsversorgung.

Auch ist ein Einfluss auf die Reduktion der Armut in Marokko nach beinahe 30 Jahren der Interventionen durch Weltbank und Internationalem Währungsfonds nicht klar erkennbar, da durch Reformmaßnahmen im Kontext der SAPs die Schere zwischen Arm und Reich nicht verkleinert werden konnte, und immer mehr marokkanische Familien von einem Abrutschen in die Armut betroffen sind.

5.2. Abstract

This thesis is written in the context of the following aspects:

- The description of the global change in economic theory, beginning with the Washington Consensus in 1989
- The description of the practical implications for developing countries, analyzed on the basis of the structural adjustment programmes (SAPs), implemented by the World Bank and the International Monetary Fund in Morocco

The analysis of the above mentioned topics will be undertaken in the context of the following assumptions:

- The measures in the context of the SAPs followed mostly the demands of the Washington Consensus and therefore the interests of the industrialized western countries

- The interventions in the context of the SAPs did not take negative social implications into account
- A significant influence on the reduction of poverty is not clearly noticeable after nearly 30 years of interventions

The first part of this thesis covers the topics of the economic situation in the 1980s and 1990s, the birth rise and work of the Bretton Woods Institutions, the description of the 10 commandments of the Washington Consensus and John Williamson's view on the situation back in 1989, the economic shift of paradigm and the new role of the state, the dominance of the IMF in the recovering of debts, the Post Washington Consensus, and criticism and implications for developing countries.

The overall analysis of the second part showed, that a number of interventions in the context of the SAPs followed the demands of the Washington Consensus, mostly liberalization, privatization and the abolition of subsidies for the Moroccan people. Therefore the industrialized western countries could justify their demands on the principles of the Washington Consensus.

In the 30 years of intervention of the Bretton Woods institutions in Morocco, negative social implications were not taken into account and therefore had a catastrophic impact on the already poor moroccan population, mostly due to the abolition of state subsidies.

So it is to say that a significant influence on the reduction of poverty is after some decades of programmes of the World Bank and the International Monetary Fund not clearly noticeable. The reform measures in the context of the SAPs could not lessen the gap between rich and poor in a significant way, and even put more moroccan families close to the poverty line.

5.3. Lebenslauf

AGNES MOSER

STUDIENVERLAUF

Seit 2003 Studium der Studienrichtungen Geschichte und Französisch; erster Abschnitt abgeschlossen.

Seit 2005 Studium des individuellen Diplomstudiums der Internationalen Entwicklung; erster und zweiter Studienabschnitt abgeschlossen, Verfassung der Diplomarbeit abgeschlossen.

Studienschwerpunkte: Internationale Beziehungen, globale Ökonomie, Entwicklungszusammenarbeit- und finanzierung

SPRACHENKENTNISSE

Muttersprache Deutsch

Fremdsprachenkenntnisse: Englisch und Französisch in Wort und Schrift sehr gut, Spanisch gut

BERUFSERFAHRUNG

Praktikum im Juli 2010 im Bundesministerium für Finanzen in der Sektion für Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte, Abteilung für Internationale Finanzinstitutionen. Neben allgemeiner Unterstützung des Teams, Verfassung einer Empfehlung für das österreichische Aussenwirtschaftsprogramm in Afrika; daneben Sammeln von Erfahrungen in der Arbeit als Link zwischen der Republik Österreich bzw. des BMFs und anderer IFIs, wie Weltbank, Internationaler Währungsfond, Österreichische Entwicklungsbank etc.

September 2009 – Februar 2010 Praktikum in der *Evaluation Group/Bureau for Organizational Strategy and Learning* der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO). Mitarbeit bei der thematischen Evaluierung von UNIDOs Entwicklungsinterventionen im Bereich von Agro-Industrien. Daneben Unterstützung des Teams durch das Schreiben von Interoffice Memoranda, Management Response Sheets und Job Descriptions für externe Evaluierungskonsulenten. Darüber hinaus Vorbereitung des Arbeitsplanes 2010-2011 und der dazugehörigen Terms of Reference für die bevorstehenden Evaluierungen.

Praktikum im Juli 2008 beim Österreichischen Roten Kreuz im Bereich des Jugendrotkreuzes. Ausarbeitung eines „Capability Assessment Approach“ bezüglich der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und deren Abdeckung durch Organisationen und Institutionen.

September 2007 – März 2008 Praktikum im Büro für Entwicklungspolitik der kfb – Katholische Frauenbewegung Wien. Unterstützung des Teams vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und in der Vernetzung mit der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern.